SPARTACIST

NUMMER 36 DEUTSCHSPRACHIGE AUSGABE JULI 2025

US-IMPERIALISMUS ZIEHT SCHRAUBEN AN

Außerdem: Palästina • Iran • China • Kaschmir • und mehr

spartacist.org/de/36 €3

Zu dieser Ausgabe

Das Imperium schlägt zurück

In unserer letzten Ausgabe des *Spartacist* haben wir vor schweren Zeiten gewarnt. Wenn wir uns die Welt jetzt ansehen, könnte diese Prognose zutreffender nicht sein. Es ist jedem klar, dass Donald Trump die Welt tiefgreifend verändert. Nicht klar ist, warum das so ist und was man dagegen tun kann. Dieser *Spartacist* ist ein Produkt des letzten Plenums des Internationalen Exekutivkomitees der IKL. Das zentrale vom Plenum beschlossene Dokument „US-Imperialismus zieht Schrauben an" (siehe Seite 20) räumt mit der Verwirrung und Hysterie auf, die seit der Wahl Trumps um sich gegriffen hat. Es macht eine Bestandsaufnahme der sich verändernden Weltlage und zeigt, wie diese Veränderungen die Bedürfnisse des US-Imperialismus widerspiegeln und wie Revolutionäre sich in dieser aktuellen Periode orientieren müssen.

Die imperialistischen Herrscher der USA sind in der Offensive und wild entschlossen, ihre schwindende globale Position zu festigen. Zu diesem Zweck zerreißen sie die bisherige liberale Weltordnung, setzen ihre heimische Arbeiterklasse, ihre Verbündeten und den Globalen Süden unter Druck und streben einen Krieg mit China an. Angesichts all dessen stellt sich die Frage: Wird der US-Imperialismus besiegt werden oder erhält er freie Hand, um Verwüstung über die Arbeiterklasse und die Unterdrückten der Welt zu bringen? Die Antwort auf diese Frage hängt voll und ganz von der Ausrichtung der Arbeiterbewegung in der kommenden Periode ab.

Arbeiter müssen sich überall auf die kommenden Schläge vorbereiten und Abwehrkämpfe führen, um ihren Lebensunterhalt zu schützen und sicherzustellen, dass die US-Herrscher der Arbeiterklasse nicht noch mehr aus der Tasche ziehen als ohnehin schon. Es ist unerlässlich, dass die Linke aus ihrer kleinbürgerlich-akademischen Blase ausbricht, in der die

Fortgesetzt auf Seite 54

Inhalt

Außerdem in dieser Ausgabe:

Grafik Titelseite: Joe Sol

Deutschsprachige Ausgabe

SPARTACIST

Ein Organ des revolutionären Marxismus

Herausgegeben vom Internationalen Exekutivkomitee der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Philipp Clyde (verantwortlich), Renate Müller (herausgebend), Nadja Dostal, Doris Kohn, Daniel Müntzer, G. Perrault, Herminio Sanchez

PRODUKTION: Nadja Dostal, Carla Alvisi

VERTRIEB: Barbara Köhler

SPARTACIST PUBLISHING COMPANY
Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA
Telefon: +1(212) 732-7862 · spartacist@spartacist.org

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion. Viele Artikel dieser Ausgabe erschienen zuerst im englischsprachigen Spartacist *Nr. 70, Mai 2025.*

Druck: Drucktechnik Bisping & Odenthal GmbH, Hamburg
Gedruckt in einem tarifgebundenen Betrieb
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 27. Juni 2025

Nummer 36 JULI 2025



Die Krise der marxistischen Linken und die Aufgaben der IKL

Der folgende Text ist eine Präsentation des Genossen Perrault vom Internationalen Sekretariat der IKL auf dem IEK-Plenum im April.

Im vorigen Punkt haben wir prognostiziert, dass die kommende Periode von reaktionären kapitalistischen Offensiven geprägt sein wird. Jetzt, da die USA die postsowjetische liberale Weltordnung in Stücke reißen, werden die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum weltweit mit einer drastischen Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen konfrontiert sein. Wir haben auch erörtert, wie die derzeitigen Führer der Arbeiterklasse – ob im Westen, in China oder im Globalen Süden – den notwendigen Kampf gegen den US-Imperialismus aktiv sabotieren. Als Alternative zu diesem Weg der Kapitulation haben wir die Grundzüge eines Programms dargelegt, um das Proletariat zu vereinen, dem kommenden Ansturm zu begegnen und den Weg zur Arbeitermacht zu eröffnen.

Hier stoßen wir jedoch auf das Problem, das die marxistische Bewegung seit der Degeneration der Komintern plagt: die Krise der revolutionären Führung. Wie können wir unser Programm für die kommende Periode in die Realität umsetzen? Es versteht sich von selbst, dass die IKL als winzige internationale Organisation nicht über die Mittel verfügt, um irgendeinen entscheidenden Einfluss auf den Kampf der Massen auszuüben. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir uns damit zufriedengeben können, allgemeine Erklärungen abzugeben, während wir uns zurücklehnen und dabei zusehen, wie sich die Ereignisse vor unseren Augen entfalten. Es ist wichtig, unsere kleine Internationale in den politischen Kontext einzuordnen und zu verstehen, ***wie*** wir unsere umfassenderen Ziele voranbringen können, ausgehend von den aktuellen objektiven Bedingungen.

> **„Aber wir werden niemals vergessen, dass unsere Partei jetzt den größten Hebel der Geschichte darstellt. Getrennt von ihr ist jeder von uns nichts; mit ihr in der Hand sind wir alles.“**
>
> ***– Leo Trotzki, „Die Gründung der Vierten Internationale“ (Oktober 1938)***

Um es mit den Worten Trotzkis zu sagen: „Die Gesetzmäßigkeit der Ereignisse erkennen und in dieser Gesetzmäßigkeit seinen Platz finden, ist die erste Pflicht

des Revolutionärs“ (*Mein Leben*, 1929). Genau das will ich in diesem Bericht versuchen.

Es gibt ein Problem mit der Linken

Das Erste, was wir verstehen müssen, wenn wir an unsere Aufgaben herangehen, ist, dass die IKL ein kleiner Teil einer großen Matrix zersplitterter marxistischer Organisationen ist. Wie jeder weiß, resultiert unsere derzeitige Schwäche weitgehend aus unserer Desorientierung in den letzten 30 Jahren. Auf unserer Konferenz 2023 haben wir eine scharfe politische Wende vollzogen. Aber wir können die angehäuften Folgen unserer vergangenen Fehler nicht kurzfristig ungeschehen machen. Die Konsequenz ist, dass wir es mit einer kleinen und alternden Partei zu tun haben, die vorwiegend auf die westlichen imperialistischen Länder beschränkt ist, größtenteils von der Linken abgeschnitten ist und nur über sehr geringe materielle Möglichkeiten verfügt, den Klassenkampf zu beeinflussen.

Wenn wir jedoch einen Schritt zurücktreten und das Gesamtbild betrachten, ist es offensichtlich, dass die marxistische Bewegung insgesamt nicht in einem viel besseren Zustand ist. Es ist in der Tat kein großes Mysterium, dass sich die gesamte Bewegung in einer tiefen und anhaltenden Krise befindet. Einige Parteien sind zusammengebrochen, andere haben zahlreiche Spaltungen erlebt, die zu immer mehr Parteien mit immer kleinerer Mitgliedschaft geführt haben, die nicht überzeugend erklären können, was sie von den anderen unterscheidet.

Es stimmt, dass einige Organisationen manchmal Erfolg bei der Mitgliedergewinnung haben. Aber der wirkliche Maßstab für den Erfolg einer revolutionären Organisation ist nicht die Zahl der Mitglieder zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern ihr Einfluss auf den Klassenkampf. Und in dieser Hinsicht zeigt sich der Bankrott der Linken am deutlichsten. In keinem der großen Konflikte der letzten Jahrzehnte haben Marxisten irgendeine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung der Interessen der Arbeiter und Unterdrückten gespielt.

Heute haben die Marxisten eindeutig weit weniger Einfluss auf die Arbeiterklasse als zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der Sowjetunion im Jahr 1991. Die offensichtliche Wahrheit, die aber von allen geleugnet wird, ist, dass keine marxistische Organisation von der Krise, die die Bewegung erschüttert, verschont geblieben ist. Gäbe es auch nur eine Tendenz, die über Jahrzehnte hinweg die einzige richtige Ausrichtung hatte, wäre das kein Geheimnis – sie würde ganz klar herausragen.

Warum wir andere Gruppen nicht ignorieren können

Im Allgemeinen besteht die Praxis der Linken darin, andere Organisationen von ähnlicher oder geringerer Größe zu ignorieren. Doch so schön es auch wäre, die Linke zu übergehen und direkt auf die Massen einzuwirken, so unmöglich ist dies. Nicht nur fehlt uns das gesellschaftliche Gewicht, um breiten Einfluss zu erlangen, sondern die bestehenden Organisationen, die oft um ein Vielfaches größer sind als wir, stellen auch ein Hindernis dar. Es gibt keine Möglichkeit, auf linearem Weg so viele Mitglieder zu rekrutieren, dass wir uns als entscheidende Kraft in der Linken durchsetzen können.

Selbst wenn wir viel größer wären, wäre es falsch, andere Organisationen zu ignorieren. Erstens, weil es völlig unverantwortlich ist, vor die Arbeiterklasse zu treten, ohne klar und überzeugend erklären zu können, warum zwei Organisationen, die scheinbar eine ähnliche Politik verfolgen, sich nicht zusammenschließen.

Aber was noch wichtiger ist: ***Es gibt einen politischen Grund für die Uneinigkeit der Linken heute***. Sie ist nicht das Produkt fehlgeleiteter Individuen oder falscher Organisationspraktiken, sondern spiegelt die politische Krise einer Epoche wider. Es ist nicht möglich, den Parteiaufbau von der Aufgabe zu trennen, die politischen Gründe für die Uneinigkeit der Linken zu klären und zu überwinden. Wenn man darüber nachdenkt, ist das offensichtlich. Um eine revolutionäre Arbeiterpartei erfolgreich aufzubauen, muss man verstehen, warum alle anderen bisher gescheitert sind. Und das kann man nicht, wenn man ignoriert, was andere tun.

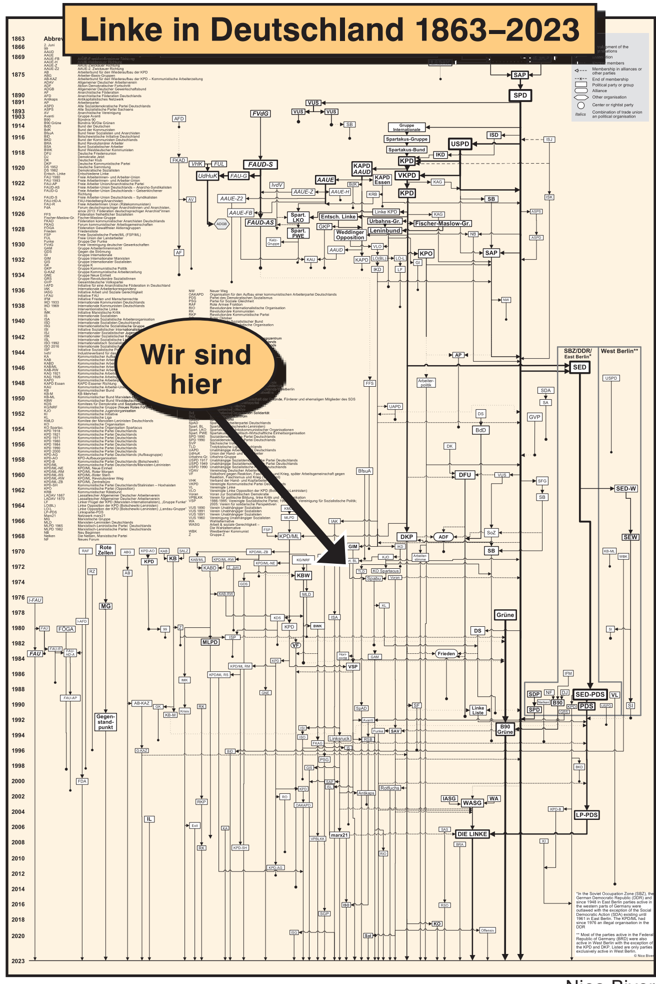
Aus all diesen Gründen besteht die Perspektive der IKL darin, auf eine politische Neuausrichtung der internationalen Linken hinzuarbeiten. Wir müssen versuchen, die wirklich revolutionären Elemente wieder zusammenzuführen, die heute aufgrund von Zufällen und politischer Unklarheit auf verschiedene Organisationen verstreut sind. Unser Ziel ist es letztlich nicht, ein oder zwei Mitglieder aus anderen Organisationen zu gewinnen, sondern einen echten Fusionsprozess mit viel größeren Kräften einzuleiten.

Shout!

Volksfront von Judäa beschimpft Judäische Volksfront in Monty Pythons Film „Das Leben des Brian“ von 1979

Was hat die IKL bisher erreicht?

An dieser Stelle ist die Frage berechtigt, was eine kleine Partei wie die unsere zu diesem Prozess beitragen kann. Ich habe bereits erwähnt, dass wir durch unsere langwierige interne Krise in eine schwache Position geraten sind. Aber im Gegensatz zu allen anderen haben wir uns mit den Gründen für unsere Krise auseinandergesetzt. Soweit ich weiß, hat keine andere Strömung eine derart gründliche Überprüfung und Neubewertung ihrer eigenen Arbeit vorgenommen. Alle halten an der Illusion fest, dass sie, im Gegensatz zu allen anderen, die ganze Zeit über Recht hatten. Wir hingegen haben nicht nur



Nico Biver

anerkannt, dass wir uns geirrt haben, sondern wir haben auch versucht, die grundlegenden politischen Gründe für unsere Desorientierung zu erklären. Und siehe da, es stellt sich heraus, dass unsere Desorientierung untrennbar mit der der übrigen Linken in der postsowjetischen Periode verbunden ist.

Das Grundproblem ist ziemlich einfach. Die marxistische Linke ist bis heute nicht in der Lage, ihre Aufgaben auf ein korrektes Verständnis der Weltlage zu gründen. In unserem Dokument „Der Niedergang der US-Hegemonie & der Kampf um die Arbeitermacht“ (*Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 34, Dezember 2023) erklären wir, wie die postsowjetische Ordnung durch die Hegemonie der Vereinigten Staaten gekennzeichnet ist – ziemlich offensichtlich für jeden, der nicht die Augen davor verschließt. Wir haben erklärt, wie die Hegemonie der Vereinigten Staaten und ihr Bündnis mit den anderen imperialistischen Mächten notwendige Bedingungen für die Ära der Globalisierung waren. Schließlich haben wir gezeigt, dass der Liberalismus die vorherrschende Ideologie dieser Periode war und die materiellen Interessen des US-Imperialismus zum Ausdruck brachte. Aus dieser Analyse zogen wir die Schlussfolgerung, dass die Aufgabe der Revolutionäre auf internationaler Ebene darin bestand, gegen das von den USA dominierte Weltsystem zu kämpfen, und dass dies konkret bedeutete, die Arbeiterklasse vom Einfluss des Liberalismus zu befreien.

Im Zentrum unseres Verständnisses steht die Tatsache, dass die Verbindung der Arbeiterbewegung mit dem Liberalismus – unabhängig davon, welche spezifische Form er in einem bestimmten Land annahm – der Hauptfaktor für die Spaltungen innerhalb der Linken war. In letzter Konsequenz liegt das daran, dass Liberalismus in dieser Periode Loyalität gegenüber der US-Weltordnung widerspiegelte, die den Planeten ausplünderte. Der einzige Weg, das Proletariat international zu vereinen, bestand im Kampf ***gegen*** dieses Weltsystem und ***gegen*** den Liberalismus. Um es mit Lenin zu sagen: Einheit mit den Liberalen bedeutet Spaltung der internationalen Arbeiterklasse.

Nachdem wir unser Konferenzdokument 2023 veröffentlicht hatten, fragten uns viele Linke, was wir mit Liberalismus meinen und warum wir so eine große Sache daraus machen – in der Tat ist es nicht leicht, etwas zu verstehen, wenn man darin versunken ist. Heute jedoch, da die liberale Fassade der Weltordnung zusammenbricht, sprechen alle vom Liberalismus und seinem Scheitern. Auf einmal äußern sich alle ähnlich wie wir. Allerdings sind diese Kommentare Reaktionen auf die empirischen Beweise, die jedem vor Augen stehen, und entspringen nicht einer materiellen Analyse der inneren Dynamik der von den USA geführten Weltordnung.

Was hat sich geändert und was nicht?

All dies macht deutlich, dass die IKL erst seit weniger als zwei Jahren in der Lage ist, die Aufgabe der Kommunisten in einer Weltordnung zu erkennen, die mehr als 30 Jahre andauerte. Das ist keineswegs ein großer Erfolg. Wir hatten nur eine sehr kurze Zeitspanne, um unsere Perspektive für die postsowjetische Zeit umzusetzen, und schon jetzt müssen wir uns neu orientieren.

Unsere vorrangige Aufgabe kann heute nicht mehr darauf reduziert werden, die Arbeiterbewegung vom Liberalismus zu brechen. Sowohl die Arbeiterklasse als auch die herrschende Klasse wenden sich entschieden vom Liberalismus ab. Es stimmt, dass das liberale Establishment hier und da noch Widerstand leistet. Aber das sind Überbleibsel aus der vergangenen Epoche, die schon sehr bald hinweggefegt werden.

Das bedeutet nicht, dass wir wieder bei null anfangen. Die Tatsache, dass wir in der Lage waren, Lehren aus der vergangenen Epoche zu ziehen, verschafft uns einen wichtigen Vorteil gegenüber dem Rest der Linken. Entscheidend dabei ist unser Verständnis, dass der Widerstand gegen den US-Imperialismus der Schlüssel zur politischen Einigung des Weltproletariats bleibt.

In den USA selbst wird die Arbeiterklasse im Namen der reaktionären außenpolitischen Ambitionen der herrschenden Klasse ausgequetscht. In den mit den USA verbündeten imperialistischen Ländern sowie in vielen auf die USA ausgerichteten Halbkolonien bleiben die herrschenden Klassen grundlegend an die gegenwärtige Ordnung gebunden und ihr untergeordnet – wir können dies deutlich an ihrer Verehrung für die NATO und ähnliche US-Bündnisse erkennen. Solange sich dies nicht entscheidend ändert, wird der Kampf gegen die USA ein integraler Bestandteil des Kampfes gegen die einheimische Kapitalistenklasse dieser Länder sein. Was die unterdrückten Länder und die Arbeiterstaaten betrifft, die von wirtschaftlicher Erstickung und militärischer Aggression bedroht sind, so versteht es sich von selbst, dass der Kampf gegen das gegenwärtige



Gabriela

Führer der philippinischen Linkskoalition der Makabayan bei Treffen mit UN-Sonderberichterstatterin Irene Khan. Linke im Globalen Süden hält krampfhaft an Vertrauen in UNO fest

imperialistische System unerlässlich ist. Dort wird es unsere Aufgabe sein, unsere proletarische Strategie derjenigen der Machthaber dieser Länder gegenüberzustellen, die die USA beschwichtigen wollen, indem sie die Massen davon abhalten, einen revolutionären Kampf zu führen.

Überall bleibt der Widerstand gegen den US-Imperialismus zentral. In diesem großen Kampf können wir die Arbeiterklasse über Grenzen hinweg vereinen. Und es ist dieser Kampf, der entscheidend sein wird, um eine vereinte internationale Avantgarde der Arbeiterklasse zu schmieden.

Die kommende Krise verstehen

Ein weiterer wichtiger Vorteil ist, dass wir die innere Dynamik der aktuellen Turbulenzen, die die Welt erschüttern, erklären können. Und im Gegensatz zu allen anderen können wir uns bewusst auf das vorbereiten, was kommt. Wie es so schön heißt: Unter den Blinden ist der Einäugige König.

Soweit ich weiß, hat noch niemand ernsthaft versucht zu erklären, was das Ende des Liberalismus für die Linke konkret bedeuten wird. Um das schiere Ausmaß des kommenden Schocks zu verstehen, müssen wir begreifen, wie sehr die Linke an den Status quo gebunden und von ihm abhängig ist. Ob im Westen oder im Globalen Süden, die Linke hat sich nicht in Opposition zu liberalen Bewegungen und Institutionen aufgebaut. Vielmehr ist sie hauptsächlich als linke Flanke des Liberalismus aktiv gewesen und gewachsen. Ihre Aktivitäten konzentrieren sich überwiegend auf Universitäten, liberale soziale Bewegungen und das Umfeld von NGOs. Alle diese Bereiche stehen vor einem katastrophalen Zusammenbruch.

Überall im Westen droht eine Krise im Hochschulsektor, einem mittlerweile gigantischen Parasiten, der davon abhängig ist, eine immer größere Zahl ausländischer Studenten finanziell auszupressen. In der kommenden Ära wird die Bourgeoisie kein Interesse daran haben, dass so viele Menschen Fächer studieren, die ohne Nutzen für ihre strategischen Interessen sind, und sie wird versuchen, die Zahl der Studenten drastisch zu reduzieren. Wie wir bereits sehen, wird dies Hand in Hand mit einem harten Vorgehen gegen radikale politische Aktivitäten auf dem Campus gehen. Was Trump mit der Columbia-Universität gemacht hat, indem er ihr die Mittel gestrichen und sie zu noch mehr Repression gegen die Palästina-Bewegung aufgefordert hat, zeigt, was noch kommen wird. In Anbetracht der Tatsache, dass die Universitäten wahrscheinlich die größte Rekrutierungsquelle für linke Parteien international sind und dass akademische Karrieren eine wichtige Einfluss- und Einkommensquelle für politische Aktivisten sind, werden diese Schocks tiefgreifende Auswirkungen haben.

Im Globalen Süden sind viele linke Organisationen mit dem NGO-Sektor verwoben. Heute steht dieses gesamte Ökosystem vor dem Zusammenbruch. Im Bruchteil einer Sekunde zerstörte Trump USAID, den größten Einzelspender ausländischer Hilfe. Kurz darauf ahmte Keir Starmer seinen Meister nach und kürzte das britische Budget für Auslandshilfe um 40 Prozent – das Werk einer Regierung voller liberaler Anwälte und NGO-Mitarbeiter wohlgemerkt. In Argentinien sind linke Gruppen oft auf Sozialarbeit angewiesen, um ihren Einfluss unter den Massen auszubauen; jetzt zerschlägt Milei die Finanzierung solcher Programme ebenso wie jedes andere Vermächtnis der peronistischen Regierungen. Wieder einmal sind all diese Anzeichen nur Indikatoren für das, was kommen wird, wenn die internationalen Spannungen zunehmen und die Budgets geschröpft werden.

Einige der größeren marxistischen Parteien konzentrieren einen Großteil ihrer Aktivitäten auf den Bereich der Wahlen. Natürlich ist es notwendig, an Wahlen teilzunehmen. Aber eine zunehmende Fokussierung auf Wahlen und die damit verbundene Abhängigkeit von staatlichen Subventionen sind eine tödliche Gefahr, insbesondere in einer Zeit großer politischer Erschütterungen. In Südafrika und Indien sind die Kommunistischen Parteien völlig opportunistisch und tief vergraben in liberaler Koalitionspolitik und Parlamentarismus. Sie haben sich direkt an verabscheuungswür-



Misha Jordaan/Gallo

Gwede Mantashe (links) von der Kommunistischen Partei Südafrikas beim Handschlag mit Regierungskollegen Leon Schreiber von der pro-imperialistischen Demokratischen Allianz, Juli 2024

digen Verbrechen gegen die Massen beteiligt, um ihre Koalitionspartner und rein wahltaktische Interessen zu befriedigen. In dem Maße, wie sich der politische Schwerpunkt nach rechts verschiebt, werden diese Parteien an den Rand gedrängt und sich isoliert wiederfinden, gehasst von der Bourgeoisie ebenso wie von den Massen.

Parteien wie die KKE in Griechenland vertreten eine eher orthodoxe Haltung. Aber auch sie ist zunehmend von Wahlen abhängig und auf diese ausgerichtet. Gleichzeitig hat sie echte Möglichkeiten verraten, den Massenkampf gegen die imperialistische Unterdrückung Griechenlands zu führen, und damit ihre Glaubwürdigkeit und ihren Einfluss in der Arbeiterklasse untergraben.



Der Funke

Revolutionäre Kommunistische Partei, österreichische Sektion der RKI, beim Gründungskongress. Weltrevolution ist gut, aber dafür müssen sich Revolutionäre mit der Arbeiterklasse verbinden

Viele linke Organisationen verfügen weiterhin über Kader und in einigen Fällen über eine Massenmitgliedschaft in der Arbeiterbewegung. Dies schlägt sich jedoch nicht unbedingt in wirklichem Einfluss auf das Proletariat nieder. Viele der französischen trotzkistischen Organisationen haben eine beträchtliche Anzahl von Kadern in der Industrie, aber ihre Politik ist völlig losgelöst von den vorherrschenden Stimmungen in der Klasse. Ihr ständiges Drängen, die Avantgarde der Arbeiterklasse in die Offensive zu treiben, hat zu Demoralisierung geführt und die Linke isoliert. Das wird nicht besser dadurch, dass sich die französische Linke generell weigert, sich den Grundpfeilern des Liberalismus wie der Europäischen Union entgegenzustellen, und damit der Rechten das Feld überlässt, die mittlerweile zur dominierenden Kraft unter den Arbeitern geworden ist.

In anderen Fällen, wie etwa in Britannien, konzentriert sich der Einfluss der Linken in der Arbeiterklasse im Wesentlichen auf die Gewerkschaftsbürokratie, die ihrerseits an der Spitze einer bereits ausgehöhlten Organisation steht und die sich von den Anliegen und Bedürfnissen ihrer Arbeiterbasis meilenweit entfernt hat. Sobald der Druck zunimmt, werden diese Positionen zerbröckeln.

Die liberalen Bewegungen, die die postsowjetische Periode geprägt haben – sei es für die Rechte von Einwanderern, für Black Lives Matter, für den Umweltschutz oder für die Rechte von LGBTQ+ – stoßen sowohl auf die Feindseligkeit der aufstrebenden politischen Rechten als auch auf die völlige Abkehr des liberalen Flügels der Bourgeoisie, der bisher ihre wichtigste soziale Stütze war. Das soll nicht heißen, dass diese Anliegen nicht mehr von zentraler Bedeutung sein werden, sondern lediglich, dass diese Bewegungen eine tiefe Krise durchmachen und auf grundlegend anderen und beständigeren Fundamenten neu aufgebaut werden müssen. Auch dies wird tiefgreifende Folgen für die linken Parteien haben, die sich um diese Bewegungen geschart haben.

Jedes einzelne dieser Beispiele macht deutlich, dass linke Organisationen in der kommenden Periode mit existenziellen Schocks konfrontiert werden, auf die sie völlig unvorbereitet sind. Es ist wichtig, dass wir selbst eine Bestandsaufnahme dessen machen, was auf uns zukommt, dass wir verstehen, wie sich unser eigener Status quo radikal verändern wird, und dass wir alles tun müssen, um uns und andere vorzubereiten.

Defensive, Offensive oder Abstentionismus?

In gewisser Weise mag es überraschend erscheinen, dass sich die Linke nicht mehr Gedanken über die Folgen der kommenden Schocks gemacht hat. Schließlich ist es im Allgemeinen weitgehend unstrittig, dass wir in eine Periode akuter Krise eintreten. Viele sind wie wir der Meinung, dass wir uns am Beginn einer verheerenden wirtschaftlichen Depression befinden. Es lässt sich auch nicht leugnen, dass in den USA und in weiten Teilen Europas die Rechte auf dem Vormarsch ist. Doch für die meisten Linken deutet keiner dieser Faktoren auf eine Verschlechterung ihrer eigenen Lage hin. Vielmehr sehen die meisten die kommende Zeit als eine große Chance für die revolutionäre Linke. Wir denken, dass dies keineswegs der Fall ist.

Natürlich bestreiten wir nicht, dass die Krise ***letztendlich*** zu Offensiven der Arbeiterklasse und zu Möglichkeiten für Revolutionäre führen wird. Unsere Differenz liegt vielmehr in den ***kurzfristigen*** Aussichten für den Klassenkampf, insbesondere in Europa und Nordamerika.

Wir leiten unsere Prognose nicht aus unseren Wünschen, sondern aus den Ergebnissen der Kämpfe der letzten Jahre ab. Seit dem Ende der Pandemie gab es weltweit eine ganze Reihe wichtiger Klassenkämpfe. In vielen Fällen hatte die Arbeiterklasse ganz klar die Chance, den Lauf der Dinge umzukehren und als entscheidender Faktor auf die politische Bühne zu treten. In all diesen Fällen haben wir mit aller Kraft für dieses Ergebnis gekämpft. Doch das Urteil ist bereits ***gefallen***, und nirgendwo konnte die Arbeiterklasse einen entscheidenden Sieg erringen.

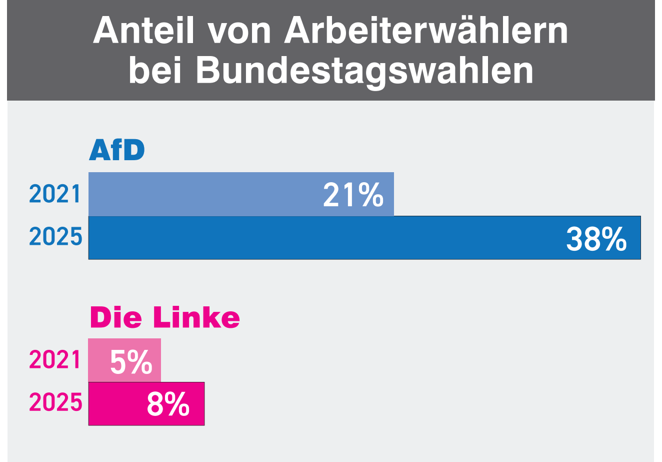
In Frankreich und Britannien endeten die Streikwellen in einer Niederlage. In den USA erkaufte sich die herrschende Klasse den sozialen Frieden im Wesentlichen durch Bestechung der oberen Schicht der Arbeiterklasse. In Griechenland ließ man den Kampf von Tempi zu einer unpolitischen Bewegung verpuffen. Die Aufstände im Iran, in Kenia und Nigeria wurden niedergeschlagen. In Bangladesch ist jetzt

die Yunus-Regierung an der Macht, und der revolutionäre Impuls der Massen wurde vorerst unterdrückt. Was den palästinensischen Kampf betrifft, so hat sich nach dem 7. Oktober eine riesige internationale Bewegung in der ganzen Welt ausgebreitet, aber heute ist diese Bewegung zusammengebrochen, und Gaza steht angesichts des israelischen Völkermords isolierter da denn je.

In der Politik ist das Timing entscheidend. Da es der Arbeiterklasse nicht gelang, die sich ihr bietenden Chancen zu nutzen, und sie von ihrer Führung auf Schritt und Tritt behindert wurde, ist die Initiative eindeutig an die herrschende Klasse der USA übergegangen. Jetzt startet Trump eine umfassende internationale und nationale Offensive. Dies wird sich wiederum auf die politische Lage weltweit auswirken. Eine Zeit lang werden die Arbeiter in der Defensive sein, sich Sorgen um ihre eigene Zukunft machen und zögern, in die Offensive zu gehen. Das sind die eindeutigen Zeichen, die wir von unseren Genossinnen und Genossen aus der Arbeiterklasse überall erhalten. Während sich die Wirtschaftskrise verschärft, besteht die IKL darauf, dass wir uns in Richtung ***Defensive*** orientieren müssen. In den Vereinigten Staaten und überall sonst sagen wir: ***Bereitet euch auf den Aufprall vor!***

Die Arbeiterklasse muss ihren Lebensunterhalt verteidigen. Die Gewerkschaften müssen gestärkt werden, damit sie die kommende Offensive wirksam bekämpfen können. Der palästinensische Kampf muss sich neu formieren und radikal neu ausrichten. Die Trans-Bewegung, die Immigranten-Bewegung, der Kampf der Schwarzen – sie alle müssen ihre derzeitige Isolation überwinden und Verbindungen zur Arbeiterbewegung knüpfen. In der Defensive zu sein bedeutet nicht, den Kampf einzustellen. Es bedeutet, für die Verteidigung der von den Unterdrückten eroberten Positionen zu kämpfen, wenn sie angegriffen werden.

Es erübrigt sich zu sagen, dass niemand sonst diesen Standpunkt vertritt. Während wir der Meinung sind, dass Europa kurz vor einem heftigen Rechtsruck steht, ist die Partido de los Trabajadores Socialistas in Argentinien der Ansicht, dass „Europa wahrscheinlich das Epizentrum dieser neuen Welle des Klassenkampfes ist“ (revolutionpermanente.fr, 22. März). Wie viele andere sieht sie im Stimmenzuwachs der Linkspartei in Deutschland ein Zeichen des politischen Erwachens und der Radikalisierung der Jugend. Ihre Schwesterorganisation Révolution Permanente in Frankreich proklamiert umso energischer den großen demokratischen Kampf gegen die Fünfte Republik.



Auch wenn bei der letzten Wahl mehr Jugendliche Die Linke gewählt haben, die Arbeiter wählten AfD

Schockierend ist, dass diese verschiedenen Prognosen und Perspektiven nicht auf dem Glauben beruhen, dass sich die Arbeiterklasse nach links bewegt – die Linken wissen, dass dies ***nicht*** der Fall ist. Vielmehr ist es eine Reaktion auf Schichten des liberalen Kleinbürgertums, die angesichts ihres bevorstehenden politischen Untergangs in Aufruhr geraten sind. Natürlich müssen wir versuchen, mit diesen Schichten in Verbindung zu kommen. Aber wir wollen sie beruhigen und für das, was kommt, organisieren, statt sie in die Schlacht zu stürzen, wenn gerade eine Welle der Reaktion hereinbricht.

In den Vereinigten Staaten sind ähnliche Tendenzen zu beobachten. Die Linke hat unzählige Male zu breiten Bewegungen zur Verteidigung von Einwanderern und anderen Opfern der Trump-Offensive aufgerufen. All diese Aufrufe zielen jedoch darauf ab, die Bewegungen der liberalen Ära wieder aufleben zu lassen, ein hoffnungsloses und bankrottes Unterfangen in der aktuellen Periode. Jeder Kampf, der erfolgreich sein soll, ***muss*** mit der Erkenntnis beginnen, dass in den USA ein scharfer Rechtsruck stattgefunden hat.

Auch die neu ausgerufene Revolutionäre Kommunistische Internationale (RKI) ist äußerst optimistisch. Der zentrale Kurs, den sie vertritt, ist der Aufbau einer revolutionären Partei. Das ist schön und gut, aber was bedeutet das? Es bedeutet, der RKI beizutreten. OK, und welchen Weg sollen die Gewerkschaften nach Ansicht der RKI einschlagen? Außer dem gelegentlichen bombastischen Aufruf, Fabriken zu besetzen, hat sie keine Perspektive. Aber was sollen die Unterdrückten angesichts einer Welle der Reaktion tun? Natürlich in die RKI eintreten. Wie kann man Austerität und Krieg bekämpfen? Tretet in die RKI ein. Und was tut die RKI? Sie liest Bücher, verkauft einmal pro Woche Zeitungen und erstellt lange Analysen der Welt. Was den Versuch angeht, irgendeine entscheidende Rolle im Klassenkampf zu spielen – das ist nicht ihr Ding. Zuerst muss sie 10 000 Mitglieder haben.

Eine wichtige trotzkistische Organisation, die sich gegen den Trend des nutzlosen Optimismus stellt, ist Lutte ouvrière in Frankreich. Niemand kann sie des Optimismus bezichtigen. Sie sagen Kriege und Krisen voraus und glauben, dass man dagegen nicht viel tun kann. Für sie besteht die Aufgabe einfach darin, an den Ideen des Kommunismus festzuhalten und auf bessere Zeiten zu warten (das kennen wir doch). Es versteht sich von selbst, dass die Arbeiterklasse in einer Zeit der akuten Krise, in der sie mit verheerenden Angriffen konfrontiert ist, wenig Gutes über diejenigen zu sagen haben wird, die abstrakt das zukünftige Paradies predigen, aber keinen Ausweg aus der gegenwärtigen Hölle aufzeigen.

Eine Prognose ist nur eine Vorhersage. Es ist normal, Fehler zu machen. Es gibt viele Dinge, die wir falsch machen werden. Das Problem ist nicht so sehr, Fehler zu machen, sondern auf einem Kurs zu beharren, der sich durch die Ereignisse als falsch erwiesen hat. Die Ereignisse zeigen schon heute deutlich, dass die Arbeiterklasse mit dem Rücken zur Wand steht. Doch die meisten leugnen diese Realität beharrlich. Das kann nur zur Katastrophe führen. In einer Periode der Reaktion in die Offensive zu gehen verursacht immer die größten Verluste in den Reihen der Vorhut. Den Abstentionisten mag es als sicherer erscheinen, einfach gar



Boniface Muthoni/SOPA

Nairobi, Kenia: Von Jugendlichen angeführter Protest gegen Steuererhöhungen, Juni 2024. Marxisten müssen versuchen, ihren Einfluss im Globalen Süden zu vergrößern

nichts zu tun, aber in Zeiten der Krise ist dies nichts anderes als eine Bankrotterklärung.

Im Moment besteht eine unserer wichtigsten Aufgaben darin, die Avantgarde-Elemente der Arbeiterklasse zu warnen und zu orientieren und zu versuchen, der Linken etwas Vernunft einzuhämmern. Im Moment setzen wir auf defensive Kämpfe. Aber es wird genauso wichtig sein, zu erkennen, wann sich die Situation ändert, und sich schnell neu zu orientieren. Wie Trotzki einmal schrieb: „Nichts ist gefährlicher als der Versuch, sich bei jähen Wendungen der Geschichte an alte Formeln, die habituell und bequem geworden sind, zu klammern – das ist der gerade Weg zum eigenen Verderben" („KPD oder neue Partei?", 29. März 1933).

Perspektiven für die IKL

Ich denke, man kann mit Fug und Recht behaupten, dass genau dieses Verderben heute einen Großteil der Linken erwartet. Die Kombination aus dem Zusammenbruch der liberalen Weltordnung, auf den sie nicht vorbereitet ist, und politischer Desorientierung, wo unten oben und oben unten bedeutet, wird zwangsläufig zu einer Verschärfung der Krise in marxistischen Parteien führen. Es ist wahrscheinlich, dass wir den organisatorischen Zusammenbruch vieler dieser Parteien erleben werden. In jedem Fall ist zu erwarten, dass die Situation in der Linken erst viel schlechter wird, bevor sie sich wieder bessert. All das ist in keiner Weise gut für die Arbeiterklasse – im Übrigen auch nicht für die IKL.

Wir sollten in naher Zukunft keine großen Durchbrüche erwarten. Alle Möglichkeiten, die sich uns bieten, werden durch den allgemein reaktionären Kontext abgeschwächt. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass die Erkenntnis, dass harte Zeiten vor uns liegen, uns keineswegs gegen die kommenden Erschütterungen immun macht. Wie die Linke in den meisten Ländern wurde auch unsere Partei in einer Zeit des relativen Friedens und der demokratischen Freiheiten aufgebaut. Wir können nicht genau wissen, wie sie auf den erhöhten Druck reagieren wird. Wie die Arbeiterklasse insgesamt werden auch unsere Genossinnen und Genossen von den Angriffen der Bourgeoisie betroffen sein. Mit der Arbeiterklasse werden wir diese Angriffe durchstehen. Aber wir werden dies mit einem Verständnis des allgemeinen Verlaufs der Ereignisse und mit einer klaren Vorstellung von unserem eigenen Platz im Verlauf der historischen Entwicklung tun – als ein Pol proletarischer Klarheit inmitten von Verwirrung und Krise.

Um dieser Rolle gerecht zu werden, schlagen wir drei Leitlinien vor, an denen wir unsere Arbeit ausrichten.

1. Politische Klärung

Erstens müssen wir unsere Arbeit der politischen Klärung und theoretischen Vorbereitung fortsetzen. In einer Zeit der großen Orientierungslosigkeit und des Aufruhrs ist es wichtig, der Arbeiterbewegung zu helfen, sich zu orientieren. Damit haben wir bereits auf verschiedene Weise begonnen. Wir haben wichtige theoretische Artikel über die Länder



veröffentlicht, in denen wir Sektionen haben, sowie über andere wichtige Themen wie China, Indien, Palästina und die Trans-Frage. Wir setzen die Arbeit auf diesem Plenum fort, indem wir eine grundlegend neue Herangehensweise für die nationale Frage in Irland als Antrag annehmen.

Wir müssen auch weiterhin einen beträchtlichen Teil unserer Ressourcen für die Korrespondenz und die Diskussion mit anderen Tendenzen aufwenden. Unsere neue Publikation *Spartacist Letters* zielt darauf ab, Diskussionen mit anderen Organisationen und Einzelpersonen zu führen. Diese Arbeit ist zwar noch bescheiden, aber ich denke, sie ist ein positives Beispiel dafür, wie substanzielle und konstruktive Debatten geführt werden können.

Während die Linke immer tiefer in die Krise gerät, müssen wir alles tun, um den Verlust marxistischer Kader zu begrenzen. Es hilft der Arbeiterbewegung nicht, wenn Organisationen aufgrund von Skandalen, Kämpfen um Bürokratismus oder personalistischen Konflikten zusammenbrechen und ihre Aktivisten demoralisieren. Im Grunde sind dies nur Symptome einer umfassenderen Desorientierung. Wir müssen denjenigen, die entschlossen sind, für die Revolution zu kämpfen, dabei helfen, die grundlegenden Ursachen für das Chaos in ihren Organisationen zu verstehen und für eine politische Klärung der wesentlichen Fragen zu kämpfen.

2. Orientierung auf die Arbeiterklasse

Unser zweiter Schwerpunkt muss die Ausrichtung auf das Proletariat sein. Unsere kleinen Wurzeln in der Arbeiterklasse geben uns wichtige Einblicke in ihre Stimmungen und Bestrebungen und sind für die Ausrichtung unserer Partei unerlässlich.

Diese Arbeit bietet uns auch ein wichtiges Terrain, auf dem wir unsere Ideen testen und unseren Einfluss unter den Arbeitern ausbauen können. In dieser Arbeit können wir konkret sehen, wie sich die Intervention von Revolutionären auf das Gleichgewicht der Klassenkräfte am Arbeitsplatz und im Klassenkampf auswirken kann. In den letzten Jahren haben wir viel Erfahrung bei der Durchführung dieser Arbeit gesammelt. Wir müssen weiterhin proletarische Kader ausbilden und rekrutieren, die das Rückgrat jeder revolutionären Organisation sind.

Wir müssen uns nicht zurückziehen, nur weil die Arbeiterklasse in vielen Ländern nach rechts rückt. Ganz im Gegenteil. Es ist wichtiger denn je, unseren Einfluss unter den Arbeitern auszubauen. Die Ausrichtung auf die Arbeiterklasse ist untrennbar mit der Verteidigung der Schwächsten in der Gesellschaft verbunden. Da die Liberalen die Sache der Immigranten, der Frauen, der Schwarzen und der LGBTQ+-Bewegung im Stich lassen, kann nur die Arbeiterklasse als zuverlässiger Schutzwall gegen die Reaktion dienen. Es ist wichtig, solide Bündnisse zwischen unterdrückten Sektoren und dem Proletariat aufzubauen. Dies muss ein integraler Bestandteil unserer Orientierung in der kommenden Periode sein.

3. Orientierung auf den Globalen Süden

Schließlich ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir unsere Verbindungen in den Globalen Süden ausbauen. In vielen Teilen der Welt ist die marxistische Linke praktisch nicht existent. In vielen anderen sind die Organisationen, die es gibt, national isoliert. Dies ist oft der Fall, selbst wenn sie Teil internationaler Tendenzen sind. Die Linke im Westen, die viele der internationalen marxistischen Tendenzen dominiert, widmet der Arbeit im Globalen Süden im Allgemeinen nur einen sehr kleinen Teil ihrer materiellen und politischen Ressourcen. Gleichzeitig ist es der Globale Süden, wo ein Großteil der Arbeiterklasse konzentriert ist und wo es das größte Potenzial für proletarische Aufstände gibt.

Die IKL hat in der vergangenen Periode wichtige Schritte in Richtung des Globalen Südens unternommen. Der erste und wichtigste war, unser Herangehen an die nationale Frage zu korrigieren und den Kampf gegen den Imperialismus in den Mittelpunkt unserer Perspektive zu stellen. Wir haben zudem zahlreiche Reisen organisiert, mehr Material in andere Sprachen übersetzt und eine Reihe wichtiger Artikel geschrieben. Diese Anstrengungen müssen wir noch verstärken. Nun, da die Neuausrichtung unserer nationalen Sektionen weitgehend abgeschlossen ist, müssen wir uns darauf konzentrieren, unsere politische Reichweite über die Grenzen hinaus zu erweitern. Diese Anstrengung darf nicht allein Aufgabe einer Handvoll Spezialisten sein, sondern muss von der gesamten Partei getragen werden. Von jedem Genossen wird erwartet, dass er sich über andere Länder informiert und der Partei dabei hilft, ihre Reichweite international zu erhöhen.

Diese drei Orientierungen sind eng miteinander verbunden. Indem wir sie gemeinsam vorantreiben, wollen wir die IKL in eine Position bringen, in der sie bei der Umgruppierung der Avantgarde-Elemente in der vor uns liegenden Periode des Aufruhrs und des Chaos eine Schlüsselrolle spielt. Das sind unsere aktuellen Aufgaben. Sie sind ehrgeizig, aber in den aktuellen Bedingungen des Klassenkampfes, dem allgemeinen Zustand der Linken sowie unseren kleinen, aber entschlossenen Kräften verwurzelt. ■

Jason Redmond/AFP

Oktober 2024: Boeing-Streikende schließen sich Streikposten an und nicht der von IAM-Gewerkschaftsbürokratie organisierten Versammlung mit Rednern der Demokratischen Partei. SL/U.S. kämpfte beharrlich für Ausweitung des Streiks

Für revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften

Der nachfolgende Artikel wurde als Beitrag der IKL für das Treffen Internationaler Kräfte in Paris, Mai 2025, eingereicht.

Auf der ganzen Welt sind die Gewerkschaften nur noch ein Schatten dessen, was sie einmal waren. Überall werden sie von Verrätern geführt, die unzählige Zugeständnisse und Niederlagen zu verantworten haben. Doch trotz der dringenden Notwendigkeit einer kämpferischen Führung, die die Arbeiterklasse wirklich verteidigen kann, ***ist der Einfluss revolutionärer Parteien auf die Arbeiterklasse schwach und/oder schwächt sich zunehmend weiter ab.***

Dieses Scheitern erklärt sich nicht durch einen einfachen Mangel an Kräften, sondern durch ***Weigerung oder Unfähigkeit, eine konsequente Opposition zur Gewerkschaftsbürokratie aufzubauen.*** Die Thesen über die Taktik des III. Weltkongresses der Komintern waren jedoch eindeutig:

> „Die Kommunistische Internationale hat schon im ersten Jahre ihrer Existenz die sektiererischen Tendenzen abgelehnt, indem sie die ihr angeschlossenen Parteien – ***mochten sie noch so klein sein*** – aufforderte, sich an den Gewerkschaften zu beteiligen, um ***deren reaktionäre Bürokratie von innen heraus zu überwinden und die Gewerkschaften zu revolutionären Massenorganisationen des Proletariats, zu Organen seines Kampfes zu machen***." (unsere Hervorhebung)

Wenn die so genannten revolutionären Organisationen gescheitert sind, liegt das im Wesentlichen daran, dass sie in ihrer Arbeit in der Industrie ***die falschen Strategien*** verfolgen. In dieser Hinsicht war die IKL keine Ausnahme. Aber wir für unseren Teil haben in den letzten Jahren Lehren aus unserem Scheitern gezogen.

Die folgenden Thesen beruhen auf unseren Erfahrungen mit der Intervention bei den Streikwellen, die in letzter Zeit mehrere Länder erschüttert haben, insbesondere bei Boeing in den USA. Aber ebenso wichtig sind unsere Erfahrungen in kleineren Konflikten und alltäglichen Kämpfen im Kontext zunehmender internationaler Reaktion.

Wir brauchen eine revolutionäre Strategie

Der Ausgangspunkt für revolutionäre Arbeit in der Industrie ist, dass ***die Arbeiterklasse ein marxistisches Programm braucht, um ihre Kämpfe anzuleiten***. Ein revolutionäres Programm ist unerlässlich, unabhängig davon, ob es sich um eine reaktionäre Periode, eine Periode wirtschaftlicher Streiks oder eine Periode großer politischer Kämpfe handelt. Jedoch ***lehnt die Mehrheit der marxistischen Organisationen den Kampf für eine revolutionäre Führung der Gewerkschaften ausdrücklich ab.***

Wenn es um Krieg geht, weiß jeder, dass eine Armee von einem Generalstab geführt werden muss, der den ***Feind besiegen*** will. Ein Oberkommando, das den Konflikt eher mäßigen als gewinnen will, wird nicht nur den Sieg erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen, sondern auch Taktiken anwenden, die die Verluste maximieren und die Gewinne minimieren.

Das Gleiche gilt für den Klassenkampf. Führungen der Arbeiterklasse, die eine Koexistenz mit dem Kapitalismus anstreben, werden in jeder Phase des Kampfes beschwichtigen. Sie maximieren Niederlagen und tun nichts, um die strategischen Interessen der Arbeiter voranzubringen. Eine revolutionäre Führung hingegen, weit davon entfernt, auf unmittelbare Gewinne zu verzichten, ***wendet Taktiken an, die Teilsiege maximieren*** und gleichzeitig ***die historischen Interessen*** der Arbeiterklasse ***voranbringen können***.

Die Gefahr des Opportunismus

Das häufigste Problem in der Industriearbeit ist die Strategie einer Versöhnung mit der Gewerkschaftsbürokratie. ***In ihrer rechtesten Form nimmt diese Politik die Form einer offenen Unterstützung nicht-revolutionärer Gewerkschaftsführungen an***. Diese Unterstützung wird in der Regel mit dem falschen Argument gerechtfertigt, dass eine „linke" Führung die Arbeiter zum Kampf ermutigt.

Als Zwischenschicht, die in ihren Bestrebungen den Kapitalisten nahesteht, aber für ihren Einfluss von den Arbeitern abhängig ist, ***spielt die Gewerkschaftsbürokratie keine unabhängige Rolle im Klassenkampf***. Die von ihr eingenommene politische Haltung spiegelt den Druck der Bourgeoisie oder der Arbeiterbasis wider. Aber im Wesentlichen versucht die Bürokratie, den Kapitalismus zu ***beschwichtigen. Wenn sie nach links schwenkt, dann nicht, um die Militanz der Arbeiterklasse zu fördern, sondern um sie so weit wie möglich in für die Bourgeoisie akzeptablen Bahnen zu halten***.

Das bedeutet nicht, dass es nie prinzipienfest ist, eine Einheitsfront mit einem Flügel der Gewerkschaftsbürokratie zu bilden. Aber jeder temporäre Block muss auf der Grundlage einer ***echten Klassenlinie*** gebildet werden (z. B. bei einem Streik oder gegen die nationale Einheit) ***und darf der Bürokratie niemals eine fortschrittliche Rolle zuschreiben***. Ziel eines solchen Blocks ist nicht, Feindseligkeiten einzustellen, sondern ***in der Aktion*** zu zeigen, warum ein revolutionäres Programm notwendig ist.

Linke Kritik

In vielen Fällen erfolgt die Versöhnung mit der Gewerkschaftsbürokratie in indirekter Form. Es wird scharfe Kritik an der Arbeiterführung geübt, aber ***diese Kritik bleibt auf der taktischen Ebene stehen und zielt nicht darauf ab, diese Verräter durch eine revolutionäre Gewerkschaftsführung zu ersetzen***.

Eine solche Herangehensweise ***beschränkt die Rolle der Revolutionäre darauf, Druck auf die derzeitige Führung auszuüben***. Druck von links kann die Bürokratie zwingen, eine militantere Haltung einzunehmen und eine

entsprechende Taktik anzuwenden, oder sogar die Arbeiter dazu bringen, vorübergehend über ihre Führung hinwegzugehen. Doch ***solange keine grundlegend andere Strategie angeboten wird***, um die sich die Elemente einer neuen Führung scharen können, ***ist die Bewegung dazu verdammt, in den Händen der Bürokratie zu bleiben***. Aber wenn es darauf ankommt, werden die Bürokraten in der Lage sein, den Kampf zu sabotieren, ganz gleich, wie viel Druck vorher auf sie ausgeübt wurde.

Die Taktik der Gewerkschaftsführung zu kritisieren, ohne den Aufbau einer neuen Führung auf Grundlage einer revolutionären Strategie anzustreben, bedeutet, die Symptome der Krankheit zu bekämpfen, ohne die Ursache anzutasten.

Gewerkschaftsfeindliches Ultralinkstum

Eine sektiererische Politik gegenüber den Gewerkschaften ist ebenso schädlich wie eine opportunistische. Auch wenn dies meist in radikale Worte gehüllt wird, ist die praktische Folge die gleiche: Es fehlt eine Alternative zur Bürokratie.

Einige Organisationen setzen die prokapitalistische Politik der Gewerkschaftsführungen mit den Gewerkschaften selbst gleich. Damit leugnen sie, was jeder klassenbewusste Arbeiter intuitiv versteht: Selbst die reaktionärste Gewerkschaft ist ein Bollwerk gegen die Bosse und ein Sprungbrett für kollektive Aktionen. Die Folge der reaktionären ultralinken Position ist, die Arbeiter im Stich zu lassen, wenn ihre Organisation vom Staat oder den Bossen angegriffen wird, was dazu führt, dass solche „Marxisten“ in den Augen der Arbeiter jede Glaubwürdigkeit verlieren.

Radikaler Abstentionismus

Ein weniger reaktionärer, aber ebenso steriler Ausdruck sektiererischer Politik ist es, die Gewerkschaftsbürokratie mit revolutionären Worten anzuprangern, ohne irgendeine Antwort auf die konkreten Probleme der Arbeiter zu geben. Dieser Ansatz ist bestenfalls völlig steril.

Großartige Proklamationen über die Notwendigkeit der Revolution mögen einen dazu bringen, sich als großen Revolutionär zu sehen. Aber sie tragen nicht dazu bei, das Klassenbewusstsein zu fördern. Die einzige Möglichkeit, den Einfluss revolutionärer Ideen wirklich zu erhöhen, besteht darin, ***zu zeigen, wie zentral wichtig sie für den Fortschritt des Arbeiterkampfes sind***.

Abenteurertum

Für eine Organisation, die keinen wirklichen Einfluss in einer Branche hat, ist es leicht, radikale Forderungen zu stellen, ohne den politischen Kontext oder die Hindernisse für ihre Umsetzung zu berücksichtigen. Das Ergebnis ist steril und im Allgemeinen irrelevant. Weitaus gefährlicher ist es, wenn Leute, die wirklichen Einfluss ausüben, die Arbeiter bei ungünstigen Bedingungen in die Offensive drängen.

Die praktische Konsequenz einer Kritik an der Bürokratie, die sich ausschließlich auf deren Mangel an Radikalität stützt, ist die ständige Forderung nach radikaleren Aktionen. Aber ohne ein umfassenderes revolutionäres Verständnis der politischen Situation ist das Ergebnis eine Karikatur, bei der kleine Gruppen isolierter Arbeiter in die Offensive gehen oder im Streik bleiben, obwohl sie keine Chance auf einen Sieg haben. Diese Politik demoralisiert die Avantgarde und kann zu katastrophalen Folgen führen, die weitaus schlimmer sind als eine einfache Beschwichtigungspolitik.

Eine revolutionäre Führung muss den Klassenkampf führen, sowohl in der Offensive als auch in der Defensive, und darf nicht unter allen Umständen zur Offensive aufrufen!

Ökonomismus

Der Druck der Arbeit in der Industrie neigt dazu, den politischen Horizont auf die unmittelbarsten Probleme zu verengen. Die Aufgabe von Revolutionären besteht nicht nur darin, den Arbeitern eine breitere Sicht auf ihre Unterdrückung zu vermitteln, sondern ***ihnen auch zu zeigen, dass ein allgemeines Verständnis der Klassenbeziehungen, des politischen Kontextes und der internationalen Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf unerlässlich ist, egal wie bescheiden er auch sein mag.***

Eine ökonomistische Konzeption der Gewerkschaftsarbeit kommt dagegen dem politischen Bewusstsein rückständiger Schichten der Arbeiterklasse entgegen. Wenn rassische Spannungen auftreten, besteht die Antwort der Ökonomisten beispielsweise darin, abstrakt für die Einheit gegen die Bosse einzutreten. Was nicht gesagt wird, ist, ***dass die Arbeiter ein fest begründetes Interesse daran haben, Rassenunterdrückung aktiv zu bekämpfen***. Auf diese Weise versucht der Ökonomismus, die „Einheit“ nicht auf der Grundlage eines höheren Klassenbewusstseins zu bewahren, sondern auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners. ***So werden die Antagonismen, die die Arbeiter spalten, aufrechterhalten***.

Minimal- und Maximalprogramm

Revolutionäre Arbeit in der Industrie ist notwendigerweise konkret. Sie muss die dringendsten Probleme angehen, mit denen die Arbeiter in ihrem täglichen Leben konfrontiert sind. Das macht diese Arbeit nicht reformistisch; ***die Überwindung der Hindernisse, die die Arbeiterklasse gefügig und gespalten halten, erfordert ein marxistisches Verständnis der kapitalistischen Gesellschaft***.

Indem das marxistische Programm gegen die prokapitalistische Bürokratie – das Haupthindernis für Klassenbewusstsein – ***in die Praxis umgesetzt wird, wird die Gewerkschaftsarbeit zu revolutionärer Arbeit***. Die Synthese zwischen Minimal- und Maximalprogramm wird genau dann erreicht, ***wenn die unmittelbaren Kämpfe des Proletariats von einer umfassenden revolutionären Konzeption geleitet werden***. Die in diesem Dokument aufgelisteten Fehler haben alle den gemeinsamen Nenner, dass sie diese entscheidende Verbindung kappen.

* * *

Wie die IKL diese Grundsätze in die Praxis umsetzt, erfahrt ihr hier:
https://iclfi.org/topics/de/gewerkschaften
https://iclfi.org/topics/de/hafenarbeiter
Kontakt zum Komitee in Hamburg:

Komitee von Hafenarbeitern
Für eine kämpferische ver.di
EIN HAFEN, EIN KAMPF!



Nach dem 7. Oktober
Wo stehen wir jetzt?





Hani Alshaer/Anadolu;Omar al-Qattaa/AFP

Oben: Palästinenser feiern Zerstörung von israelischem Panzer, 7. Oktober 2023. Rechts: Bewohner von Gaza retten Mädchen nach Israels Angriff auf Flüchtlingslager, 23. März

Vor dem 7. Oktober waren die Bedingungen in Palästina vergleichsweise stabil, wobei „stabil" nicht „gut" bedeutet. Tatsächlich hatten sich die Bedingungen seit Jahren verschlechtert, während die Netanjahu-Regierung für ihre Politik des „Konfliktmanagements" bekannt wurde, bei der sie jeden Verhandlungsversuch ablehnt. Stattdessen verfolgte Israel eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche. Als Zuckerbrot wurde der Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland und der Hamas im Gazastreifen Geld zur Verfügung gestellt, um eine stabile Verwaltung zu gewährleisten. Als Peitsche wurden das Westjordanland und Ostjerusalem zunehmend militarisiert, wobei die Siedler dazu ermächtigt wurden, immer weiter auf palästinensisches Gebiet vorzudringen. In diesen Gebieten wurde von 2021 bis 2023 jedes Jahr ein neuer Rekord bei der Zahl der vom israelischen Militär außerhalb von „Kriegszeiten" getöteten Palästinenser erreicht. In Gaza bedeutete „Konfliktmanagement" auch, alle paar Jahre „das Gras zu mähen", indem Israel Massaker verübte, um Demoralisierung zu säen, und zwar mit zunehmender Intensität in den Jahren 2008, 2012, 2014 und 2021.

Während dieser Zeit des Konfliktmanagements begann Israel seine eigenen internen Krisen durchzumachen im Zusammenhang mit Netanjahus Korruption und seinem Versuch, die Kontrolle über die Justiz an sich zu reißen, was schließlich in einem von liberalen Kräften dominierten Generalstreik gegen Netanjahu gipfelte. In der Region war der Krieg in Syrien seit Jahren festgefahren, wobei das Assad-Regime scheinbar die Oberhand gewonnen hatte. Obwohl ihre Intervention auf Seiten von Assad unpopulär war, blieben die Hisbollah und der Iran in einer relativ starken militärischen Position.

Der 7. Oktober und die Strategie der Hamas

Der 7. Oktober zerbrach den Status quo in der Region. Der von der Hamas geführte Angriff, bei dem der Gaza-Zaun durchbrochen, die IDF angegriffen und Hunderte von Zivilisten massakriert wurden, war der schwerste Angriff auf Israel seit dem Jom-Kippur-Krieg 1973. Das israelische Regime änderte seinen Kurs vom „Management des Konflikts" zur „Lösung" des Problems. Und wie? Durch die „Eliminierung der Hamas", was bedeutet, jeglichen palästinensischen Widerstand auszuschalten und die Unterwerfung der Palästinenser durch Tod, ethnische Säuberung und Kapitulation zu erzwingen.

Neunzehn Monate später hat sich das Gleichgewicht der Kräfte zugunsten des israelischen Staates und des



Omar al-Qattaa/AFP

22. Februar: Hamas bei der Geiselübergabe in Rafah während des Waffenstillstands

US-Imperialismus verschoben. Der Gazastreifen liegt in Trümmern, mehr als 50 000 Palästinenser wurden getötet (viele schätzen die Zahl weit höher ein) und der Weg für Israel ist nun frei, seinen völkermörderischen Krieg zu intensivieren und Gaza auszuhungern. Diese katastrophale Situation ist nicht nur das Ergebnis der militärischen Überlegenheit Israels. Sie ist auch auf die Strategie der Hamas selbst zurückzuführen, die sich auf eine Reihe falscher Annahmen stützte:

1. Dass der US-Imperialismus intervenieren und Israel zu Zugeständnissen an die Palästinenser zwingen würde.
2. Dass die USA dazu durch den Druck der internationalen Völkergemeinschaft, der öffentlichen Meinung und der Protestbewegungen gezwungen werden würden.
3. Dass der Iran und die übrige Achse des Widerstands gezwungen wären, gegen Israel einen regionalen Krieg auszurufen.
4. Dass in Israel das Chaos so groß sei, dass das Militär von innen heraus zerbröckeln würde.

Die erste Annahme sagt etwas über die Illusionen der Hamas in den US-Imperialismus. Die Hamas-Führung glaubte, die Schwächung der US-Macht würde bedeuten, dass die USA eher bereit wären, Zugeständnisse zu machen und sich aus ihren Einflussbereichen zurückzuziehen. In Wirklichkeit ***ist das Gegenteil der Fall***. Da ihre Hegemonie bedroht ist, müssen sich die USA noch mehr auf ihren israelischen Kampfhund verlassen.

Die in der zweiten Annahme zum Ausdruck gebrachten Hoffnungen leugnen, dass die internationale Gemeinschaft von den USA angeführt wird. Es war Wunschdenken zu glauben, dass die westlichen Länder oder die unterwürfigen arabischen Regime sich dem Diktat der USA widersetzen würden. Was die Protestbewegungen betrifft: Im Westen blieben sie dominiert von liberaler Politik, was ihre Ohnmacht garantierte. Im gesamten Nahen Osten wurden sie entweder von den Regimen gesponsert, um Dampf abzulassen und deren eigene Untätigkeit zu verbergen, und/oder sie wurden von Islamisten angeführt, deren Politik ähnlich war wie die der Hamas. In beiden Fällen wurden die Impulse der Massen gezügelt.

Die dritte Annahme zeugt von blindem Vertrauen in das islamische Regime des Iran und in die Hisbollah. Das klerikale Regime in Teheran und die Führer der schiitischen Bewegung im Libanon haben ihre eigene innere Stabilität und ihre engstirnigen Interessen immer über die der Palästinenser gestellt. Genau das steckt hinter ihrer Doktrin der „strategischen Geduld“: die Vorstellung, dass die Achse des Widerstands einen langfristigen Abnutzungskrieg gegen Israel und die USA führen und deren militärische Macht allmählich aushöhlen würde, bei gleichzeitigen diplomatischen Appellen, die sich auf internationales Recht und liberale Prinzipien stützen. In Wirklichkeit wurde ***durch „strategische Geduld“ die gesamte Initiative Israel und den USA überlassen***. Diese waren absolut bereit, die Situation ständig zu eskalieren, am stärksten zuzuschlagen und gegen jede Norm früherer Konflikte zu verstoßen. Währenddessen blieb die Achse des Widerstands trotz beträchtlicher militärischer Kapazitäten politisch gelähmt und ständig auf dem Rückzug.

Die vierte Annahme zeigt, dass die Hamas die Krise innerhalb Israels falsch verstanden hat. Die Spaltungen innerhalb der israelischen Gesellschaft sind sicherlich tief. Ein Schock wie der 7. Oktober, bei dem Kibbuzniks und Festivalbesucher wahllos ermordet wurden, konnte solche Spaltungen jedoch nicht vertiefen, sondern führte vielmehr dazu, sie zu überbrücken. Diese Art von Aktion ermutigt die herrschende Klasse und alle Flügel des Zionismus, die den israelischen Staat als das einzige Bollwerk gegen einen neuen Holocaust darstellen. Deshalb ist die in der palästinensischen Bewegung weit verbreitete Vorstellung, dass die israelische Gesellschaft bei jeder ernsthaften Erschütterung zusammenbrechen wird, falsch und zutiefst verwirrend. Außerdem gab sich die Hamas der Illusion hin, dass der Druck der liberalen Zionisten, die Verhandlungen über einen Waffenstillstand fortzusetzen, zu Zugeständnissen an die palästinensische Seite führen würde. Aber nicht die Liberalen haben die Oberhand, sondern Netanjahus rechte Regierung. Er hat deutlich gemacht, dass die Zerstörung der Hamas oberste Priorität hat, und wenn die Geiseln sterben, wie es bei vielen geschehen ist, dann soll es so sein. Diese Politik hat bei den Liberalen in Israel zwar großes Entsetzen ausgelöst, sie können aber nichts dagegen unternehmen, da sie Netanjahus Grundprämisse für den Krieg teilen.

Daher war die Strategie hinter dem 7. Oktober, trotz der schweren Verluste, die Israel durch diese Operation hinnehmen musste, mit politischen Problemen behaftet, die für den Befreiungskampf nur zu einer Katastrophe führen konnten. Die Hamas wusste ganz genau, dass der 7. Oktober einen neuen, verheerenden Krieg gegen den Gazastreifen auslösen würde. Und sie wusste, dass sie ihn nicht gewinnen konnte. Ihre Strategie bestand darin, die Bevölkerung von Gaza für das Gemetzel zu opfern in der Hoffnung, dass die Achse des Widerstands in den Krieg eintreten würde und dadurch die internationale Ge-

meinschaft und die USA gezwungen wären, gegen Israel einzuschreiten.

Stattdessen hat die israelische Regierung das wahllose Massaker an Zivilisten genutzt, um mit voller Unterstützung der USA direkt zum Völkermord überzugehen. Iran und die Hisbollah verbrachten den Krieg mit Abwarten und Zögern, eine Schwäche, die Israel mit verheerender Wirkung ausnutzte. Dass die internationale Gemeinschaft nichts weiter tat, als bedeutungslose Erklärungen und UN-Resolutionen herauszugeben, dafür sorgten die USA. Jetzt, da die Palästina-Bewegung im Westen am Abflauen ist, gehen reaktionäre Politiker mit aller Härte gegen die Aktivisten vor. Am Ende erwies sich das pro-iranische Motto, langsam „den israelischen Frosch zu kochen", als fatal, verglichen mit dem Spruch aus dem Talmud: „Wenn jemand kommt, um dich zu töten, erhebe dich und töte ihn zuerst."

Die Achse des Widerstands

Die Hamas ist nicht verschwunden und Israel ist nicht ungeschoren davongekommen. Aber es ist klar, dass Israel die Oberhand hat, und die Kapazitäten, über die die Hamas noch verfügt, werden nicht ausreichen, um das Kräfteverhältnis für die Palästinenser zu verbessern. Die Hamas-Führung hat die Kontrolle über den Gazastreifen bereits aufgegeben und lediglich erklärt: „Die Waffen des Widerstands sind eine rote Linie."

Im Libanon hat Israel die Hisbollah, einen der größten Herausforderer der IDF in der Region, erfolgreich in Schach gehalten. Die gesamte Intervention der Hisbollah im Krieg bestand darin, an der Front des Libanon so lange aktiv zu bleiben, wie die Kämpfe im Gazastreifen weiter tobten. In seiner letzten Rede sagte Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah, „die Front von Libanon wird nie stoppen, bevor die Aggression gegen Gaza aufhört", und dass Netanjahu „nicht in der Lage sein wird, die Siedler in den Norden ‚zurückzubringen' und zu tun, was er will". Einige Tage später war Nasrallah bereit, ein Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen. Kurz darauf, am 27. September 2024, wurde er ermordet. Das Kriegsziel der Hisbollah wurde vereitelt und die Organisation wurde enthauptet. Natürlich gibt es die Hisbollah immer noch – das riesige Begräbnis für Nasrallah war eine gewaltige Machtdemonstration und die größte Menschenansammlung in der Geschichte des Libanon. Dennoch hält Israel immer noch fünf Beobachtungsposten im Libanon besetzt und greift weiterhin Ziele der Hisbollah an.

Der Iran, die zentrale Kraft hinter der Achse des Widerstands, ist aus diesem Krieg mit einer Blamage hervorgegangen. Palästinenser und Libanesen sind allgemein der Meinung, dass der Iran von Anfang an energischer hätte eingreifen müssen. Stattdessen verbrachte die iranische Regierung die meiste Zeit des Krieges mit dem Versuch, diplomatischen Druck für einen Waffenstillstand aufzubauen. Der Iran griff erst ein, als er nach zahllosen israelischen Provokationen – von der Bombardierung seines Konsulats in Syrien bis hin zur Tötung fast der gesamten Hisbollah-Führung – absolut dazu gezwungen war. Die Angriffe des Iran auf Israel, insbesondere der zweite im Oktober 2024, bei dem 180 ballistische Raketen ohne Vorwarnung eingesetzt wurden, haben seine militärischen Fähigkeiten unter Beweis gestellt. Mehrere Raketen der neuesten Generation durchdrangen die israelischen Luftabwehrsysteme und trafen israelische Stützpunkte mit großer Präzision. Dies hielt einige in Israel, die einen Krieg mit dem Iran befürworten, zurück. Der iranische Raketenangriff machte deutlich, dass das strategische Hauptproblem des Iran in diesem Konflikt nicht militärischer, sondern ***politischer*** Natur ist. Das islamische Regime, das sich in ständiger Angst vor den iranischen Massen befindet und in einer Wirtschaftskrise steckt, sucht immer noch eine Übereinkunft mit den USA, die Ajatollah Chamenei verdeckt durch die Fraktion der Reformer anstrebt. Diese Situation war die Ursache für seine ständige Unentschlossenheit und Untätigkeit während des Völkermords. Nach dem Raketenbeschuss ging die Initiative direkt an Israel zurück, das weitere Massaker an Palästinensern, Hamas- und Hisbollah-Kämpfern und anderen beging.

Ein weiterer schwerer Schlag für die Hisbollah und den Iran war der Sturz der verhassten Assad-Diktatur in Syrien, die ihnen früher Nachschubwege für Waffen garantierte (siehe „Nur Antiimperialismus kann die Völker Syriens vereinen", *Spartakist* Nr. 228, Frühjahr 2025). Die neue syrische Regierung hat sich von Anfang an klar gegen das „iranische Projekt" ausgesprochen und hat an den westlichen Imperialismus appelliert, selbst nachdem Israel in den Süden Syriens einmarschiert ist und den höchsten Punkt des Landes erobert hat.

Allerdings kann sich die Haltung des neuen Regimes ändern. Israel hat mehrfach erklärt, dass das Gebiet südlich von Damaskus „entmilitarisiert" werden soll, und behauptet, es sei bereit, zur Verteidigung der drusischen Minderheit in Damaskus einzumarschieren. Da sich diese Drohungen häufen, könnte das neue Regime unter Druck geraten, irgendeine Art von Reaktion zu zeigen, auch wenn diese angesichts der Spaltungen im neuen Staat äußerst schwach ausfiele. Anfang April gab das Regime Erklärungen ab, in denen es die israelische Präsenz angriff, und lokale Milizen in der Provinz Daraa (die nicht zur Miliz HTS gehören, die in Damaskus die Macht übernommen hat) waren in Kämpfe mit den israelischen Besatzungstruppen im Süden verwickelt. Es bleibt abzuwarten, wie weit Israel in Richtung Expansion gehen wird. In jedem Fall stellen die lokalen syrischen Milizen keine ernsthafte Bedrohung dar.

Israel schürt in Syrien den Sektarismus (d. h. die Spaltung entlang nationaler, ethnischer und konfessioneller Linien) und versucht, mit den alawitischen, christlichen und drusischen Minderheiten Verbindungen aufzubauen, die die Stützen des Assad-Regimes waren. Die jüngsten Massentötungen von Alawiten an der Küste machen jede Aussicht auf eine syrische Einheit unter dem neuen Regime zunichte. Bis zum Sturz Assads schien der 7. Oktober die Sunniten und Schiiten der Region gegen die israelische Aggression zu vereinen. Sein Sturz hat diese Fassade zerstört: Sunnitischer Sektarismus kommt im Libanon wieder zum Vorschein, Hamas und die Achse sind über Syrien gespalten, und das syrische Regime streitet mit der Hisbollah und der Achse.

Die Huthis sind die einzige Kraft in der Achse des Widerstands, deren Autorität gestärkt wurde. Trotz ständiger Bombardierungen durch die USA, Britannien und Israel ist es





Daniel Carde/Getty

Beirut, 23. Februar: Beerdigung des ermordeten Hisbollah-Führers Hassan Nasrallah war größte Menschenansammlung in der Geschichte des Libanon

ihnen immer wieder gelungen, den Handel im Roten Meer zu stören und sogar Israel direkt anzugreifen. Während Trump versucht, wieder einmal durch Bomben ihre Unterwerfung zu erzwingen, gibt es kaum Anzeichen dafür, dass dies erfolgreicher sein wird als Bidens gescheiterte Kampagne. Dennoch sind die Huthis jetzt viel stärker isoliert. Die Verhandlungen des Iran mit den USA verheißen nichts Gutes für sie.

Israel

Die innenpolitische Situation Israels ist kompliziert. Die herrschende Klasse ist keine unabhängige Kraft, und seit der Suezkrise 1956 und vor allem seit dem Krieg von 1967 ist sie an den US-Imperialismus gebunden. Entscheidend in Israel ist, woher aus den USA der Wind bläst. Israels vorrangige Bedeutung lag nie in seinen Rohstoffen oder seiner Industrie, sondern in seiner Nützlichkeit als militärischer Außenposten, der dazu dient, die imperialistische Aufteilung und Ausbeutung des Nahen Ostens sicherzustellen. Der Zionismus liefert den Überbau, mit dem diese Rolle gerechtfertigt wird.

Seit Jahren tobt in der herrschenden Klasse Israels ein Fraktionskampf zwischen liberalen Zionisten, die mit dem Establishment von Militär und Geheimdienst und mit großen Technologieunternehmen verbunden sind, und rechten Zionisten, die von Netanjahu angeführt und von Siedlerorganisationen unterstützt werden. Der 7. Oktober unterbrach die konkurrierenden Massendemonstrationen dieser Fraktionen. Doch die Belastung durch den Krieg, die sich verschärfende Wirtschaftskrise, Trumps Wiederwahl und Netanjahus erneuter Vorstoß zur Runderneuerung des Justiz- und Sicherheitsapparats haben die Polarisierung wieder ans Licht gebracht. Regelmäßige Proteste zugunsten eines Geiselabkommens und weniger regelmäßige Demonstrationen der extremen Rechten zur Unterstützung der Fortsetzung des Völkermords sind ein Ausdruck davon. Die jüngsten Proteste gegen Netanjahus Entlassung von Ronan Bar, dem Chef von Schin Bet, gehören auch dazu.

Netanjahu hat sich als Verteidiger der Demokratie gegen den Staat im Staate präsentiert und die Justiz und den Sicherheitsapparat bekämpft, die nach wie vor von liberalen Zionisten und Aschkenasim (Juden europäischer Abstammung) beherrscht werden. Er hat die Frustrationen der Mizrachim (Juden nahöstlicher und nordafrikanischer Abstammung), die etwa die Hälfte der israelischen Gesellschaft stellen, erfolgreich ausgenutzt. Für sie bedeuteten der liberale Zionismus und die Kontrolle durch die Aschkenasim stets Verachtung und Diskriminierung in den Bereichen Wohnung und Arbeit. (Das erklärt auch, warum viele Mizrachim zu Siedlern im Westjordanland geworden sind.) Während die gesamte israelische Bevölkerung nach dem 7. Oktober in einen völkermörderischen Rausch versetzt wurde, hatte die Regierung wegen der Wut auf das liberale Establishment leichteres Spiel bei ihrer Argumentation, die einzige Lösung des palästinensischen „Problems“ sei die Endlösung.

Liberale Zionisten haben die ethnische Säuberung gegen Palästinenser und die Ziele von Eretz Israel immer unterstützt, aber dabei versucht, dies unter einem demokratischen Deckmantel zu tun (zumindest für Juden diesseits der Grünen Linie). Doch seit dem 7. Oktober ist die Farce von Israel als „der einzigen Demokratie im Nahen Osten“ international gründlich diskreditiert. Netanjahus Fraktion hat darauf gesetzt, dass sie die Farce nicht mehr aufrechtzuerhalten braucht, nicht einmal für Juden, während sie auf die Konsolidierung einer bonapartistischen, militarisierten Theokratie hinarbeitet. Durch Landraub, ethnische Säuberung und harte Schläge gegen die Achse des Widerstands ist es Netanjahu gelungen, die israelische Politik neu auszurichten, wobei der politische Raum für den liberalen Zionismus wegbröckelt. Selbst wenn die Liberalen an die Macht zurückkehren, wäre der politische Kontext ein anderer. Netanjahus Agenda würde man fortsetzen, nur unterschiedlich verpacken.

Die Gewerkschaftsbürokratie der Histadrut steht weiterhin voll und ganz auf der Seite der liberalen israelischen Bourgeoisie. Ihre Führer haben sich dem Völkermord verschrieben. Zu Beginn des Krieges signierte der Histadrut-Führer Arnon Bar-David stolz im Namen der Gewerkschaft eine Bombe, die auf Gaza abgeworfen werden sollte. In den letzten Jahren hatte die Histadrut jedes Mal, wenn sie einen Generalstreik startete, die Unterstützung von Teilen der herrschenden Klasse. Dennoch ist die Streikbewegung widersprüchlich: Während das Bewusstsein der Arbeiter immer noch liberal-zionistisch, chauvinistisch und feindlich gegenüber der palästinensischen Befreiung ist, spiegelt es auch die Wut über die Fortsetzung des Krieges wider. Kommunisten müssen in diese Streiks eingreifen, um zu zeigen, dass nationaler Chauvinismus eine Sackgasse ist, wenn es darum geht, den Kampf für die Befreiung der Geiseln, den Sturz der Regierung und die Verbesserung der Lebensbedingungen voranzutreiben, und dass die größten Verbündeten der Arbeiter in diesem Kampf die palästinensischen und arabischen Massen sind, die gegen den US-Imperialismus und die zionistischen Herrscher kämpfen.

Die Linke in Israel

Die Linke in Israel ist nach wie vor erschreckend klein und steckt in liberalem Liquidatorentum. Am bekanntesten sind die Kommunistische Partei Israels (CPI) und die erst

kürzlich gegründete Gruppe Standing Together (ST), deren führende Mitglieder zum großen Teil vorher in der CPI waren. Beide haben auch eine gemischte arabische und jüdische Mitgliedschaft, wobei die CPI überwiegend arabisch ist. Beide Gruppen haben eine starke Tradition von Klassenkollaboration und liberalem Zionismus und unterstützen die Farce, dass Gleichheit für Palästinenser durch eine Zweistaatenlösung erreicht werden kann. Die CPI kapituliert sogar vor den Kräften der zionistischen Mitte, zum Beispiel als 2019 ihre Gruppe im Parlament für Benny Gantz als Premierminister stimmte.



Mostafa Alkharouf/Anadolu

Von Standing Together organisierter Protest in Tel Aviv, 24. April: Araber und Juden zeigen Fotos von in Gaza getöteten Kindern und halten Transparente mit Forderungen nach Freilassung der israelischen Geiseln und nach dauerhaftem Waffenstillstand hoch

Standing Together versucht unterdessen, eine links-populistische Bewegung im Stil der in Europa nach 2008 entstandenen linken Strukturen aufzubauen, die mit einer durchweg liberalen und moralistischen Politik die Palästinafrage für die Zionisten annehmbar machen soll. So werden beispielsweise Yahya Sinwar von der Hamas und Netanjahu in grotesker Weise gleichgesetzt als „zynische Politiker, die sich nicht um Menschenleben kümmern“. Trotz ihrer Geschichte von Kapitulation sind aber beide Gruppen, und insbesondere die CPI, oft die ersten Organisationen, an die sich arabische und antizionistische Jugendliche wenden, um zu kämpfen, insbesondere an den Universitäten. Um ihre besten Elemente zu gewinnen, müssen Marxisten in diesen Organisationen so intervenieren, dass sie begründen, warum ein Bruch mit dem Zionismus und dem US-Imperialismus notwendig ist, und darauf bestehen, wie sehr die Verpflichtung, für die Befreiung Palästinas einzutreten, unabdingbar ist für die Befreiung der israelischen Arbeiter.

Die Avantgarde des Zentrismus in Israel/Palästina ist die Socialist Struggle Movement (SSM) der Internationalen Sozialistischen Alternative. Während die SSM auf dem Papier dagegen ist, dass die ST „dem Druck des israelischen Chauvinismus/Nationalismus erliegt“, kapituliert ihr eigenes Programm vor dem liberalen Zionismus. Die SSM stellt so ziemlich die gleichen liberalen Forderungen auf wie ST, z. B. „Stoppt den Krieg“, „alle für alle“ (alle Geiseln/Gefangenen auf beiden Seiten sollten freigelassen werden) und für ein „Leben in Würde“. Und das, ***ohne*** direkt eine Seite mit dem palästinensischen Widerstandskampf zu beziehen.

Außerdem kapituliert die SSM vollständig vor der verrotteten Histadrut-Bürokratie. Während des israelischen Generalstreiks 2024 bestand ihre Hauptkritik an den durch und durch prokapitalistischen zionistischen Bürokraten darin, dass sie früher einen Streik hätten organisieren sollen und dass der (von einem Flügel der herrschenden Klasse unterstützte) eintägige Streik in einen 48-stündigen Streik umgewandelt werden sollte. Kommunisten sollten eine gemeinsame Arbeit mit der SSM anstreben und dabei deren Zugeständnisse an den Zionismus und den liberalen Charakter ihrer Interventionen entlarven.

Eine weitere Tendenz wird von der Internationalist Socialist League vertreten, der Sektion der Revolutionary Communist International Tendency (RCIT) in Israel/Besetztem Palästina. Die RCIT unterstützt den palästinensischen Widerstand und fordert die Zerstörung des israelischen Staates durch eine arabische Revolution unter Führung einer Arbeiterpartei. Doch ihre Interventionen beschränken sich allzu oft darauf, die Verbrechen Israels anzuprangern und dem palästinensischen Widerstand militärische Unterstützung zu geben. Wie viele andere Linke schlägt die RCIT nie eine alternative marxistische Strategie des Kampfes für die palästinensische Befreiung vor, die im Gegensatz zur Strategie der Nationalisten steht. Die andere Seite dieser Politik ist der Verzicht auf jede Perspektive, die israelische Gesellschaft entlang der Klassenlinie zu spalten. Auf diese Weise gibt die RCIT die Führungsrolle der Kommunisten zugunsten des nationalistischen Lagers auf und verwandelt Revolutionäre in bloße Cheerleader für nicht-kommunistische Kräfte (siehe „Polemics with Revolutionary Communist International Tendency on Israel/Palestine“, *Spartacist Letters* Nr. 1, November 2024).

Schließlich gibt es bei den ausdrücklich liberalen und moralistischen Linken das Phänomen der Kriegsdienstverweigerer, die israelische Jugendliche davon zu überzeugen versuchen, den Dienst in der Armee zu verweigern. Konkret bedeutet dies den Verzicht auf einen Kampf dafür, durch Klassenkampf ***die IDF von innen heraus zu schwächen***. Trotz ihrer geringen Zahl und Bedeutung sollten diese Kräfte nicht ignoriert werden. Kommunisten müssen sie gegen Repression verteidigen und gleichzeitig darauf hinweisen, dass die einzige Möglichkeit, die zionistische Kriegsmaschinerie zu zerstören, darin besteht, die Armee entlang der Klassenlinie zu spalten und ein Bündnis mit den Werktätigen der gesamten Region zu bilden.

Perspektiven

Es ist klar, dass sich das Gleichgewicht der Kräfte zugunsten Israels verschoben hat. Die Achse des Widerstands hat schwere Schläge einstecken müssen und die internationale



Spartakist

Spartakisten auf Palästina-Demo am 21. Juni in Berlin rufen auf zur Verteidigung Irans gegen Israel/USA

Palästina-Solidaritätsbewegung wird von verschiedenen westlichen Regierungen zerschlagen, allen voran von Trump. Da sich Israel kaum noch abschrecken lässt, ist mit einer langen Periode unaufhörlicher Aggression in verschiedenen Gebieten zu rechnen, von Gaza und dem Westjordanland bis zum Libanon und Syrien. Das wird eine explosive Entwicklung unter der Bevölkerung vorbereiten, auch wenn der Zeitrahmen nicht vorhergesagt werden kann. Bis dahin passen sich die nationalen bürgerlichen Kräfte im Nahen Osten der neuen Normalität an: Der Iran verhandelt mit den USA, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) versuchen nach den Rückschlägen für die Hamas ihren eigenen Einfluss zu vergrößern, Ägypten hält seine Grenze zum Gazastreifen weiterhin geschlossen und der Libanon und Syrien verzichten auf eine Verteidigung gegen Israels fortgesetzte Angriffe.

Das Waffenstillstandsabkommen erwies sich als ein Fetzen Papier, und der Umsetzung des „Trump-Plans" zur ethnischen Säuberung des Gazastreifens durch Netanjahu steht wenig im Wege. Trotz Israels Wiederaufnahme seines Militäreinsatzes haben Trump und sein Gesandter Steve Witkoff ein neues Waffenstillstandsabkommen angedeutet. Wahrscheinlich wird die israelische Regierung bei einem Zustandekommen von „nachhaltiger Ruhe" in Gaza versuchen, die Bevölkerung auszudünnen, indem sie möglichst vielen Einwohnern eine „freiwillige Migration" anbietet. Würde sie mit einer vollständigen ethnischen Säuberung zu weit gehen, wäre dadurch vielleicht die Existenz der unterwürfigen arabischen Regime gefährdet, insbesondere Jordaniens und Ägyptens, die von ihrer Bevölkerung und aus den Reihen ihrer Armee unter Druck gesetzt werden, Israel den Krieg zu erklären. Bislang ist auch Saudi-Arabien der Ansicht, dass eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel unter den gegenwärtigen Umständen nicht in seinem Interesse wäre.

Inmitten der scheinbaren und vorübergehenden Einigkeit der arabischen Regime stellen die VAE einen Sonderfall dar. In ihrem Ringen um Einfluss auf Gaza führen sie eine Kampagne, die Hamas an den Rand zu drängen. Die in eine Sackgasse führende Strategie der Hamas hat diese pro-imperialistische Opposition ermutigt. Bei den jüngsten Protesten im Gazastreifen wurden wiederholt die Parolen der VAE-freundlichen Fatah-Fraktion von Mohammad Dahlan gerufen, in denen die Hamas als „Terroristen" angeprangert und antischiitischer Sektarismus geschürt wird. In den jüngsten Folgen von *Arab Cast*, einem neuen, von den VAE finanzierten Podcast, sprachen sich prominente arabische Intellektuelle und Politiker für Verhandlungen mit Israel aus und unterstützten den VAE-Plan gegen die Hamas in Gaza. Wenn der US-Regierung und dem israelischen Regime der ursprüngliche „Trump-Plan" zu kostspielig ist, könnten sie sich mit einem Abkommen zufriedengeben, wonach die VAE und Mohammad Dahlan eine gewisse Zeit lang irgendeine Version von Gaza verwalten. Jede Vereinbarung würde jedoch instabil sein.

Die Aufgaben von Kommunisten

Da die USA und Israel in der Offensive und die palästinensische Bewegung überall in der Defensive sind, muss es die Hauptaufgabe von Kommunisten sein, dafür zu kämpfen, dass die Bewegung für die Defensive stärker gerüstet ist. Während viele pro-palästinensische Aktivisten immer noch blind sind über den desolaten Zustand der Bewegung, sind andere enttäuscht und ernüchtert. Wir müssen beide Schichten erreichen und mit ihnen kämpfen, damit sie die Lehren aus der letzten Periode ziehen. Wir müssen ihnen dabei helfen, dass sie den Klassenursprung der gescheiterten Strategie ihrer Führer erkennen, und ein internationalistisches revolutionäres Programm für die nationale Befreiung vorlegen.

In Gaza ist die Situation extrem schwierig. Angesichts der erneuten völkermörderischen Kampagne Israels müssen Kommunisten bei der Verteidigung von Gaza an vorderster Front stehen, in einer Einheitsfront mit anderen Widerstandsorganisationen. Entscheidend ist der Kampf gegen die wachsende defätistische Stimmung und der Widerstand gegen die VAE-freundliche, pro-imperialistische Anti-Hamas-Bewegung in Gaza. Während deren Vertreter die reale Erschöpfung der Massen ausnutzen, legen sie den Grundstein für eine Kapitulation vor Israel, die für das palästinensische Volk nur eine Katastrophe sein kann. Im Kampf gegen diese Kräfte und im Widerstand gegen die IDF dürfen Kommunisten der Hamas ***keinen*** Zentimeter politische Unterstützung geben, sondern müssen deren bankrotte Strategie und Militärtaktik ständig entlarven. Trotz aller Widrigkeiten müssen Kommunisten versuchen, den Widerstand am Leben zu erhalten und den Druck auf die IDF aufrechtzuerhalten, um den Schaden ihrer verheerenden Kampagne zu begrenzen.

Jegliche Siege in diesem Kampf werden nicht allein aus Gaza kommen. Um der wachsenden defätistischen Stimmung entgegenzuwirken und vorwärtszukommen, ist eine Perspektive für die gesamte Region notwendig. Eine antiimperialistische Einheitsfront im ganzen Nahen Osten ist dringend erforderlich, um sich der erneuten Völkermordkampagne entgegenzustellen. Diese Notwendigkeit bestand zwar schon immer, aber dass nicht entsprechend gehandelt wurde, liegt einzig und allein an dem Verrat der verschiedenen Regime in der Region und an den Führern der palästinensischen Bewegung mit ihrem Vertrauen in diese Regime. Von den korrupten arabischen Herrschern bis hin zu den Klerikern im Iran und Erdoğan in der Türkiye haben alle gezeigt, dass ihre Priorität die Aufrechterhaltung ihrer brutalen Herrschaft ist.

Sie werden keine nennenswerte Intervention zugunsten der Palästinenser riskieren.

Daher müssen Revolutionäre versuchen, eine antiimperialistische Einheitsfront aufzubauen, indem sie sich direkt an die ***Massen*** des Nahen Ostens wenden und ***sich gegen*** ihre Herrscher ***stellen*** – egal welche propalästinensischen Phrasen sie von sich geben. Indem eine solche Bewegung die massive Unterstützung für Palästina in der Region mit dem Kampf für die dringlichsten Bedürfnisse der Massen – gegen ihre verhassten Herrscher, die USA und Israel – verbindet, kann sie wirklich anfangen, den Status quo zu erschüttern. Auf diese Weise können auch konfessionelle, ethnische und nationale Spaltungen überwunden werden.

Eine solche Front muss auf die israelischen Arbeiter ausgeweitet werden. Ohne einen Bruch in der israelischen Gesellschaft entlang der Klassenlinie wird die Freiheit Palästinas weiterhin in ferner Zukunft liegen. Kommunisten müssen einen entschlossenen Kampf gegen die übrige Linke führen, indem sie deutlich machen, dass für die Emanzipation der israelischen Werktätigen ein ***Bruch*** mit den zionistischen Kräften und ihrer Ideologie notwendig ist. Die Kapitulation eines Großteils der Linken vor dem liberalen Zionismus ist die größte Gefahr für die revolutionäre Bewegung. Kommunisten müssen auch die Mizrachim erreichen und versuchen aufzuzeigen, dass ihre Unterdrückung nicht dadurch gelöst wird, dass sie sich weiter an den Zionismus klammern – nur um zu zeigen, dass sie „gute“ Juden sind –, sondern indem sie ihn ablehnen. Alle israelischen Arbeiter – besonders die Mizrachim – erreichen eine Verbesserung ihres Lebens in Wirklichkeit nur durch ein Bündnis mit den Arabern ***gegen*** die zionistischen Herrscher.

Die Arbeit in den IDF ist von größter Bedeutung. Die Armee erlebt bei den Verweigerungen ihre gravierendste Krise seit Jahrzehnten, da mehr als 100 000 Reservisten den Dienst verweigern. Dies zeigt, wie der Widerstand gegen einen verlängerten Krieg in den Reihen gärt. Kommunisten müssen in die Armee gehen und versuchen, die Unzufriedenheit der Soldaten auf die Klasseninteressen zuzuspitzen, in dem sie den völkermörderischen Charakter dieses Krieges entlarven.

Im Westen besteht für Kommunisten die erste Aufgabe darin, zu erkennen, dass die Bewegung geschlagen und isoliert ist, und zu verstehen, warum dies der Fall ist. Die Bewegung wurde von Liberalen und manchmal von direkten Vertretern der Imperialisten geführt (Demokraten in den USA, Labour-Unterstützer in Britannien, Mélenchon-Anhänger in Frankreich usw.). Mit solchen Führern und geprägt durch liberale Politik hat es die Bewegung nicht geschafft, Verbindungen mit der Arbeiterklasse aufzubauen. Sie präsentierte sich vielmehr als moralische Haltung für aufgeklärte Menschen, statt als ein proletarischer klassenkämpferischer Pol. Das erklärt, warum sie keine nennenswerten Erfolge erzielen konnte. Und es gab den meisten Gewerkschaftsführern die Möglichkeit, so gut wie nichts für die Bewegung zu tun, abgesehen von gelegentlichen Solidaritätsbekundungen. Es ist dringend notwendig, dass Kommunisten eingreifen, um die Palästina-Bewegung wieder aufzubauen, aber auf einer klaren proletarischen und antiimperialistischen Grundlage. Nur durch die Verbindung der Frage von Palästina und Imperialismus mit dem Kampf für die elementaren Lebensbedingungen der Arbeiter kann die Bewegung zu einer wirklichen Kraft werden. Die Aktivisten müssen verstehen, dass eine Anbiederung an liberale Politiker und Gewerkschaftsbürokraten, die sich schützend vor die herrschende Klasse stellen, die Bewegung nur ***behindert***.



Sercan Ozkurnazli/dia images

Istanbul, 1. Januar: Massenprotest fordert das Ende des Massakers in Palästina

Da im Westen der Wind der Reaktion bläst, sind Aktivisten verschärfter Repression ausgesetzt. Von Anasse Kazib in Frankreich über Michael Pröbsting in Österreich bis hin zu Mahmoud Khalil in den USA: Die herrschende Klasse will an prominenten Aktivisten ein Exempel statuieren. Der Wiederaufbau der Bewegung muss mit Kampagnen gegen dieses harte Vorgehen beginnen, das nur ein Teilaspekt des umfassenderen Feldzugs der herrschenden Klasse ist, die Gesellschaft unter einem reaktionären Status quo zu reglementieren.

Seit Beginn des Krieges hat die IKL ständig für eine marxistische Strategie der palästinensischen Bewegung gekämpft, gegen deren liberale und nationalistische Sackgassen. Bei unserer, leider meist auf die westliche Welt beschränkten, Intervention haben wir unermüdlich davor gewarnt, dass die Bewegung ohne eine grundlegende Neuorientierung vor einer Niederlage steht. Unser Feuer haben wir besonders auf einen Großteil der sozialistischen Linken gerichtet. In unserem Artikel „Marxisten & Palästina: 100 Jahre Versagen – Lehren und Perspektiven“ (*Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 35, Dezember 2024) schrieben wir:

> „Aber die Palästinenser stehen vor der Vernichtung, nicht vor der Befreiung. Um dem palästinensischen Kampf einen Weg nach vorn zu weisen, muss man als erstes die Wahrheit über die gegenwärtige Situation sagen. Weit davon entfernt, jubeln die meisten marxistischen Gruppen international die Bewegung hoch, während diese auf ihre Niederlage zusteuert. Anstatt für einen anderen Kurs zu kämpfen, folgen sie der Führung der Bewegung, ob liberal oder nationalistisch. So sind die sogenannten Marxisten zwar im Kampf allgegenwärtig, aber für dessen Ausgang weitgehend irrelevant.“

Unsere Warnungen wurden mit dem Vorwurf des Pessimismus beantwortet und als Argument wurde uns entgegengehalten, wie viele Menschen sich doch in der Bewegung engagierten, die auf der Welle einer unaufhaltsam ansteigenden Flut vorankäme. Leider hat uns die derzeitige katastrophale Lage recht gegeben. Die erste Pflicht eines jeden ernsthaften pro-palästinensischen Kämpfers muss es sein, sich mit den Ursachen des bisherigen Scheiterns direkt auseinanderzusetzen. Das ist der erste Schritt, um vorwärtszukommen. ■

US-Imperialismus zieht Schrauben an



Einleitung

Das folgende Memorandum, dessen Entwurf von Vincent David stammt, wurde auf dem April-Plenum des Internationalen Exekutivkomitees der IKL angenommen.

Die Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten hat ein politisches Erdbeben ausgelöst, und seine ersten Monate im Amt haben bestätigt, dass wir uns in einer Zeit tiefgreifender globaler Veränderungen befinden. Doch so rasant die Entwicklung vorangeht, so groß ist auch die Verwirrung, die die Linke und politische Kommentatoren im Allgemeinen erfasst hat. Einerseits fangen manche an zu verstehen, was sie vorher nicht begreifen konnten. Unter Liberalen und Sozialisten ist es heute üblich, von der Krise und dem Scheitern des Liberalismus zu sprechen. Andererseits greifen Panik und Hysterie um sich. Viele erklärten nach der Rede von J.D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz, dass die USA Europa aufgeben würden oder dies „das Ende des Westens“ sei. Einige glauben, Trump würde vor Russland kapitulieren und/oder er wäre ein Faschist, der sich bei seinesgleichen einschmeichelt. Andere halten ihn schlicht für verrückt. Und am anderen Ende des Spektrums gibt es noch diejenigen, für die Trump und Elon Musk politische Genies sind, die den Staat im Staate ausmisten und ein goldenes Zeitalter für den amerikanischen Kapitalismus einläuten werden.

Um das alles verstehen zu können, müssen wir die liberale Aufregung beiseitelassen und uns die tatsächliche Entwicklung hinter den täglichen Ereignissen ansehen. Die USA sind nicht bereit, Europa aufzugeben, wo sie gewaltige wirtschaftliche Interessen und mehr als 100 000 Soldaten haben. Trump kapituliert auch nicht vor Putin. Er richtet die US-Politik lediglich an der Realität auf dem Schlachtfeld in der Ukraine aus, um die Aufmerksamkeit der USA anderswohin verlagern zu können. Und offensichtlich ist das nicht das Ende des Westens. Es ist der ***liberale*** Westen, der in den letzten Zügen liegt.

Der langfristige Trend, der die Veränderungen in der Welt bestimmt, ist der relative Niedergang der USA. 80 Jahre lang waren die USA die Hegemonialmacht der kapitalistischen Welt, nach dem Untergang der UdSSR sogar die des gesamten Erdballs. Doch in der amerikanischen Vorherrschaft war auch der Grund für ihren Niedergang angelegt. Die einst mächtige US-Industrie wurde weitgehend in den Globalen Süden ausgelagert. Das US-Militär hat sich übernommen. Und andere Länder haben ein kräftiges Wirtschaftswachstum zu verzeichnen – vor allem China. Dennoch sind die USA nach wie vor die weltweite Supermacht, die die Reservewährung und das Finanzsystem der Welt kontrolliert, während das amerikanische Militär – immer noch das größte – weiterhin weltweit der Hauptgarant für Sicherheit ist. Der wachsende Widerspruch zwischen der Hegemonialstellung der USA und ihrer nachlassenden Wirtschaftskraft hat nun einen kritischen Punkt erreicht. Das erklärt die Turbulenzen in der Weltlage.

Wofür Trump steht, ist keineswegs verrückt, sondern eine Kehrtwende in der Strategie des US-Imperialismus mit dem Ziel, seine Vorherrschaft wieder geltend zu machen und seinen Niedergang umzukehren oder zumindest zu verlangsamen. Dazu will Trump die USA durch Reindustrialisierung kriegstauglich machen und die Verbündeten und Neokolonien noch mehr auspressen. Die neue Regierung bricht mit liberalen Wertvorstellungen und Institutionen, die das US-System jahrzehntelang geprägt haben, nun aber zum Hindernis für eine Stärkung der US-Position geworden sind. Bei den Handelskriegen, Verhandlungen mit Russland und feurigen Reden gegen den „Feind im Inneren“ geht es für die USA um die Notwendigkeit, einen Block zusammenzufügen, der fest hinter der Handels- und Außenpolitik der USA steht, um die Volksrepublik China, den wichtigsten

Wirtschaftsrivalen der USA, zu konfrontieren, zu isolieren und zu ersticken.

Entgegen einer insbesondere in der Linken weit verbreiteten Meinung ist die Ursache für die weltweiten Turbulenzen nicht der Aufstieg eines sogenannten chinesischen oder russischen Imperialismus. China hat eine in der Geschichte der Menschheit beispiellose wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen, die sich allerdings ***innerhalb*** der von den USA geführten Weltordnung vollzog. Während die USA Maßnahmen ergreifen, um China zu isolieren, hofft die Bürokratie der Kommunistischen Partei in Beijing, das alte globale System zu erhalten, nur ohne die Vorherrschaft der USA – eine reine Fantasterei. Und Russland hat trotz seines riesigen Militärs eine im Vergleich zu den USA nur winzige Wirtschaft. Treibende Kraft hinter dem Krieg der Oligarchen in der Ukraine ist ***nicht*** ein expansionistischer russischer Kapitalismus, sondern eine Reaktion auf die ***Überdehnung*** des US-Machtbereichs bis an die Grenzen Russlands.

Entgegen anderen Behauptungen in westlichen Medien ist die Welt nach wie vor in hohem Maße ein ***amerikanisches Imperium***. Weder China noch Russland noch das Bündnis der BRICS+-Staaten streben nach Weltherrschaft. Auch bauen sie kein alternatives ***System*** zu dem der USA auf. Sie versuchen lediglich, sich gegen die Aggression der USA abzuschirmen. Doch für die Vormachtstellung der weltweiten Supermacht stellen selbst solche bescheidenen Schritte eine fundamentale, ja sogar existenzielle Herausforderung dar, der es entgegenzutreten gilt.

Die Wiedergeltendmachung der amerikanischen Vorherrschaft ruft größere wirtschaftliche und politische Krisen hervor. Den Plänen der USA stehen viele Hindernisse im Weg und es gibt einen Unterschied zwischen den Zielen und Bestrebungen der herrschenden Klasse Amerikas und ihrer Fähigkeit, diese zu verwirklichen. Bereits jetzt hat die neue Regierung den Zorn anderer Länder auf sich gezogen. Im eigenen Land gibt es zwar derzeit keine ernstzunehmende Kraft, die Trump bedroht, aber die Opposition wird wachsen. Und früher oder später werden Trumps brutale Angriffe auf den Widerstand der Arbeiterklasse stoßen, zu Hause und im Ausland.



Mit viel Lärm versuchen sich die Herrscher Europas und Kanadas gegen die Forderungen der USA zu wehren. Doch sie sind von den USA abhängig und werden kurzfristig keine andere Wahl haben, als klein beizugeben. Eine Wirtschaftskrise in Verbindung mit Druck aus den USA wird wahrscheinlich den Rechtsruck weiter beschleunigen und den Sturz liberaler Politiker in Europa und Kanada erleichtern. Tatsächlich werden rechte Parteien, die überall im Westen auf dem Vormarsch sind, kurzfristig am meisten von einem wirtschaftlichen Abschwung profitieren. Dieser Fraktionskampf innerhalb der herrschenden Klasse verspricht ein stürmischer Prozess zu werden, denn die Liberalen klammern sich an die Macht und wollen mit allen Mitteln an ihr festhalten.

In der neokolonialen Welt – in Lateinamerika, Asien, Afrika usw. – wirken die Kräfte anders. Die meisten dieser Länder werden bereits vom Imperialismus erstickt. Die von den USA immer fester gezogene Schlinge führt in eine Katastrophe, denn schon jetzt gibt es kaum noch Luft zum Atmen, und Hunderte Millionen von Menschen leben in völligem Elend. Diese Lage wird in der Arbeiterklasse und bei den breiten Massen den Impuls verstärken, gegen die amerikanische Vorherrschaft anzukämpfen und sich gegen die Ausplünderung durch den IWF zu wehren. Solche Revolten hat es bereits in den letzten Jahren gegeben.

In China wiederum wird die Instabilität nicht durch eine Verknappung der Ressourcen verursacht werden, zumindest nicht kurzfristig, sondern durch die inneren Widersprüche seines Systems. Das


Spartacist

Geschlossene Stahlfabrik in Bethlehem, Pennsylvania

Regime der Kommunistischen Partei ist das einer Bürokratenkaste, die versucht, Kapitalismus und Planwirtschaft miteinander zu versöhnen, und deren Wachstumsmodell auf die von den USA geführte globalisierte Ordnung angewiesen war. Doch nun verfolgen die USA gegenüber China eine aggressivere Politik der Isolierung und Konfrontation. Die Spitzen der Kommunistischen Partei werden unter enormen Druck geraten, sowohl durch die Kapitalisten, deren Gewinne dahinschmelzen, als auch durch die riesige Arbeiterklasse Chinas, deren Lebensbedingungen sich verschlechtern. Um diese gegensätzlichen Kräfte in Schach zu halten, wird die stalinistische Bürokratie einen immer schwierigeren Balanceakt vollführen müssen, der von der Subventionierung von Industrien über das Auftischen linker Phraseologie bis hin zu verschärfter Repression reicht. Das wird jedoch nicht ausreichen, um die grundlegende Entscheidung, vor der die Volksrepublik steht, auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben: kapitalistische Restauration oder proletarisch-politische Revolution.

Die Frage, die sich in dieser Zeit imperialistischer Offensive, Aufrüstung und zunehmender Krisen stellt, lautet: Wird der US-Imperialismus besiegt oder zieht er die Welt in eine weitere Spirale von Reaktion, Verelendung und Kriegen hinein? Die Aufgabe der Kommunisten in dieser Epoche besteht darin, revolutionäre Führungen zu schmieden, die Arbeiter und Unterdrückte vereinen und den Kampf gegen die amerikanische Hegemonie zum Sieg führen können. Die Hoffnung auf chinesische Stalinisten, russische Oligarchen, Nationalisten oder Sozialdemokraten aller Art zu setzen wird sich als verhängnisvoll erweisen. Da diese nicht den Sturz der US-Hegemonie anstreben und eine Revolution der Arbeiterklasse überhaupt ablehnen, sind sie nicht in der Lage, einen konsequenten oder wirklich fortschrittlichen Kampf gegen den Imperialismus zu führen. Die Befreiung der Werktätigen aller Länder von Unterdrückung und Ausbeutung wird nur unter dem Banner einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale vorankommen und erfolgreich sein.

Ziel dieses Dokuments ist es, Revolutionären eine Orientierung für die kommende Periode zu geben. Dies ist besonders wichtig, da die revolutionären Kräfte überall schwach, diskreditiert und enorm desorientiert sind. Wir hoffen, dass dieses Dokument dazu beitragen kann, diesen Zustand zu beheben.



Joe Rosenthal

Schlacht von Iwojima, Februar 1945. Amerikas Imperium wurde durch Blut und Eisen errichtet. Friedlich wird es nicht von der Bühne abtreten



I. Marxismus kontra Gradualismus

Politisch haben westliche Liberale, Sozialdemokraten, Gewerkschaftsbürokraten, Befürworter des BRICS+-Bündnisses, chinesische Stalinisten und viele sogenannte Revolutionäre etwas gemeinsam. Sie alle vertreten die eine oder andere Variante einer ***gradualistischen*** und ***pazifistischen*** Auffassung von Geschichte und den weltweiten Beziehungen, die sie angesichts von Trumps erneuter Offensive lähmt.

Liberale sind der Meinung, dass sich sozialer Fortschritt und Demokratie im Laufe der Geschichte nach und nach entwickeln. In ähnlicher Weise denken Sozialdemokraten und reformistische Gewerkschaftsführer, dass die Weiterentwicklung von Arbeiterorganisationen allmählich zum Fortschritt und sogar zum Sozialismus führt. Die Befürworter von BRICS+ sehen in den Entwicklungsschritten Chinas, Russlands und des Globalen Südens einen geradlinigen Marsch aufwärts zu einer neuen, gerechteren und „multipolaren" Weltordnung. Überall ist die gleiche Tendenz zu beobachten. Die großen Entwicklungslinien der Geschichte werden auf allmähliche und schrittweise Veränderungen reduziert, die zu einem stetigen, schrittweisen Fortschritt führen.

Leider funktioniert die Welt nicht so. In der Geschichte zeigt sich immer wieder, dass eine allmähliche Entwicklung zu gewaltsamen und plötzlichen Erschütterungen führt. Der Kapitalismus entwickelte sich nach und nach innerhalb des Feudalsystems und brach dann durch Revolutionen und Kriege aus ihm hervor. Finanzspekulation führt mit der Zeit zu einer Wirtschaftskrise. Die stetige Ausbeutung der Arbeiter führt zu einem Streik. Die graduelle Anhäufung von Quantität wird zur Qualität, nicht friedlich, sondern durch plötzliche Erschütterungen. Und die treibende Kraft für Veränderungen in der Gesellschaft ist der Klassenkampf zwischen Unterdrückten und Unterdrückern, der zwangsläufig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führt.

Das Vorherrschen von gradualistischen Konzepten bei vielen Linken spiegelt die relative Stabilität der letzten drei Jahrzehnte wider. Die Hegemonie der USA nach der Zerstörung der UdSSR ermöglichte die Globalisierung und die rasche Ausweitung des Welthandels. Fast alle Länder fügten sich der militärischen und wirtschaftlichen Vorherrschaft der USA, und das Kapital konnte sich frei bewegen, während die imperialistischen Kriege der USA auf die wenigen Länder beschränkt blieben, die sich ihrem Diktat widersetzten. Wirtschaftswachstum und relativer sozialer Fortschritt vermittelten die Illusion, dass die Welt allmählich neue

„In England werden sie Ende des 17. Jahrhunderts systematisch zusammengefasst im Kolonialsystem, Staatsschuldensystem, modernen Steuersystem und Protektionssystem. Diese Methoden beruhn zum Teil auf brutalster Gewalt, z.B. das Kolonialsystem. Alle aber benutzten die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozess der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen. ***Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz.***"

– Karl Marx, *Das Kapital* (1867) [unsere Hervorhebung]

Höhepunkte erreichen würde. Das war die ökonomische Grundlage für den Liberalismus, die vorherrschende Ideologie in der postsowjetischen Zeit.

Milliardäre aus Russland kauften Fußballmannschaften in Britannien. Industriemagnate aus Indien erwarben Villen in Kalifornien. Die Europäische Union wurde unter der Losung von Frieden und liberalen Werten vereinigt. Selbst die chinesischen Stalinisten legten die Mao-Kleidung ab und zogen sich Anzug und Krawatte an, um sich als respektable Kapitalisten zu geben. Die Wirtschaftsbeziehungen erschienen organisch, natürlich und so frei wie die globalen Handelsströme. Viele Linke fingen an zu vergessen, dass sich der Imperialismus durch Gewalt aufrechterhält. Sie reduzierten ihn auf das vage ökonomische Konzept des „Kapitalexports", und da die meisten Länder irgendwie Kapital exportierten, gab es demnach überall und nirgends Imperialismus. Auf einer langen, gleitenden Imperialismus-Skala war jedes Land mit hohem BIP-Wachstum, einer großen Armee und vielen Millionären mehr oder weniger imperialistisch geworden.

Die postsowjetische Periode wurde jedoch erst durch die Vorherrschaft einer ***einzigen*** imperialistischen Macht möglich: der USA. Diese wurden nicht durch einen friedlichen und allmählichen Prozess zur beherrschenden Weltmacht, sondern durch den Zweiten Weltkrieg, das größte Gemetzel der Menschheitsgeschichte. Durch ihren Sieg konnten die USA all die alten Kolonialmächte – Japan, Deutschland, Frankreich, Britannien, Italien – in einer US-geführten Allianz gegen die Sowjetunion zusammenschließen. Zur beherrschenden Macht auf dem gesamten Erdball wurden die USA schließlich, als die Sowjetunion durch eine kapitalistische Konterrevolution zerstört wurde, die die Errungenschaften von 1917 zunichtemachte und die Gesellschaftsstruktur Russlands und Osteuropas zerschlug.

Jetzt versetzt Trump den US-Imperialismus in einen Kriegszustand. Er macht die Globalisierung rückgängig, bricht mit liberalen Werten und Institutionen und geht auf Konfrontationskurs zu China. Am meisten schockiert über Trumps Offensive sind die Anhänger des Gradualismus. Sie können nicht verstehen, wie der allmähliche wirtschaftliche Niedergang der USA ***unweigerlich*** zu einem plötzlichen und brutalen Kurswechsel von Amerikas herrschender Klasse führen konnte, durch den diese sich mit allen Mitteln behaupten will. Gerade das ist unser Vorteil als Marxisten: Wir verstehen, dass Imperien durch Krieg geschaffen werden und sich nicht nur durch wirtschaftliche Beziehungen behaupten, sondern auch durch ***Gewalt***. Wir wissen, dass das US-Imperium nicht allmählich und friedlich von der Bühne der Geschichte abtreten wird, sondern nur durch seine gewaltsame Ablösung. Das heißt, entweder „mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft ... oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen", um es mit den Worten des *Kommunistischen Manifests* zu sagen.

Heute glauben jedoch viele marxistische Gruppen, dass die Hegemonie der USA bereits vorbei sei! Sie glauben, Russland und China seien ***nach und nach*** zu imperialistischen Mächten geworden. Sie glauben, dass die Welt ***schon längst*** neu aufgeteilt worden ist, dass die USA ihre hegemoniale Position auf ***friedliche*** Weise verloren haben, allein durch eine allmähliche wirtschaftliche Entwicklung und ohne größere Brüche oder Kriege, und dass die Welt jetzt zwischen konkurrierenden imperialen Blöcken aufgeteilt

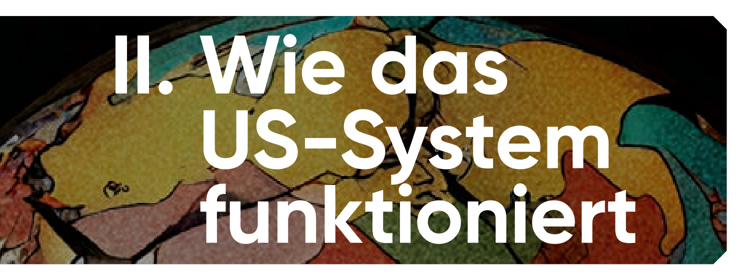


Keystone

Transportflugzeuge der US-Armee vom Typ C-47 Skytrain, Januar 1945. Vormachtstellung der USA wurde durch ihre gewaltige Industriebasis ermöglicht

ist. Hierbei berufen sie sich oft auch noch auf Lenin. Dabei betonte Lenin immer wieder, dass ***Kriege*** ein unvermeidliches Wesensmerkmal des imperialistischen Systems und das Mittel sind, mit dem Großmächte um die Neuaufteilung der Welt in Einflusssphären kämpfen. Im Revisionismus der Linken gegenüber Lenin zeigt sich ein gradualistisches Konzept, das ***nichts davon wissen*** will, dass die Welt nach wie vor ein amerikanisches Imperium ist, dessen Macht letztendlich auf dem US-Militär und seinen 750 über alle Kontinente verteilten Stützpunkten beruht.

In gewissem Sinne hat Trump ein besseres Gespür dafür als die Gradualisten. Er weiß, dass er zur Stärkung der US-Position Kriegsvorbereitungen treffen und Chinas Weiterentwicklung im Keim ersticken muss. Und er weiß, dass er dazu die Liberalen und Zauderer, die ihm im Wege stehen, ausschalten muss. Zumindest könnte Trump bewirken, dass unsere Gradualisten etwas mehr Klarheit über die wahre Natur des Imperialismus und der weltweiten Beziehungen erlangen. Das ist entscheidend, denn wer den US-Imperialismus bekämpfen will, muss sich von allen gradualistischen Illusionen befreien. Nur so kann man die Welt verstehen, ihre Entwicklung und vor allem, was zu tun ist.



II. Wie das US-System funktioniert

Dass die USA die Weltwirtschaft beherrschen, ist vielen bewusst. Aber nur wenige verstehen wirklich, wie das funktioniert. Um das Handeln Trumps zu begreifen, ist es wichtig, erst einmal den vom US-Imperialismus angewandten Mechanismus, seine innere Funktionsweise und seine Grenzen zu verstehen.

Aufgrund ihrer Industriemacht hatten die USA das stärkste Militär und gingen somit aus dem Zweiten Weltkrieg als Sieger hervor. Sie waren all ihren Rivalen haushoch überlegen. Aus dieser Position heraus konnten die USA den Dollar als Weltreservewährung durchsetzen (verwendet für den Großteil des internationalen Handels und von Banken und Regierungen in Reserve gehalten). Der Dollar hatte eine Goldbindung, die ihm Stabilität verlieh. Vereinfacht gesagt liehen die USA anderen kapitalistischen Ländern Geld, das diese wiederum zum Kauf von Waren verwendeten, die in amerikanischen Fabriken hergestellt wurden. Auf diese Weise wurde ein amerikanisches Imperium errichtet, und die alten Kolonialmächte wurden als Juniorpartner hinzugezogen, um die übrige Welt zu beherrschen und gegen die UdSSR Front zu machen. Zum ersten Mal war die kapitalistische Welt um die Macht und die Währung einer ***einzigen*** Hegemonialmacht ***geeint***.

Doch als die USA weltweit gegen sowjetische Verbündete Krieg führten und Europa sowie Japan ihre industrielle Basis wiederaufbauten, änderte sich diese Beziehung. US-produzierte Waren wurden weniger wettbewerbsfähig, und für die USA begann ein wirtschaftlicher Niedergang. Die Kriege im Ausland belasteten den US-Haushalt gewaltig. Um die wachsenden Importe und militärischen Abenteuer zu finanzieren, druckten die USA schon bald mehr Geld, als durch ihre Goldreserven gedeckt war. Normalerweise hätte dies den Staatsbankrott bedeutet. Doch den USA gelang es, diesen Zustand auf einzigartige Weise zu ihren Gunsten zu wenden.

Da die USA nun mehr importierten als exportierten, häufte das Ausland eine Menge Dollars an, in der Annahme, diese wären in Gold konvertierbar. Doch Präsident Nixon schränkte die Konvertibilität ein und schaffte 1971 den Goldstandard ganz ab. Die USA konnten nun unbegrenzt Geld drucken. Außerdem verlangten sie von anderen Ländern mit Dollarüberschüssen, US-Staatsanleihen zu kaufen, d.h. US-Schuldverschreibungen (Darlehen an die US-Regierung gegen Zinsen). Von nun an stellte das Ausland Produkte für die USA her, erhielt dafür Dollars und gab diese Dollars in Form von Staatsanleihen ***zurück***, wodurch es das wachsende amerikanische Haushaltsdefizit finanzierte. Die Dollars kamen auch über Investitionen in den Aktienmarkt oder über den Kauf von Vermögenswerten (Immobilien usw.) in die USA zurück. Mit anderen Worten: Das Ausland zahlte für die Kriege der USA, und da die USA unbegrenzt Dollars drucken konnten, konnten sie sich unbegrenzt verschulden.

Das Ende des Goldstandards löste weltweit Schockwellen aus und provozierte wirtschaftliche Turbulenzen und Inflation. Die europäischen Imperialisten waren über diesen einseitigen Schritt verärgert, und Frankreich wetterte gegen das „exorbitante Privileg" der USA. Doch letztendlich hatte Europa keine Wahl. Die europäischen Imperialisten, aber auch die japanischen, profitierten in hohem Maße als Juniorpartner des US-Imperiums, das ihre Interessen im In- und Ausland sicherte. Da ihre Verweigerung von Zugeständnissen einen Bruch mit den USA bedeutet hätte, nahmen sie wirtschaftliche Einbußen in Kauf, um ihre privilegierte Stellung zu behalten. Die USA trafen auch ein Abkommen mit der saudischen Monarchie und anderen OPEC-Ländern, Öl nur gegen Dollars zu verkaufen und für ihren militärischen Schutz mit dem Kauf von US-Staatsanleihen zu bezahlen. Dadurch war jeder, der Öl kaufen wollte, dazu gezwungen, große Dollarreserven zu halten.

Währenddessen wurde die Dritte Welt zur Unterwerfung gezwungen. Um Dollars zu bekommen, mussten diese Länder bei US-Banken Kredite zu Wucherzinsen aufnehmen. Wenn sie nicht zahlen konnten, zwang der IWF sie zu Austeritätsmaßnahmen und Privatisierungen und zur Öffnung ihrer Märkte für US-Unternehmen, was Dutzende von Ländern in eine Schuldenkrise stürzte, die bis heute anhält. Diejenigen, die auf die UdSSR als Alternative setzten, sahen sich mit der Macht Washingtons konfrontiert, von Wirtschaftssanktionen und Blockaden bis hin zum Regimewechsel. Die gesamte kapitalistische Welt unterwarf sich den USA, entweder gezwungenermaßen oder aufgrund ihrer wirtschaftlichen Interessen am amerikanischen Imperium. In beiden Fällen war dies möglich, weil die USA die unangefochtene Militärmacht in der kapitalistischen Welt blieben.

Der Wirtschaftswissenschaftler Michael Hudson erklärt das in seinem Buch:

> „Die USA schafften, was kein früheres imperiales System zustande brachte: eine Form der globalen Ausbeutung, mit der sie die Schuldnerländer kontrollierten, indem sie über IWF und Weltbank den Washington-Konsens durchsetzten, während der auf Schuldverschreibungen beruhende Standard [Treasury-Bill-Standard im Gegensatz zum Goldstandard]

die Zahlungsüberschussländer Europas, der OPEC und Ostasiens dazu verpflichtete, der US-Regierung Zwangsanleihen zu gewähren. Gegenüber Regionen mit Dollardefizit setzten die Vereinigten Staaten weiterhin den klassischen Kreditgeberhebel ein, den Europa und Japan gegen die USA nicht nutzen konnten. Die Schuldnerländer waren gezwungen, Austeritätsmaßnahmen zu ergreifen, die ihre eigene Industrialisierung und die Modernisierung ihrer Landwirtschaft verhindern sollten. Die ihnen zugewiesene Rolle bestand darin, Rohstoffe zu exportieren und billige Arbeitskräfte bereitzustellen, deren Löhne in abgewerteten Währungen gezahlt wurden.“

– *Super Imperialism: The Economic Strategy of American Empire* (ISLET, 1972; third edition, 2021)

Hudson kann zwar die Ausbeutungsmechanismen des US-Systems ganz gut beschreiben, doch stellt er diese ständig als falsche politische Entscheidungen der Herrscher in Washington dar, die ihre Überlegenheit stattdessen dazu hätten nutzen können, Gutes in der Welt zu tun. Er leugnet, dass die Schaffung eines einzigartigen Ausbeutungsmechanismus sich gerade aus der Logik des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium ergibt, d.h. aus den ***materiellen Interessen*** der herrschenden Klasse des amerikanischen Imperialismus.

Wie wir sehen können, reichte die Produktion im eigenen Land allein nicht mehr aus, um die Kosten ihres Imperiums zu tragen, als das wirtschaftliche Gewicht der USA abnahm und ihre Industrie immer weniger wettbewerbsfähig wurde. Um ihr Imperium aufrechtzuerhalten, musste mehr fiktives Geld gedruckt und mehr Wert von anderen Ländern erpresst werden – durch Zwangskredite mittels US-Staatsanleihen, Schuldenrückzahlung an US-Banken oder billige Arbeitskräfte für US-Unternehmen. Je mehr ihre Produktionskapazitäten ***zurückgingen***, desto mehr mussten die USA zu ***parasitären*** Mitteln greifen, um ihr globales Imperium zu erhalten. Der Widerspruch zwischen den schwindenden Produktivkräften der US-Wirtschaft und der Belastung durch das Imperium vergrößert sich ständig und wird zusehends unüberwindbar.

1991 brach die Sowjetunion unter dem massiven Druck des US-Imperialismus zusammen. Dadurch weitete sich das US-System schlagartig auf den ***gesamten*** Planeten aus, was den USA enorme Gewinne einbrachte, gleichzeitig aber auch ihren Niedergang vorantrieb. Das Kapital konnte überallhin und auf neue Märkte expandieren. Doch dieser Prozess beschleunigte in den USA und bei anderen imperialistischen Mächten die Deindustrialisierung, verringerte ihr wirtschaftliches Gewicht und verstärkte die Finanzialisierung [Vorherrschen des Finanzsektors gegenüber anderen Bereichen der Volkswirtschaft]. Die Weltwirtschaft wurde noch mehr so organisiert, dass eine Gruppe von Ländern des Globalen Südens – insbesondere China – mit ihren billigen Arbeitskräften Waren für die Märkte der USA und des übrigen Westens produzierten, während eine andere Gruppe von Ländern durch finanzielles Strangulieren in völliger Armut gehalten wurde.



Tim Page/Corbis

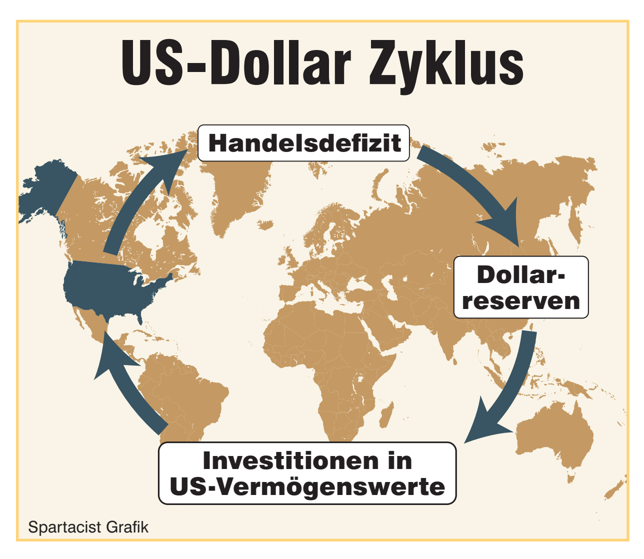
US-Brigade 173rd Airborne in Vietnam, 1965. Heldenhafte Kämpfe des vietnamesischen Volkes für nationale und soziale Befreiung strapazierten wirtschaftliche und militärische Ressourcen des US-Imperialismus



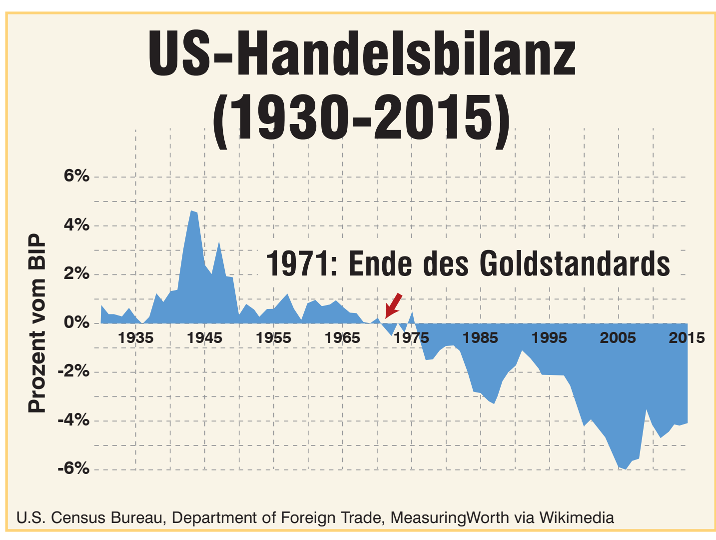
Sergio Dorantes/Sygma

Februar 1986 – Protest gegen Mexikos Regierung und IWF mit dem Banner „Nordamerikanische Imperialisten: Feinde des eigenen Volkes und aller Völker der Welt“

China erlebte einen beispiellosen industriellen Aufschwung und exportierte große Mengen an Fertigwaren in die USA und in den Westen. Es häufte massive Dollarreserven an, die es in US-Staatsanleihen wieder anlegte. In den 2000er-Jahren besaß China Hunderte von Milliarden Dollars in Form von US-Schuldverschreibungen, was einige in Washington beunruhigte. Auf diese Weise spielte und spielt China immer noch eine wichtige Rolle im Dollarsystem, was sich in der Finanzkrise 2008 zeigen sollte. Allerdings begannen Chinas industrielle Macht, die schiere Größe seiner Wirtschaft und seine wachsenden Handelsbeziehungen die Dominanz der USA zu untergraben. Ein Beispiel dafür ist die Neue-Seidenstraßen-Initiative (Belt and Road Initiative, BRI), Chinas Programm zur Entwicklung seines Handels durch die Bereitstellung von Infrastrukturprojekten, Krediten und billigen Waren für den Globalen Süden. Obwohl die BRI im Rahmen des US-Systems erfolgt (viele Investitionen werden in US-Dollars getätigt), untergräbt sie



Spartacist Grafik

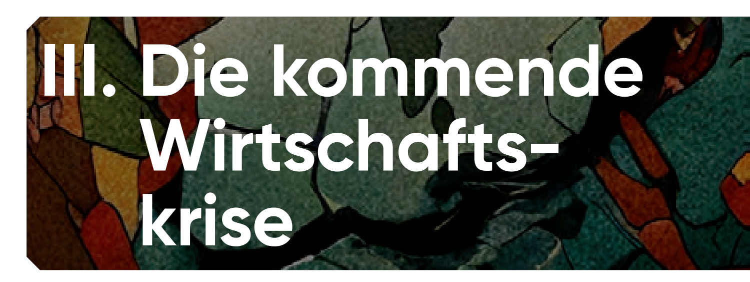


U.S. Census Bureau, Department of Foreign Trade, MeasuringWorth via Wikimedia

dennoch dessen Grundlagen. Für die US-Herrscher wurde China zu einer wachsenden Bedrohung.

Die Finanzkrise von 2008 offenbarte die Schwächen des US-Imperiums. Kurzfristig jedoch führte sie zu einer ***Stärkung*** der Rolle des Dollars. Um einen Bankenzusammenbruch zu verhindern, trieben die USA ihr „exorbitantes Privileg“ auf neue Höhen, indem sie riesige Mengen an Dollars druckten, um sie in den Aktienmarkt zu pumpen. Da auch ihre Juniorpartner zu kollabieren drohten, gewährten die USA den Zentralbanken in Europa und anderen Verbündeten ***unbegrenzte*** Kreditlinien – die „Swap-Vereinbarungen“. Diese wurden zur Dauereinrichtung, da das gesamte Finanzsystem nun immer größere Summen an fiktivem Geld benötigte, um seinen Zusammenbruch zu verhindern. Der Globale Süden erhielt außerdem IWF-Kredite, um den Zusammenbruch seiner Volkswirtschaften zu verhindern. All dies wurde, auch in Europa, durch massive Austeritätsprogramme finanziert. Aber die USA finanzierten dies auch dadurch, dass sie von China verlangten, riesige Mengen an Staatsanleihen zu kaufen. Da die KPCh-Bürokratie Stabilität wollte, tat sie das und finanzierte das Dollarsystem wirklich in der ganzen Krise.

Der gleiche Prozess wiederholte sich während der Pandemie auf noch höherem Niveau. Als Volkswirtschaften ins Stocken gerieten, druckten die USA noch mehr Geld (inflationsbereinigt mehr als ihre gesamten Ausgaben während des Zweiten Weltkriegs). Ihre Verbündeten taten dasselbe, indem sie die Swap-Vereinbarungen nutzten. Das belastete das System aufs Äußerste und führte zu Inflation und einer riesigen Aktienmarktblase. Das US-Haushaltsdefizit explodierte ebenfalls, sodass heute die USA eine Billion Dollars pro Jahr allein für Zinszahlungen ausgeben. Außerdem wurde Russland nach dem Beginn des Ukraine-Krieges praktisch aus dem Dollarsystem ausgesperrt. Damit wurde zum ersten Mal seit dem Kalten Krieg eine bedeutende Volkswirtschaft ausgeschlossen, aber Russland wurde ***nicht*** zugrunde gerichtet. Tatsächlich blieb Russland intakt und konnte sogar auf dem Schlachtfeld gewinnen. All diese Faktoren und mehr haben das US-System bis an die Grenzen seiner Existenz belastet. Der US-Imperialismus braucht dringend eine neue Strategie, weshalb Trump den Status quo zerbricht.



Trumps Zölle richten schon jetzt am Aktienmarkt verheerenden Schaden an. Die finanzielle Instabilität wird mit Sicherheit die riesige Vermögensblase zum Platzen bringen, die sich seit 2008 angestaut hat. In unserem Internationalen Konferenzdokument von 2023 gingen wir davon aus, dass sie früher platzen würde (siehe „Der Niedergang der US-Hegemonie und der Kampf um die Arbeitermacht“, *Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 34, Dezember 2023). Weitere Spekulation auf KI und die Hightech-Giganten hielt jedoch den Markt noch etwas länger in Schwung. Nun flaut der KI-Boom ab und die neue US-Regierung gibt nicht mehr so enorm viel Geld aus wie früher. Eine Wirtschaftskrise oder zumindest eine schwere Rezession ist vorprogrammiert.

Ein Konjunkturrückgang wird alle gegenwärtigen ökonomischen und politischen Trends verschärfen. Wie sich das abspielen wird, können wir nicht genau wissen, aber im Großen und Ganzen sind zwei Szenarien denkbar: Entweder wird die gesamte Nachkriegsordnung zerbrechen und die Vorherrschaft des Dollars zu Ende gehen, oder aber eine Mehrheit der Länder wird es wieder einmal hinnehmen, sich für die Rettung des US-Systems aufzuopfern, das dann auf der Grundlage von noch mehr Unterdrückung fortbestehen würde. Unserer Meinung nach ist Letzteres sehr viel wahrscheinlicher, zumindest auf kurze Sicht.

Wie sich 2008 zeigte, wird ein Finanzkrach kein Land

dazu bringen, den Dollar als Leitwährung nicht mehr anzuerkennen. Wenn es zur Krise kommt, kehren die Dollars in den „sicheren Hafen“ USA zurück und fehlen allen anderen. Und wer sitzt an der Dollarquelle? Die US-Herrscher natürlich. Nun haben die USA, die nach wie vor der größte Verbrauchermarkt sind, allen Ländern Zölle auferlegt und damit noch mehr Druckmittel in der Hand. Deshalb wird eine Wirtschaftskrise Trump auf der Weltbühne ***nicht*** schwächen, sondern ihn im Gegenteil allen anderen gegenüber ***stärken***.

Die Banken in Europa, Japan, Kanada und anderer US-Juniorpartner werden massive Geldzuflüsse benötigen, um einen Kollaps abzuwenden. Sie werden sich an die USA wenden, die dafür einen Preis in Form von Austeritätsmaßnahmen und Zugeständnissen an amerikanische Unternehmen verlangen werden. Es ist viel über die Möglichkeit gesprochen worden, dass die USA ihren Verbündeten ein „Mar-a-Lago-Abkommen“ auferlegen – ein Plan, der sie zwingen soll, neue US-Staatsanleihen mit langfristiger Bindung und niedrigeren Zinssätzen zu kaufen, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen (und in den USA hergestellte Waffen zu kaufen) und zur Steigerung der US-Exporte eine Abwertung des Dollars zu unterstützen, um den US-Export anzukurbeln. Mit anderen Worten, ihre Volkswirtschaften zu sabotieren, um die der USA zu stützen und gleichzeitig das US-Haushaltsdefizit zu einem viel niedrigeren Zinssatz zu finanzieren. Angesichts einer Krise wird sich der Druck auf die US-Verbündeten, einen solchen Deal zu akzeptieren, verzehnfachen.

Aus dem Globalen Süden werden Investitionen und Kapital abgezogen werden. Eine Krise wird auch die kleineren Blasen zum Platzen bringen, darunter die des derzeit überhitzten Aktienmarkts in Indien. Geldüberweisungen werden sich verringern. Dabei handelt es sich um Geld, das von im Ausland (häufig im Westen) arbeitenden Migranten überwiesen wird und als bedeutende Einnahmequelle für Liquidität sorgt. (Beispielsweise machen die Überweisungen auf den Philippinen 8,5 Prozent und in Mexiko 4,5 Prozent des BIP aus. Viele andere Länder befinden sich in der gleichen Lage.) Der Dollarmangel wird sich akut bemerkbar machen, insbesondere bei der Rückzahlung der Schulden, die in Dutzenden von Ländern so hoch sind wie noch nie. Der IWF wird mit „Umschuldungs“programmen einspringen, die zu Lasten der Staatsausgaben, staatlicher Vermögenswerte, protektionistischer Schranken und der Staatseinnahmen gehen.

Viele dieser Länder sind bereits nahe an der Belastungsgrenze. In Mexiko erhalten 70 Prozent der Haushalte finanzielle Unterstützung vom Staat, was oft verhindert, dass Menschen verhungern. In einer Krise werden wahrscheinlich viele dieser staatlich geförderten Sozialleistungen gestrichen werden. In Indien haben nur zehn Prozent der 1,4 Milliarden Einwohner Geld zum Ausgeben, während 90 Prozent von der Hand in den Mund leben. Noch größere Einschränkungen werden mit Sicherheit eine explosive Wirkung haben, auch weil sie die bereits weit verbreiteten Spaltungen nach Kaste, Religion und Nationalität in einen Flächenbrand verwandeln. In Südafrika, wo die Arbeitslosigkeit bereits bei 32 Prozent liegt, haben es die USA darauf abgesehen, das Land zugrunde zu richten. Eine Krise wird die Wirtschaft dort mit Sicherheit noch weiter ersticken.

An diesen Ländern haben die USA und der Westen generell ein wirtschaftliches Interesse und sie werden ihnen – sicherlich zu einem horrenden Preis – aus der Klemme helfen wollen. Bei einer Reihe von Ländern jedoch haben die Imperialisten keine Skrupel, sie in einem Zustand des völligen Chaos zu belassen, solange sie deren Ressourcen plündern können und keine Kraft hervortritt, der es gelingt, die gesamte Bevölkerung gegen ihre Ausplünderung zu vereinen. Das gilt für große Teile Ost- und Zentralafrikas und einige Länder des Nahen Ostens. Eine Krise wird in diesen ohnehin schon von Hungersnöten und Kriegen geplagten Ländern deren magere Einnahmen aus dem Weltmarkt vernichten. Es ist zu erwarten, dass der wirtschaftliche Druck dort blutige regionale und ethnische Kriege weiter anheizt und zu immer größeren Flüchtlingsströmen führt.

Das schreckliche Elend im gesamten Globalen Süden (China und Russland ausgenommen) wird soziale Explosionen hervorrufen und enormen Druck auf die Regime aus-



Joaquin Montenegro Humanante/picture alliance



Eduardo Soteras/Bloomberg

Links: Indigene Demonstranten in Quito, Ecuador, Juni 2022. Oben: Bewohner eines Flüchtlingslagers im Sudan warten auf Hilfe, Oktober 2024. Den Globalen Süden werden weltweit zunehmende Krisen am härtesten treffen

üben. Die schwachen nationalen Bourgeoisien werden zunehmend zu einem Balanceakt gezwungen sein, entweder bei den US-Plänen voll mitzumachen oder sich auf die antiimperialistische Stimmung der Massen zu stützen. In jedem Fall würden die Tendenz zum Bonapartismus und sogar die Möglichkeit von Putschen zunehmen.

In Russland wiederum hat die Umstellung auf Kriegswirtschaft trotz seines Ausschlusses aus dem Dollarsystem ein Wirtschaftswachstum ermöglicht. Das Oligarchen-Regime ist relativ stabil, besonders angesichts des bevorstehenden Sieges in der Ukraine. Aber eine Krise wird beim Erdöl, einem der Hauptexportgüter Russlands, zu einem Preissturz und unweigerlich auch hier zu Schwierigkeiten führen. Die wirklichen Probleme Russlands werden jedoch wahrscheinlich erst nach dem Ukraine-Krieg beginnen, wenn die Kriegsproduktion ausläuft und Zehntausende Soldaten demobilisiert werden.

Eine der größten Fragen, die eine zukünftige Krise aufwirft, lautet: Was wird China tun? Wie wir gesehen haben, hat die KPCh-Führung 2008 durch den massiven Ankauf von US-Staatsanleihen im Endeffekt das Dollarsystem gestützt. Da die USA erneut die Notenpresse wird einsetzen müssen, werden sie wahrscheinlich von China wieder einen Beitrag zur Stabilisierung der von den USA geführten Weltwirtschaft verlangen. Bei den unverhohlenen Bemühungen der USA, China zu erdrosseln, scheint dies undenkbar. Doch die Bürokratie der Kommunistischen Partei ist eine ***konservative*** Kraft, die an der eigenen Stabilität und den eigenen Privilegien interessiert ist und zwischen einer riesigen Arbeiterklasse und dem US-Imperialismus eingeklemmt ist. Daher ist es wahrscheinlich, dass sie in Zeiten einer Krise das Dollarsystem retten ***will***. Wir können nicht genau wissen, wie das ablaufen wird oder ob die KPCh eher zu einem Konfrontationskurs gezwungen sein wird. Man sollte jedoch niemals die Entschlossenheit stalinistischer Bürokratien unterschätzen, dem Weltimperialismus entgegenzukommen.

Diese Prognosen beruhen auf den kurzfristig wahrscheinlichen Auswirkungen einer Krise, in der die USA ihre Position durch die Kontrolle über die Weltreservewährung und die Kapitalströme stärken können. So kann es jedoch nur ***anfangs*** sein. Die Welt ist nicht mehr dieselbe wie 2008. Die USA sind schwächer geworden, da sie vor wachsenden Herausforderungen stehen, und der Preis, den sie für die Stützung des Dollarsystems verlangen müssen, ist höher. Die Erpressung der Welt mittels des Dollarsystems hängt vor allem von der Bereitschaft der imperialistischen Juniorpartner des Imperiums ab, ihre untergeordnete Rolle im Austausch gegen bestimmte Privilegien zu akzeptieren, sowie von fehlenden Alternativen für Andere und schierer Nötigung der Übrigen. Mittel- und langfristig gesehen könnte jede dieser Kräfte, auf unterschiedliche Weise, aus dem Dollarsystem ausbrechen. Das wäre ***nicht*** automatisch eine fortschrittliche Entwicklung. Sie kann nur dann fortschrittlich sein, wenn sie den Kampf der internationalen Arbeiterklasse gegen das gesamte imperialistische System voranbringt.



IV. Der Krieg in der Ukraine

Kein anderes Thema hat unter Liberalen so viel Hysterie ausgelöst wie Trumps Haltung zum Ukraine-Krieg und der Politikwechsel, den seine Regierung vollzieht. Viele haben Verrat geschrien und behauptet, dass Trump vor einem anderen Autokraten kapituliert und Europa im Stich lässt, das jetzt allein als Bannerträger für Freiheit, Demokratie und die Werte der Nachkriegsordnung dasteht. Auch hier gilt wieder: Um das alles verstehen zu können, müssen wir hier wieder als erstes die liberale Aufgeregtheit beiseitelassen.

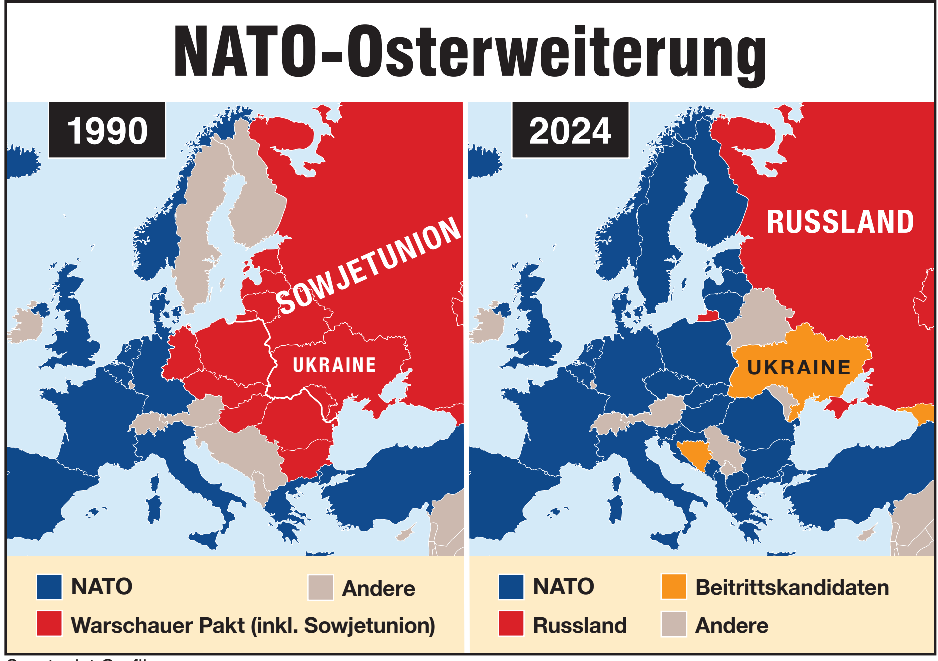
Entgegen den Behauptungen des ukrainischen Verteidigungsministeriums, dessen Berichte über die militärische Lage von den liberalen Medien und Politikern unkritisch nachgeplappert werden, ist die Ukraine dabei, diesen Krieg zu verlieren. Selenskis Kursk-Abenteuer endete in einem völligen Desaster, und an der gesamten Front ist die Armee mit einem Mangel an Männern und Waffen konfrontiert und steht vor der Vernichtung. Unterdessen sind die russischen Streitkräfte überall auf dem Vormarsch, die Größe der russischen Armee nimmt zu, und eine Großoffensive scheint bevorzustehen. Während die ukrainische Wirtschaft in Trümmern liegt, wächst die russische Wirtschaft trotz schwerer Sanktionen und wurde für militärische Massenproduktion umstrukturiert. Darüber hinaus haben die Lieferungen an die Ukraine für einen hochintensiven, industrialisierten Krieg die westlichen Waffenvorräte unverhältnismäßig schnell aufgebraucht. Schlaglichtartig zeigte sich das industrielle Unvermögen des Westens: Während die gesamte NATO zusammen 1,2 Millionen Artilleriegranaten pro Jahr herstellen kann, produziert Russland allein über drei Millionen.

Aus der Sicht Washingtons, dem mit Abstand größten Waffenlieferanten, war die Politik von uneingeschränkter Feindseligkeit gegenüber Russland und Unterstützung für die Ukraine bis zum totalen



Kostiantyn Liberov/AP

September 2022 – Ukrainischer Soldat hilft verwundetem Kameraden



Spartacist Grafik

Sieg ein teurer Misserfolg. Die neue Regierung passt die US-Politik einfach an diese Realität an. Die USA haben keine vitalen Interessen in der Ukraine. Russland stellt zwar eine geostrategische Herausforderung für die amerikanischen Pläne dar, aber seine Wirtschaft ist zu klein, um annähernd eine Bedrohung wie China zu sein. Deshalb halten viele in der neuen US-Regierung drei Jahre Krieg in Europa für eine Verschwendung von Ressourcen, die im Pazifik besser hätten eingesetzt werden können. Der Ukraine-Krieg hat zudem die Beziehungen zwischen Russland und China gestärkt, was für die Interessen der USA ein Problem darstellt. Aus all diesen Gründen ist es für die USA sinnvoll, sich nicht nur um ein Ende des Krieges zu bemühen – selbst wenn dies Zugeständnisse an Russland bedeutet –, sondern auch um eine wirtschaftliche und politische Annäherung an Russland. Dies könnte Russland möglicherweise dem Westen näherbringen und von China entfernen oder es zumindest als Störfaktor neutralisieren.

Aus der Sicht des Kremls ist die Ukraine – ein Grenzland, das historisch gesehen in Russlands Einflussbereich liegt – von vitalem Interesse. Das Geschrei über russischen Expansionismus verdeckt die Tatsache, dass es in den letzten drei Jahrzehnten die NATO und die EU waren, die trotz der ständigen Einwände Russlands bis an dessen Grenzen vorgedrungen sind. Was Putin will, und was er seit langem anstrebt, ist ein Abkommen mit dem Westen, um seine Westgrenze zu sichern, den Expansionismus der NATO zu beenden und die Ukraine als russisches Einflussgebiet zu sichern. Deshalb begrüßte er Trumps Annäherung mit Bedacht. Abgesehen davon hat Russlands herrschende Klasse kein Interesse daran, sich dem Westen in die Arme zu werfen und ihre Beziehungen zu China zu kappen. Im Gegenteil, aus ihrer Sicht hätte ein Abkommen mit den USA den Vorteil, dass dadurch nicht nur die NATO-Erweiterung beendet würde, sondern Russland auch die Möglichkeit erhielte, China gegen die USA auszuspielen und umgekehrt, um für die Entwicklung seiner Wirtschaft von beiden Seiten zu profitieren.

Die jüngsten Entwicklungen haben gezeigt, dass jene Linken, die entweder für die Ukraine oder für Russland Partei ergriffen haben, völlig falsch lagen. Das Hauptargument jener Sozialisten, die Russland unterstützten, besteht darin, dass der Sieg Russlands ein Schlag gegen die USA und somit eine fortschrittliche Entwicklung wäre. Der bevorstehende Sieg Russlands macht den Bankrott einer solchen Position deutlich. Zwar verlieren die USA in der Tat den Krieg, aber sie kämpfen nicht direkt, sondern ***über einen Stellvertreter***. Prorussische „Sozialisten“ haben dieses entscheidende Merkmal als irrelevant abgetan, welches den USA gerade die Möglichkeit gibt, einfach ihre Haltung zu ändern, ihren Stellvertreter unter die Räder kommen zu lassen und einen Deal mit Russland zur gemeinsamen Ausplünderung der Ukraine anzustreben. Unabhängig vom Inhalt eines künftigen Abkommens zwischen den USA und Russland (falls ein solches zustande kommt) wird Russlands Krieg daher den Kampf in Osteuropa gegen den Imperialismus ***nicht*** vorangebracht haben und auch die USA nicht wesentlich geschwächt haben. Vielmehr wird das Ergebnis die Unterdrückung der Ukraine durch Russland, die Wiederaufrüstung Europas und eine Verlagerung des Schwerpunkts der USA in Richtung Konfrontation mit China sein – alles ***reaktionäre*** und vorhersehbare Entwicklungen.

Ebenso bankrott sind jene Sozialisten, die die Ukraine unterstützten. Ihr Hauptargument ist, man müsse die Souveränität einer kleinen Nation gegen ausländische Aggressionen verteidigen. Doch die Souveränität der Ukraine konnte nur ***gegen*** ihre Regierung verteidigt werden. Seit Jahren verfolgt das Regime in Kiew eine Politik der Unterdrückung


Ding Haitao/Xinhua

Xi Jinping trifft Wladimir Putin in Kasan, Oktober 2024. Ukraine-Krieg hat Beziehungen zwischen China und Russland gestärkt



Jim Lo Scalzo/EPA

Demütigung von Wolodymyr Selenski, Weißes Haus, 28. Februar. Trump sagt, wie es ist: Ukrainische Regierung war nur Marionette, die zynisch für US-Interessen ausgenutzt wurde

der russischsprachigen Minderheit – etwa 20 Prozent der Bevölkerung –, und es führt Krieg, um die Krim und die östlichen Regionen zu behalten, die eindeutig nach Abspaltung streben. Gleichzeitig hat es sich mit NATO, EU und den USA verbündet und seine militärische und wirtschaftliche Souveränität an diese Imperialisten abgetreten. Das Ergebnis war, die Ukraine in eine westliche Kolonie zu verwandeln und dabei die absolute Feindseligkeit Russlands zu garantieren, dem damit perfekte Kriegsgründe geliefert wurden. Die katastrophale Strategie von Selenski, das Schicksal der Ukraine an die USA zu binden – am besten zu sehen an seiner Demütigung im Oval Office – hat auf tragische Weise Henry Kissingers Worte bestätigt: „Es mag gefährlich sein, Amerikas Feind zu sein, aber Amerikas Freund zu sein ist tödlich.“ Diejenigen Sozialisten, die die ukrainische Regierung verteidigten, ob kritisch oder nicht, waren letztendlich nützliche Idioten bei den Spielen der Imperialisten.

Die einzige sozialistische Politik in einem solchen reaktionären Krieg war und ist weiterhin der Kampf für die Verbrüderung zwischen Ukrainern und Russen, der zur Grundlage die bedingungslose Opposition gegen den westlichen Imperialismus und seine ukrainischen Marionetten sowie die Opposition gegen großrussischen Chauvinismus in Verbindung mit der Verteidigung der Rechte der russischen Minderheiten hat. Nur mit diesem Kurs lässt sich die Arbeiterklasse der gesamten Region vereinigen. Und so lässt sich die Einkreisung Russlands durch die Imperialisten auf fortschrittliche Weise durchbrechen, die Freiheit der Ukraine sicherstellen und ganz Osteuropa von nationaler Unterdrückung befreien. Diese Perspektive stieß schon immer auf erhebliche Hindernisse, doch sie bleibt der ***einzige*** fortschrittliche Weg. Durch das Versäumnis der Arbeiterbewegung, eine unabhängige Politik zu verfolgen – wobei ihre Führer entweder den Imperialisten und ihren Marionetten oder den russischen Oligarchen hinterherliefen –, wird nun der Ausgang des Krieges mit Sicherheit für die Arbeiter in der Ukraine, in Russland und in ganz Europa eine Katastrophe sein.

Die Verhandlungen zwischen Russland und den USA befinden sich noch in einem frühen Stadium und könnten sich über Monate hinziehen. Während die USA den Krieg so schnell wie möglich beenden wollen, hat es Russland nicht eilig. Es gewinnt auf dem Schlachtfeld, bereitet neue Offensiven vor und hat wenig Anlass, Zugeständnisse zu machen. Dies wird sich für die USA als problematisch erweisen, die Schadensbegrenzung betreiben wollen. Darüber hinaus müssen die USA ihren ukrainischen Stellvertreter in den Griff bekommen, den sie über ein Jahrzehnt lang dadurch gestärkt haben, dass sie ukrainische Ultranationalisten förderten, die nicht für ihre versöhnliche Haltung gegenüber Russland bekannt sind. Bislang haben die Ukrainer alles getan, um Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Die Frage ist also nicht, ob Selenski gestürzt werden wird, sondern wann, wie und durch wen. Die USA müssen außerdem mit der Feindseligkeit des Großteils des europäischen Establishments sowie eines Teils von Amerikas politischer Klasse zurechtkommen.

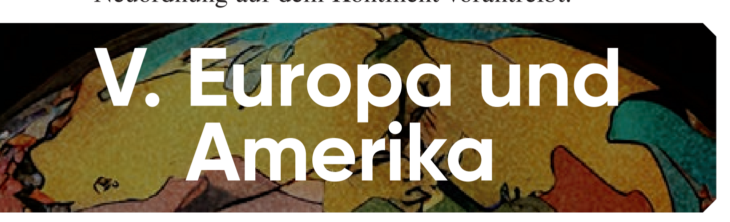
Angesichts der Trägheit des Westens könnte es sein, dass Russland erst weitere Geländegewinne erzielen muss durch einen größeren Durchbruch an der Front, auch mit Panzern bis nach Kiew, eine Aussicht, die nicht mehr weit hergeholt ist. Dann wäre der Weg frei für ein amerikanisch-russisches Abkommen zu Russlands Bedingungen: mit einer Garantie für Russlands Kontrolle über die vier östlichen Regionen der Ukraine, der Beseitigung des Selenski-Regimes, dem Ende der Osterweiterung der NATO und ihrer Unterstützung für das, was von der Ukraine übrig ist. Einige Sanktionen werden vielleicht aufgehoben, obwohl noch nicht abzusehen ist, ob die Handelsbeziehungen mit Europa wieder das Niveau wie vor 2014 erreichen werden. Im Gegenzug würden sich die USA wahrscheinlich an anderer Stelle auf die Unterstützung durch Russland verlassen können, dass es z.B. den Iran zur Aufgabe seines Atomprogramms drängt.

Es gibt jedoch eine grundlegendere Konsequenz eines möglichen Sicherheitsabkommens zwischen den USA und Russland: Europa in eine reaktionäre Ordnung hineinzuzwängen. Weder die USA als Herrscher über Europa noch Russland haben ein Interesse an Instabilität in Europa. Letzteres war für Russland schon immer ein schlechtes Omen, und die USA benötigen ein stabiles Europa, um ihre Aufmerksamkeit anderswohin richten zu können. Russland



mit seiner Militärmacht, seinem Reichtum an Bodenschätzen und seinem Reservoir an religiösem Konservatismus könnte sehr wohl mit dem amerikanischen Finanzkapital und seinem neuerdings vorherrschenden rechten christlichen Establishment gemeinsame Sache machen und das liberale Europa unter Druck setzen. Eine Annäherung zwischen den USA und Russland würde als ***ein konservativer und reaktionärer Stabilisierungsfaktor in Europa*** dienen.

Das war Russlands Rolle in der europäischen Politik während des gesamten 19. Jahrhunderts: ein Bollwerk der Reaktion, auf das sich Britannien, die damalige Großmacht, stützen konnte, um Europa stabil zu halten. Auch wenn die Situation heute natürlich anders ist, läge ein amerikanisch-russisches Abkommen, das die europäische Politik bestimmt, im Interesse sowohl Russlands als auch des US-Imperialismus, zumal letzterer eine grundlegende politische Neuordnung auf dem Kontinent vorantreibt.



V. Europa und Amerika

Trumps Verhandlungen mit Russland, die Demütigung Selenskis im Oval Office, die Verhängung von Zöllen sowie die Rede von J. D. Vance, in der er das liberale Establishment Europas als den „inneren Feind" brandmarkte, lösten in ganz Europa Schockwellen aus. Innerhalb weniger Wochen geriet die europäische Ordnung, die auf Globalisierung, Freihandel, liberalen Werten und Feindseligkeit gegenüber Russland beruht – ein über Jahre hinweg unter Führung der USA aufgebautes und durch deren militärische Macht garantiertes System – unter ständigen Beschuss aus dem Weißen Haus. Panik hat die europäischen Eliten ergriffen. Jahrelang konnten liberale Politiker, die von ihrer eigenen Bevölkerung zunehmend gehasst wurden, wenigstens darin Trost finden, dass sie nach wie vor in der Gunst der weltgrößten Supermacht standen. Das ist vorbei. Trumps neue Regierung steht für den Tod des Liberalismus im gesamten US-Imperium und macht das liberale „schmarotzende" Europa zum vorrangigen Ziel einer politischen Neuausrichtung.

Die Trump-Regierung muss Europa mehr abverlangen, um die Position der USA zu stärken, besonders bei Verteidigungsausgaben und Handelsbedingungen. Die USA sind weit davon entfernt, Europa aufzugeben, sondern brauchen es, um einen aggressiveren Block gegen China zusammenzufügen, der besser zur Sicherheit der Vereinigten Staaten beitragen kann. Doch das Problem ist, dass Europa dafür eine massive Neuausrichtung braucht. Die europäischen Institutionen und Regierungsstrukturen wurden geschaffen, um der bisherigen liberalen Ordnung der USA zu dienen. Die Europäische Union – ein riesiger bürokratischer Apparat, der an zahllose liberale Institutionen gebunden ist – hat festverankerte Wirtschaftsinteressen am Status quo. Und Europa wird immer noch von Politikern wie Emmanuel Macron, Friedrich Merz, Ursula von der Leyen, Keir Starmer und Pedro Sánchez geführt. Diese Führer, die ihre Karriere in der alten liberalen Ordnung gemacht haben und an ihr kleben, stehen in vielerlei Hinsicht für die große politische



Beruf u. Arbeit Baden-Baden

Ein Propaganda-Poster nach dem Zweiten Weltkrieg. US-Vorherrschaft in Europa war Vorbedingung für europäische Einheit

Kluft zwischen dem alten, postsowjetischen Europa und der neuen, rechtsgerichteten US-Regierung.

Nachdem Trump Selenski gedemütigt hatte, erklärte Kaja Kallas, EU-Außenbeauftragte und ausgesprochene Kriegshetzerin gegen Russland, „dass die freie Welt einen neuen Anführer braucht" und: „Es liegt an uns Europäern, diese Herausforderung anzunehmen." Ähnlich fordern zahllose liberale Kommentatoren und Politiker, Europa solle endlich seinen eigenen, von den USA unabhängigen Weg einschlagen, um die liberalen Werte hochzuhalten, Russland die Stirn zu bieten und die Ukraine weiterhin zu unterstützen. Das unterstreicht nur, wie sehr die politische Führung Europas in einer Parallelwelt lebt. In Wirklichkeit befinden sich alle größeren europäischen Volkswirtschaften in einem erbärmlichen Zustand der Stagnation. Mit der teilweisen Ausnahme von Deutschland haben sie fast ihre ganze Industrie verloren und verlassen sich weitgehend auf den Finanz-, Dienstleistungs- und Tourismussektor. Überall auf dem Kontinent bröckelt die Infrastruktur und altert die Bevölkerung. Auf militärischer Ebene ist Europa derzeit nicht in der Lage, irgendeine Art von konventionellem Krieg zu führen. Seine kleinen und veralteten Armeen sind für jegliche ernsthaften Operationen von den Luftstreitkräften, der Logistik, den Nachrichtendiensten, dem Nachschub und den Kommandosystemen der USA abhängig.

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk mag noch so oft wiederholen, dass Europa als Ganzes stärker ist als Russland, aber dadurch wird es nicht wahr. Europa ist in verschiedene Länder mit konkurrierenden Interessen balkanisiert. Was die Liberalen immer wieder vergessen: Es war die wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft der USA über Europa seit 1945, die eine europäische Einheit ermöglichte und den Kontinent davor bewahrte, sich zu zerfleischen. Die Ambitionen von Europas führenden Politikern, die Führung der „freien Welt" zu übernehmen, eine



WPA Pool/Pool

Europas Koalition der Ohnmächtigen im Sonderzug nach Kiew

„Koalition der Willigen“ zu bilden oder „strategische Autonomie“ zu erlangen, sind nichts als Hirngespinste. Europa ist völlig abhängig von den USA, sowohl militärisch als auch wirtschaftlich. Kurzfristig und wahrscheinlich auch mittelfristig ***wird*** und ***kann*** Europa oder eine einzelne europäische Macht ***keine*** von den USA unabhängige Rolle spielen.

Hinter dem Draufgängertum, den leidenschaftlichen Erklärungen und der Realitätsverweigerung von Europas herrschenden Kreisen steckt eine Anomalie, die sich im Laufe der Zeit verstärkt hat. Es besteht ein wachsender Widerspruch zwischen dem politischen Überbau Europas – seinen Institutionen, seiner Ideologie, seiner Bürokratie, seinen Politikern usw. – und seiner tatsächlichen wirtschaftlichen Basis, d. h. seiner ausgesprochenen Schwäche und Abhängigkeit von den USA. Früher oder später muss sich dieser Widerspruch auflösen, und Europa wird keine andere Wahl haben, als seinen überholten Liberalismus wegzuwerfen und sich den USA zu fügen. Der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien steht für diesen wachsenden Trend (z. B. die AfD in Deutschland, das RN in Frankreich, Reform UK in Britannien, die FPÖ in Österreich, Meloni in Italien – die bereits an der Macht ist). Diese werden von der US-Regierung nicht so sehr aufgrund politischer Übereinstimmung bevorzugt, sondern weil sie die einzige Kraft sind, die den liberalen Status quo auf eine Weise durchbrechen kann, die den Interessen der USA am besten dient.

Bislang hält die politische Mitte in Europa stand. Die Tatsache, dass sich viele Politiker stark genug fühlen, um sich den Forderungen der USA (teilweise) zu widersetzen und den liberalen Status quo (halbherzig) zu verteidigen, spiegelt fest etablierte wirtschaftliche Interessen wider. Das sind in erster Linie die der europäischen Kapitalisten, die von dem Arrangement der letzten drei Jahrzehnte stark profitiert haben, sich gegen Veränderungen sträuben und den aufstrebenden Rechtsparteien womöglich ***noch*** nicht voll vertrauen. Da ist zweitens die Trägheit von Europas Institutionen und Bürokratie. Und drittens gibt es in den fortgeschrittenen europäischen Ländern immer noch eine ziemlich große Mittelklasse. Diese Schicht, die oft mit den europäischen Institutionen verbunden ist und einen relativ hohen Lebensstandard genießt, ist die wichtigste Unterstützerbasis für die Parteien der Mitte. Das gilt auch für Britannien. Formalisten auf der Linken mögen roboterhaft wiederholen, dass die Labour Party eine bürgerliche Arbeiterpartei ist. Darin steckt zwar ein Funken Wahrheit, aber die Realität ist, dass die Unterstützerbasis der Labour Party derzeit aus der städtischen Mittelschicht besteht und nicht aus Arbeitern.

Der oben beschriebene Trend war bei den deutschen Wahlen im Februar zu beobachten. Während die Unterstützung für die rechte AfD erheblich zunahm (vor allem unter Arbeitern), blieb die große Mehrheit der Wähler bei den traditionellen Parteien, was zeigt, dass der deutsche Liberalismus noch nicht ganz tot ist. Der Aufschwung bei der Unterstützung für die Linkspartei, der von den meisten Vertretern der extremen Linken international gefeiert wurde, kam in Wirklichkeit vorwiegend von kleinbürgerlichen ehemaligen Grünen-Wählern und muss als ein Versuch gewertet werden, den liberalen Status quo zu erhalten. In Deutschland wie auch in anderen Ländern kommt die Unterstützung der Be-



völkerung für rechte Anti-Establishment-Parteien hauptsächlich aus der Arbeiterklasse, insbesondere aus deren unteren Schichten, aber auch aus Schichten der Arbeiteraristokratie.

So wird Europa weiterhin von „Übergangs“politikern beherrscht – Macron, Starmer, Merz & Co. –, die einen Spagat machen zwischen der Verteidigung der liberalen europäischen Ordnung und der rechten Reaktion, um ihre rechte Flanke abzudecken. Das hat wie üblich zur Folge, dass alle unzufrieden sind. Diese Regierungen, die an die Macht gekommen sind, um die „extreme Rechte“ zu blockieren, sind in der Bevölkerung völlig diskreditiert und ihre Tage sind gezählt. Aber ihr Sturz und ihre dann fast unvermeidliche Ablösung durch die Rechte werden kein friedlicher und linearer Prozess sein, sondern das Ergebnis einer akuten politischen und wirtschaftlichen Krise. Auf dem Papier sind die Wahlen in Britannien und Deutschland noch Jahre entfernt. Macron hat noch zwei Jahre Zeit bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen und gerade hat das französische Establishment Marine Le Pen von der Kandidatur ausgeschlossen. Die Liberalen werden jeden Trick anwenden, um an der Macht zu bleiben. Doch angesichts der Forderungen der USA nach einer politischen Neuausrichtung sowie der Kluft zwischen der wirtschaftlichen Basis Europas und den Vorstellungen und Ambitionen seiner politischen Klasse kann diese Situation nicht von Dauer sein.



Imago/Alamy

Athen, 28. Februar: Massenprotest am zweiten Jahrestag der Zugtragödie von Tempi mit 57 Toten. Kampf für Gerechtigkeit gegen die griechische Regierung und die EU hätte die Gezeiten des Klassenkampfes in Europa ändern können

Die kommende Wirtschaftskrise wird den völlig verrotteten Charakter der europäischen Volkswirtschaften offenlegen. Es ist zu erwarten, dass ein wirtschaftlicher Schock in Verbindung mit erheblichen Austeritätsmaßnahmen die Mittelschichten und die Arbeiterklasse sehr hart treffen wird. Die Notwendigkeit zur Wiederaufrüstung geht auch zu Lasten der in einigen Ländern immer noch beträchtlichen Sozialleistungen. Die jetzt schon bestehende massive Unzufriedenheit wird noch zunehmen. Das wird zu erheblichen politischen Krisen führen, die eine Fortsetzung der Herrschaft von Übergangspolitikern unmöglich machen, sodass diese ihren Platz an entschlossenere Machthaber abtreten müssen.

In europäischen Ländern, die vom Imperialismus unterdrückt werden, ist die politische Dynamik natürlich eine andere. Serbien und Griechenland wurden durch Massenbewegungen der Bevölkerung gegen ihre Regierungen erschüttert, als sich die Wut über die imperialistische Ausplünderung entlud. Vor allem Griechenland hat bereits in den 2010er-Jahren eine starke Krise durchgemacht, die für große Teile der Bevölkerung verheerend war. In diesen Ländern ist das Kleinbürgertum viel mehr verarmt, ebenso wie die Arbeiterklasse. Eine Wirtschaftskrise zusammen mit Austeritätspolitik wird einen viel explosiveren Charakter haben und damit die Gefahr einer bonapartistischen Herrschaft erhöhen. Andererseits kann man sich anhand von Ungarn ein Bild davon machen, worauf Europa politisch zusteuert. Ministerpräsident Viktor Orbán, ein reaktionärer Christ, der Russland und den USA nahesteht, war der EU lange Zeit ein Dorn im Auge, weil er den Liberalismus ablehnt. Heute jedoch ist er seiner Zeit voraus.

Bei der derzeitigen Lage der Arbeiterklasse wird ein wirtschaftlicher Abschwung ihren Kampfgeist höchstwahrscheinlich eher dämpfen als fördern, zumindest in der Anfangsphase. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Zerstörung des Lebensstandards der Arbeiterklasse und der Mittelklasse bieten keinen guten Rahmen für Arbeiterkämpfe. Eine Wirtschaftskrise wird außerdem die gegenwärtige politische Dynamik ***beschleunigen***, die rechte Anti-Establishment-Parteien begünstigt. Das liegt an dem kläglichen Scheitern der Linken, die sich im letzten Jahrzehnt nicht als eine Kraft aufdrängen konnten, weil sie den liberalen Status quo unterstützten und damit immer mehr Arbeiter in die Arme der Rechten trieben. Viele Arbeiter mussten erleben, wie ihr Lebensstandard ruiniert wurde, und haben angesichts der Verbundenheit der Linken mit dem Liberalismus ein Ventil für ihren Zorn in der giftigen Feindschaft gegen Einwanderer gefunden.

2022/23 gab es auch bedeutende gewerkschaftliche Kämpfe wie die Rentenbewegung in Frankreich und die Streikwelle in Britannien. Das waren wichtige Gelegenheiten, um das Kräftegleichgewicht zugunsten der Arbeiterklasse zu kippen und die Arbeiterbewegung als eine Kraft gegen den Status quo in Stellung zu bringen. Aber alle diese Bewegungen wurden von ihren eigenen Führern in die Niederlage geführt, die sich weigerten, eine echte Konfrontation mit der herrschenden Klasse zu organisieren. Meistens wurden diese Verräter von der radikalen Linken unterstützt. In Griechenland wurden wir kürzlich Zeuge einer weiteren verpassten Gelegenheit, als sich bei der Tempi-Bewegung die Führer der Arbeiterbewegung als völlig ohnmächtig erwiesen. Diese Verratspolitik hat die Position der Arbeiterklasse erheblich geschwächt und den Rechtsruck weiter vorangetrieben.

Außerdem werden die rechten Parteien dadurch Auftrieb erhalten, dass die Linke in Europa ***nach wie vor*** am Liberalismus, an der EU, an der „grünen“ Agenda oder an Waffen für

die Ukraine festhält (viele von ihnen unterstützen jetzt offen die Wiederaufrüstung) – alles Dinge, die die Arbeiter hassen. Und die Linke macht weiter mit bei den „Volksfronten“ der herrschenden Klasse gegen rechts, deren einziger Effekt darin besteht, die Rechten bei den Arbeitern attraktiver zu machen und die Linke weiter zu diskreditieren. Die einzige linke Kraft aus dem Aufschwung der 2010er-Jahre, die noch nicht völlig zerfallen ist, ist die von Mélenchon gegründete La France Insoumise. Aber auch sie klammert sich an das tote Gewicht der Sozialistischen Partei (PS) und stellt sich in den Dienst der republikanischen Front gegen das RN, alles Dinge, die dem RN nur zu noch mehr Stimmen aus der Arbeiterklasse verhelfen.

In diesem schwierigen Umfeld ist es die Aufgabe der Kommunisten, dafür zu kämpfen, die Arbeiterklasse in eine bessere ***Verteidigungsposition*** zu bringen. Jetzt ist nicht die Zeit für leichtfertige Offensiven. Massive Angriffe stehen bevor, und die Arbeiterbewegung in Europa ist schwach und gespalten. Ihre Organisationen sind nur noch ein Schatten dessen, was sie einmal waren, und sie sind ausgehöhlt. Gewerkschaften sind häufig in Eingruppierungen und Berufsbereiche aufgegliedert und auf Teile der Arbeiteraristokratie beschränkt. Kommunisten müssen an der Spitze des Kampfes stehen, diese Spaltungen aufzubrechen, die Arbeiterorganisationen zu stärken und Verteidigungsaktionen anzuführen. Das muss bei jedem Schritt in vollständiger ***Opposition*** zur Gewerkschaftsbürokratie geschehen. Kommunisten müssen in den Gewerkschaften Fraktionen bilden, die für eine kommunistische Strategie zur Führung der Gewerkschaften kämpfen. Diese Strategie muss in der Lage sein, die unmittelbaren Forderungen der Arbeiter mit der Notwendigkeit der Arbeitermacht zu verbinden und gleichzeitig den Verrat der Gewerkschaftsbürokraten zu entlarven. Auf diese Weise können Kommunisten Autorität in der Arbeiterklasse zurückgewinnen und die Attraktivität der Rechten untergraben.

Vielleicht regen sich noch eine Zeitlang schwächliche Überreste liberaler Bewegungen gegen die Rechte. Es werden die letzten Atemzüge einer aussterbenden Art sein. In dem Maße, wie die liberale Bourgeoisie von den USA unter Druck gesetzt und das Kleinbürgertum zunehmend zugrunde gerichtet wird, gibt es keine Grundlage mehr für liberale Massenbewegungen für Demokratie, die Rechte von Immigranten usw. Eine immer kleiner werdende Schicht von Linken wird versuchen, diese am Leben zu erhalten, und wird damit die Linke in der Arbeiterklasse weiter diskreditieren (wie man es zurzeit in den USA sieht). Wir müssen in diese Milieus intervenieren und diese Linken dazu auffordern, aufzuwachen, den Liberalismus wegzuschmeißen und ***sich der Arbeiterklasse zuzuwenden***. Wir müssen für den Wiederaufbau von Bewegungen zur Verteidigung von Immigranten und Muslimen und gegen die Rechte kämpfen, aber auf einer anderen Grundlage – weg von der Sackgasse des Liberalismus und hin zu einer ***proletarischen*** und ***antiimperialistischen Basis***, die sich auch gegen die EU richtet.

Diese Aufgaben stellen sich auch in unterdrückten Ländern wie auf dem Balkan oder in Osteuropa. Hier muss der Kampf gegen Verelendung mit dem Kampf zur ***Befreiung des Landes von imperialistischer Unterdrückung*** verknüpft werden. Dazu ist es auch erforderlich, die verräterische Führung der Massen, egal ob sie aus Nationalisten, Stalinisten oder Gewerkschaftsbürokraten besteht, auf Schritt und Tritt zu entlarven wegen ihrer Beschwichtigungspolitik gegenüber den USA und der EU oder wegen ihrer Weigerung, den Kampf der Massen zu verbinden mit dem Kampf gegen die Unterdrückung des Landes durch fremde Mächte. Das ist der einzige Weg, um alle Unterdrückten und nationalen Minderheiten zu vereinen und Arbeiter und Jugendliche für eine ***Klassenkampfstrategie*** zur nationalen und sozialen Emanzipation zu gewinnen.■

China
Wer nicht kämpft, verliert



Lintao Zhang/Getty; Tom Williams/CQ-Roll Call

„In einer Welt voller Unsicherheiten bleibt China verpflichtet, die Hände zu reichen, nicht Schläge auszuteilen; Barrieren abzubauen, nicht Mauern zu errichten ...“
– Sprecher des Außenministeriums, 15. April 2025

Das folgende von Genosse Qimin verfasste Memorandum wurde auf dem April-Plenum des Internationalen Exekutivkomitees der IKL angenommen.

Von den Liberalen im Élysée-Palast bis zu den Stalinisten im Zhongnanhai hat sich eine vorübergehende Einheitsfront der Empörung über Trump zusammengetan. Gegen den Mann der Zölle, so tönte das Regime von Xi Jinping, werde man „bis zum Ende kämpfen“. Doch für die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) geht es dabei um die Verteidigung ihres gesamten Wachstumsmodells, das von dem US-beherrschten globalen Wirtschaftssystem abhängig und ihm zu Diensten war. Wie es Martin Wolf in der *Financial Times* (1. April) ausdrückt: „In der heutigen Welt sind die USA eine revolutionäre – genau genommen, eine reaktionäre – Macht, während das angeblich kommunistische China eine Macht des Status quo ist.“ Tatsächlich zielten Chinas rasche Gegenzölle darauf ab, die im Sterben liegende liberale Weltordnung zu ***verteidigen***.

Nach dem sogenannten Tag der Befreiung war die Fantasiewelt, in der die KPCh lebt, nicht mehr zu übersehen: Angeblich wird Trumps Chaos andere Länder schrittweise und friedlich in Chinas Arme treiben. Vorübergehend wird es diplomatische Verstimmungen geben, wobei vielleicht einige Länder näher in Chinas Einflussbereich rücken. Aber Trumps imperialistisches Vorgehen wird die große Mehrheit der von den USA dominierten Staaten dazu zwingen, sich seinen Forderungen nach einer Anti-China-Allianz zu beugen.

Die Linke hält die Volksrepublik (VR) China entweder für eine aufstrebende imperialistische Macht oder für die Speerspitze des Antiimperialismus. Beide Charakterisierungen sind grundlegend falsch, denn sie gehen davon aus, dass die KPCh die amerikanische Ordnung umstürzen will. Der wesentliche Charakterzug von Chinas Herrschern ist ihr ***konservativer Bürokratismus***. Unter dem Druck der Imperialisten sieht sich die KPCh genötigt, den Arbeiterstaat auf ihre eigene, deformierte Weise zu verteidigen. Doch ihr übergeordnetes Ziel ist es nicht, die amerikanische Weltordnung zu zerschlagen und zu ersetzen, sondern die Nummer zwei zu bleiben.

Frei nach Gramsci ist jetzt, wo die alte Welt im Sterben liegt und die neue noch nicht zur Welt kommen kann, die Zeit der Monster. Dies trifft heute genau deshalb zu, weil der Zerfall der amerikanischen Weltordnung ein Machtvakuum schafft, das zu füllen die über siebzigjährigen stalinistischen Bürokraten der KPCh nicht bereit sind. Ihre Weigerung, für eine sozialistische Weltordnung zu kämpfen, verschärft die Bedingungen für eine Krise in China und des gesamten

Globalen Südens. ***Kein*** Land außer China kann heute das US-Imperium verdrängen. Deshalb beugt sich der Rest der Welt weiterhin den Diktaten Washingtons und der Wall Street trotz Amerikas verrottender Industrie.

Für China kann es mit dem alten Modell der Integration in die US-geführte Globalisierung nicht weitergehen, wenn Trump & Co. sie in Stücke schlagen. Egal wie viele Milliardäre Xi Jinping nach Beijing kommen lässt, die Imperialisten sind jetzt entschlossen, die Volksrepublik zu strangulieren, selbst wenn sie dadurch nicht mehr von den billigen chinesischen Arbeitskräften profitieren können. Aber was tut die KPCh? Sie macht mit dem gleichen alten Exportmodell weiter, das den Arbeitern und Jugendlichen Lohnkürzungen und steigende Arbeitslosigkeit eingebracht hat. Die VR China ist beim Handel nach wie vor hauptsächlich vom Dollar abhängig, wodurch ihre Wirtschaft eine Geisel der Wall Street und der amerikanischen Notenbank bleibt. Wegen interner Machtkämpfe der Bürokratie um kleinliche Privilegien bleiben gewaltige Ungleichgewichte in der Wirtschaft ungelöst, sodass Fabrikarbeiter monatelang keinen Lohn erhalten. Um die Imperialisten zufriedenzustellen, dürfen einheimische Kapitalisten gigantischen Profit mit Grundbedürfnissen wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Wohnraum erzielen.

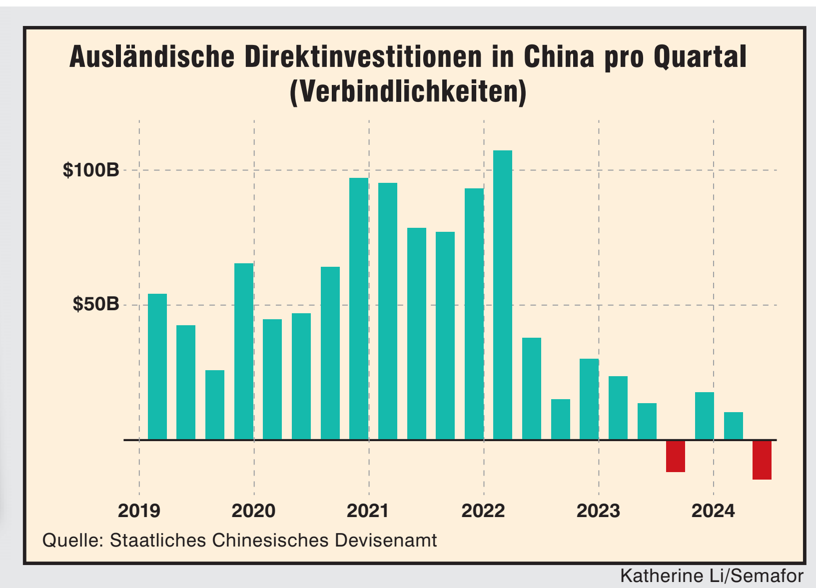
Chinas Außenminister Wang Yi bekräftigte kürzlich das Diktum der KPCh, dass die „wirtschaftliche Globalisierung irreversibel“ sei (Xinhua, 24. Februar). Dies ist eine ***objektivistische*** Geschichtsauffassung, bei der die globale Arbeitsteilung und Produktion einfach mit der Zeit wachsen wird. Aus dieser rationalen Konstellation sollen sich Wohlstand und Frieden ergeben. Die KPCh bestreitet, dass die US-Hegemonie die wesentliche Voraussetzung für die expandierende Weltwirtschaft war, in der amerikanische Schiffe die Weltmeere beherrschten. Für die KPCh gibt es den Niedergang des Imperialismus nicht, der ein Hindernis für die Internationalisierung der Produktivkräfte ist, und daher lehnt sie den Kampf gegen den Imperialismus ab.

Diese Zurückweisung der Realität, dass die Globalisierung unter Führung der USA stattfindet, hat für China schwerwiegende strategische Folgen. Zum Beispiel hält die KPCh an der Illusion fest, die EU könne zu einem geopolitisch autonomen Pol werden. Chinas wirtschaftliche Probleme wegen der belastenden US-Zölle lassen sich angeblich durch den Handel mit dem europäischen Kontinent lösen – als ob Europa nicht von den USA abhängig und mit ihnen verbündet wäre. Die „Großmächte“ des Kontinents sind im Falle einer Rezession von US-Rettungsmaßnahmen abhängig, und ihre Armeen können ohne amerikanische Hilfe nicht länger als ein paar Wochen kämpfen. Außerdem wollen Europas Imperialisten nicht, dass ein Arbeiterstaat zum Architekten einer alternativen Ordnung wird (die nationalen Kapitalisten des Globalen Südens übrigens auch nicht).

Diese pazifistischen Illusionen in die Weltordnung ergeben sich unmittelbar daraus, dass die KPCh den Charakter einer bürokratischen Kaste hat. Xi Jinping und seine Clique wollen ihre parasitäre Herrschaft an der Spitze der Volksrepublik und ihrer staatlich kontrollierten Wirtschaft sichern. Ohne den Klassenkampf als Kompass ihres Handelns und mit ihrem Eintreten für „Sozialismus in einem Land“ kann die Bürokratie nur eine Verständigung mit dem Weltimperialismus anstreben. Selbst wenn sich die Bürokratie auf eine Konfrontation einlassen muss, strebt sie aufgrund ihrer engstirnigen nationalen Sichtweise nach Deals mit den Imperialisten auf Kosten des globalen Kampfes gegen den Imperialismus. Ohne den internationalen Sozialismus im Blick zu haben, kann sie sich letztlich nur an die Illusion einer „friedlichen Koexistenz“ klammern. Der Knackpunkt ist, dass die Kapitalisten eine friedliche Koexistenz mit einem Arbeiterstaat ***nicht*** für möglich halten.

Zweifellos werden die chinesischen Stalinisten gerade zu einem stärkeren Konfrontationskurs gegenüber den US-Imperialisten gedrängt. Was sie allerdings antreibt, ist die Verteidigung ihrer eigenen Privilegien. Einen Linksruck werden sie in einer repressiven, bürokratischen Weise durchführen, mit der sie die Verteidigung des Arbeiterstaates untergraben. Anstatt die Arbeiter und Bauern Chinas als potenzielle Feinde zu betrachten, die überwacht und kontrolliert werden müssen,





Nein, Genosse Xi. Während sich die KPCh an das kollabierende Globalisierungsmodell klammert, brechen Auslandsinvestitionen in China ein



Imago/Alamy

Beijing, 1. Oktober 2019: Dongfeng-Atomraketen bei der Parade zum 70-jährigen Bestehen der VR China

würden echte Kommunisten versuchen, im Kampf gegen den Imperialismus das Potenzial der Massen zu entfesseln.

Ohne eine Perspektive für globalen Sozialismus kann China isoliert werden. Die nationalistischen Maoisten argumentieren, dass dies kein Problem wäre, da das heutige China nicht das technologisch rückständige China des Großen Sprungs nach vorn sei. Doch selbst die Sowjetunion unter Breschnew, die den USA militärisch ebenbürtig war, konnte die imperialistische Einkreisung nicht durchbrechen. Von Breschnews UdSSR bis zu Xis China: Gibt es keinen durch Sowjetdemokratie ausgearbeiteten Plan, dann erstickt bürokratisches Kommandieren die Fortschritte bei der Technologie und dem Lebensstandard der Massen. Durch ihre Pläne zur Automatisierung der Produktion setzt die KPCh gerade jetzt Millionen Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie aufs Spiel.

Der Status quo ist nicht haltbar. Maßnahmen gegen die Imperialisten würden auch ein scharfes Durchgreifen gegen die chinesischen Kapitalisten mit sich bringen. Dies könnte Sprengwirkung innerhalb der Bürokratie selbst haben, da viele ihrer Mitglieder materiell mit dieser Klasse verbunden sind. Ein radikaler Kurswechsel würde auch zu Erschütterungen führen, die das Gespenst eines Massenaufstandes heraufbeschwören. Letztendlich können die Stalinisten China keinen Weg nach vorn weisen, egal welches Gesicht sie zeigen. Ein internationalistisches revolutionäres Programm ist der einzige Ausweg für einen belagerten Arbeiterstaat. Das ist die Lehre, die man aus der Zerstörung der Sowjetunion ziehen muss. China hat letzten Endes nur die Wahl zwischen politischer Revolution und sozialer Konterrevolution. Stalinistische Autarkie wird das Unvermeidliche nur hinauszögern.

Weltweite Konflikte

China ist heute die führende Industriemacht der Welt. Beim Schiffbau ist seine Kapazität 232-mal so groß wie die der USA. Doch im Vergleich zu seiner handfesten wirtschaftlichen und militärischen Stärke ist der tatsächliche Einfluss Chinas auf das Weltgeschehen gering. Die Volksbefreiungsarmee (VBA) tritt bei den großen Konflikten der Welt nirgends in Erscheinung.

Die NATO beschuldigt China, Russlands Krieg in der Ukraine mit [sowohl zivil als auch militärisch nutzbarer] „Dual-Use“-Technologie zu unterstützen. In Wirklichkeit hat China nicht eine einzige Patrone oder Granate geschickt. Es hat Russland wirtschaftlich unterstützt, indem es die Sanktionen ausnutzte, um billiges Gas zu bekommen (und Moskau mit Autos zu überschwemmen). Aber Handel ist nicht dasselbe wie direkte Militärhilfe – die Selenskis Ukraine von den Amerikanern zuhauf erhalten hat. Wie es Chinas Vertreter im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit Blick auf die Dauer des Krieges ausdrückte: „Hätte China wirklich Russland militärische Ausrüstung geliefert, wäre die Situation auf dem Schlachtfeld nicht so, wie sie jetzt ist.“

Ähnliches lässt sich über Israels Völkermord in Gaza sagen. Im Unterschied zur Militärhilfe der Sowjetunion für die Palästinenser gibt es keine Raketen der VBA in den Händen von Hamas oder Hisbollah, sondern nur Forderungen nach einer Rückkehr zum „Völkerrecht“. Chinas mangelndes Engagement im Palästinakonflikt widerlegt sowohl die Behauptung, China sei eine imperialistische Macht, als auch, dass die KPCh eine antiimperialistische Kraft sei. Wäre eine dieser beiden Behauptungen wahr, würde China massiv intervenieren, um den Amerikanern einen Schlag zu versetzen. Unter revolutionärer internationalistischer Führung würde sich die Volksrepublik eine antiimperialistische Allianz mit den Arbeitern und Unterdrückten des Globalen Südens zum Ziel setzen. Palästinensische Kämpfer mit Dongfeng-Raketen und Drohnenschwärmen, die den Imperialisten im Nahen Osten einen Schlag versetzen, würden nicht nur ihre eigene Befreiung voranbringen, sondern auch die Fähigkeit der Imperialisten einschränken, China durch militärische Aufrüstung auf der ersten Inselkette abzuschnüren.

Taiwan

Dann gibt es noch Taiwan. Die Imperialisten haben zahllose Prognosen erstellt, wann und wie ein Krieg stattfinden könnte. Für die USA ist Taiwan eine Schachfigur, die zu wertvoll ist, um sie einfach aufzugeben. Militärisch ist es ein unsinkbarer Flugzeugträger gleich vor dem chinesischen Festland. Wirtschaftlich ist es ein Standort für die Herstellung der meisten hochentwickelten Halbleiter. Und besonders in politischer

Offener Brief an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

Folgender Brief wurde an die Ständige Vertretung der Volksrepublik China bei der UN übergeben.

1. Mai 2025

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor dem Hintergrund der anhaltenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Aggressionskampagne der Trump-Regierung tritt die Internationale Kommunistische Liga entschlossen für die Verteidigung der Volksrepublik China ein. Die imperialistische Aggression der USA gegen China ist nicht nur ein Dolch, der auf das chinesische Volk gerichtet ist, sondern auch eine Bedrohung für die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen des gesamten internationalen Proletariats.

Als authentische Trotzkisten sind wir der Überzeugung, dass es die Pflicht aller Kommunisten ist, sich den Angriffen der USA auf China entgegenzustellen und die Errungenschaften der Revolution von 1949 bedingungslos zu verteidigen. Auch wenn unsere Kräfte klein sind, sind wir fest entschlossen, für diese Sache zu kämpfen, von den imperialistischen Kernländern bis zu den Ländern des Globalen Südens.

Wir stehen heute an der Seite Chinas, so wie wir Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre mit aller Kraft gegen die Konterrevolutionen in der Sowjetunion und in Osteuropa gekämpft haben. Es ist von allergrößter Wichtigkeit, dass sich die Katastrophe, die die Sowjetunion ergriffen hat, in der VR China nicht wiederholt. Von diesem Standpunkt aus und aufgrund der Lehren aus unserer eigenen Erfahrung schreiben wir diesen Brief. In erster Linie sind wir besorgt darüber, dass die gegenwärtige Politik der Kommunistischen Partei Chinas die Fehler der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wiederholt.

1) Nur die internationale Arbeiterklasse kann China verteidigen

Wir sind der festen Überzeugung, dass die internationale Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker der Welt die einzigen wirklich zuverlässigen Verbündeten für die Verteidigung der VR China sind. Wir halten es für äußerst gefährlich, auch nur das geringste Vertrauen in die multilateralen internationalen Institutionen zu setzen, die von den USA geschaffen wurden und immer den kapitalistischen Interessen verpflichtet sein werden. Die europäischen Mächte, Japan und andere enge Verbündete der USA scheinen heute vielleicht eine kritische Haltung gegenüber der Trump-Regierung einzunehmen, aber auf Geheiß ihres Herrn werden sie strammstehen.

Was Russland und die Länder des Globalen Südens angeht, so mögen sie durchaus ein materielles Interesse an einer Stärkung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu China haben. Doch sie werden alle von kapitalistischen oder bürokratischen Cliquen regiert, die ihre eigenen reaktionären Interessen stets über die der Arbeiterklasse stellen werden. Wenn sie sich zwischen dem US-Imperialismus und dem Sozialismus entscheiden müssen, werden sie ersteren wählen. Die VR China darf sich keinesfalls auf diese unzuverlässigen Freunde verlassen. Sie muss auf die Arbeiter setzen.

Im Pazifik streben die Imperialisten danach, China einzukreisen, und zetteln Provokationen über Taiwan an. Wir müssen an die Arbeiter und Bauern der Region appellieren, eine antiimperialistische Einheitsfront zu bilden. Die Völker Ostasiens haben das gemeinsame Interesse, sich dem japanischen und westlichen Imperialismus zu widersetzen. Die VR China muss ein Leuchtfeuer der nationalen und sozialen Befreiung sein – das ist der beste Weg, um die reaktionären Pläne der USA zu durchkreuzen. Im Nahen Osten sollte die Volksrepublik China unserer Meinung nach sich nicht auf das „Völkerrecht" berufen, das schon immer das Recht von Banditen war, sondern eine tatkräftige Rolle bei der Unterstützung der Kämpfe der Völker spielen, sich von der imperialistischen Vorherrschaft zu befreien. Die VR China sollte dringend dem Kampf der Palästinenser weitreichende und umfassende materielle Unterstützung zukommen lassen. Solche konkreten Taten internationaler Solidarität sorgen mit Sicherheit dafür, Millionen von Anhängern in der gesamten muslimischen Welt zu gewinnen. Darüber hinaus würde ein Schlag gegen die US-Pläne in Westasien die Neuausrichtung der USA nach Ostasien entscheidend unterminieren.

Für die oben formulierten Empfehlungen erheben wir keinen Anspruch auf Urheberschaft. Vielmehr streben wir einfach

Hinsicht ist Taiwan bedeutend: einerseits ein Beispiel für chinesische „liberale Demokratie" als Moralkeule gegen die Stalinisten, andererseits eine Falle, um eine Invasion der VBA zu provozieren und damit die zerbrechliche Bürokratie zu erschüttern und der Konterrevolution den Weg zu ebnen.

Die KPCh ihrerseits will in der Taiwan-Frage insoweit keine roten Linien überschreiten, als sie ein Wachstum der chinesischen Wirtschaft im Rahmen der US-Ordnung will. Wenn jedoch Beijing (gegen den Willen der KPCh) aus der US-Ordnung rausgeschmissen wird, dann könnten die Aussichten auf einen Krieg um Taiwan steigen. Auch ein ernsthafter wirtschaftlicher Abschwung könnte Krieg zu einer attraktiveren Option für das Regime machen. Allerdings würde eine bewaffnete Wiedervereinigung nach dem KPCh-Modell „Ein Land, zwei Systeme" den Versuch bedeuten, Taiwan mit einem Programm zu erobern, das auf das Proletariat ***abschreckend wirkt*** und den Kapitalismus ***beibehält***, wodurch der Widerstand gegen die VR China auf die Spitze getrieben würde. Stattdessen würden Trotzkisten eine revolutionäre Wiedervereinigung anstreben durch eine Ausweitung der sozialen Revolution auf Taiwan, mit erweiterten demokratischen Freiheiten für die Arbeiterklasse, und eine politische Revolution auf dem Festland, bei der die Arbeiter die Zügel der Macht übernehmen.

danach, die von Lenin nach der Revolution von 1917 verfolgte Politik auf die heutigen Bedingungen anzuwenden. Seine Antwort auf imperialistische Einkreisung und konterrevolutionäre Drohungen bestand darin, die Komintern zu gründen und die Arbeiter aller Länder hinter der großen Sache der internationalen proletarischen Emanzipation zu versammeln.

2) Die größte Gefahr droht im eigenen Land

Wir dürfen nie vergessen, dass die Niederlage der Sowjetunion nicht mit Waffengewalt herbeigeführt wurde, sondern an inneren Fehlentwicklungen ihres Regimes lag. Die VR China hat riesige technologische, industrielle und militärische Fortschritte gemacht, die sie in die Lage versetzt haben, sich gegen die imperialistische Aggression zur Wehr zu setzen. An der Front im eigenen Land jedoch befindet sich die VR China in einer viel verwundbareren Position. In diesem Sinne stimmen wir der folgenden Warnung von Mao Zedong zu:

> „Die Imperialisten und die einheimischen Reaktionäre werden sich niemals mit ihrer Niederlage abfinden, sie werden noch bis zuletzt einen Verzweiflungskampf führen. Nachdem im ganzen Land Ruhe und Ordnung eingekehrt sind, werden sie immer noch mit allen Mitteln Sabotage treiben und Unruhe stiften, sie werden jeden Tag und jede Stunde Versuche unternehmen, ihre Macht in China wiederherzustellen. Das ist unausbleiblich, unterliegt keinem Zweifel, und wir dürfen keinesfalls in unserer Wachsamkeit nachlassen."
>
> – „Das chinesische Volk ist aufgestanden", 21. September 1949

Heute verfügt die Kapitalistenklasse in China über großen wirtschaftlichen und politischen Einfluss. Das Anwachsen dieser Klasse stellt eine unmittelbare Bedrohung für den Fortbestand der Volksrepublik dar. Ihre „Loyalitäts"-Bekundungen dürfen uns über eines nicht hinwegtäuschen: ***Sie wird versuchen, auf die Bühne zurückzukehren.*** Obendrein haben die kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse die Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Korruption in China verschärft. Dies hat zu einer Entfremdung des Proletariats geführt, des Rückgrats der VR China.

Gegen dieses wachsende Krebsgeschwür der inneren Spaltung sprechen wir uns für folgende Maßnahmen aus:

- Die einheimischen Kapitalisten sollten enteignet und die gesamte Industrie unter staatliche Kontrolle gestellt werden.
- Parteifunktionäre sollten nicht mehr verdienen als ein durchschnittlicher Arbeiter.
- Die Arbeiter müssen die demokratische Kontrolle über die Industrie und den Staat erhalten, bei voller Freiheit, ihre Ansichten und Differenzen zu äußern.

Um wirksam zu sein, dürfen sich diese Maßnahmen nicht auf nationale Autarkie stützen, sondern müssen Teil eines internationalen sozialistischen Aufbauplans sein. Die VR China sollte ihren Wirtschaftsplan mit den Bedürfnissen und Bestrebungen der Arbeiter des Globalen Südens koordinieren. Sie sollte dem US-Dollarsystem, das die Welt im Würgegriff hält, unmittelbar entgegentreten. Gleichzeitig ist es wichtig, den Arbeitern der imperialistischen Länder die Hand zu reichen und sie in ihren Kämpfen gegen unseren gemeinsamen Feind zu unterstützen. Die Gesamtheit dieser Maßnahmen wird die konterrevolutionären Kräfte im eigenen Land schwächen, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse stärken und den allgemeinen wirtschaftlichen Wohlstand fördern.

Abschließend müssen wir die nationale Frage innerhalb Chinas berühren. Ohne Zweifel sind die Imperialisten seit jeher bestrebt, sich des Nationalismus und Regionalismus zu bedienen, um die chinesische Nation zu unterjochen. Doch die Antwort auf die nationalen Bestrebungen der Uiguren und Tibeter darf nicht ihre Unterdrückung und Vereinnahmung sein. Eine solche Politik kann diese Völker nur in die Arme der Konterrevolution treiben. Wir müssen zu den Anfängen der KPCh zurückblicken, als sie für das Recht auf Selbstbestimmung eintrat. Lenin lehrte uns, dass die Einheit zwischen den Völkern nur durch die Bekämpfung jeder Form von nationaler Unterdrückung hergestellt werden kann. Nur durch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts kann eine echte sozialistische Einheit gegen den Imperialismus aufgebaut werden.

Natürlich werden unsere Vorschläge einen Kampf innerhalb der Partei und in der gesamten VR China erfordern. Aber wenn dieser Kampf sich auf die Kämpfe und Bestrebungen der Arbeiterklasse stützt, ist der Sieg gewiss. Das ist nicht nur der einzig richtige Weg, sondern der einzige Weg überhaupt.

Nieder mit dem US-Imperialismus!

Verteidigt die Volksrepublik China!

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Mit kommunistischen Grüßen

G. Perrault

Für das Internationale Sekretariat

Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)



Im Einklang mit Trumps Kriegstreiberei legt die Quisling-Bourgeoisie in Taiwan noch einmal nach und schiebt Influencer ab, die für eine Wiedervereinigung eintreten. Sie hat auch dem Bau mehrerer Chip-Fabriken von TSMC [Taiwan Semiconductor Manufacturing Company] in den USA zugestimmt. Die Arbeiter in Taiwan haben eindeutig Angst vor einem Krieg und daher den Wunsch, den Status quo beizubehalten. Doch dieser Status quo wird von den imperialen Oberherren der Insel in Stücke gerissen. Dadurch wird der Kampf gegen den US-Imperialismus zur vordringlichen Aufgabe, und den können weder die kapitalistischen Parteien Taiwans führen noch die Stalinisten, die den Kapitalismus beibehalten wollen und daher nach Bündnissen mit der Bourgeoisie dieser Insel streben. Nur ein proletarisch-revolutionärer Kampf gegen die amerikanische Vorherrschaft könnte die arbeitenden Massen mobilisieren. Dies wäre auch die wirksamste Methode, den Frieden in der Taiwanstraße zu sichern – werden die Amerikaner rausgeschmissen, gibt es für die VBA weniger Grund für eine Invasion.

Globaler Handel

Die gesamte Entwicklungsstrategie der KPCh basiert auf dem Export, von Nike-Schuhen in den 1990er-Jahren oder von selbst hergestellten Elektroautos heute. Dies bedeutet

Integration in den globalen Handel und Teilnahme daran mittels des Dollars. Seit vielen Jahrzehnten fließen Dollars chinesischer Exporteure zurück in die US-Staatskasse und finanzieren so Amerikas auf Verschuldung basierende Expansion durch Auspressung der chinesischen Arbeiterklasse. Gleichzeitig konnten dadurch die US-Kapitalisten ihre Industrie demontieren und das amerikanische Proletariat schwächen – ohne ein entsprechendes Einbrechen des Lebensstandards.

Chinas Handel mit den USA ist, anders als Xi Jinping behauptet, ***nicht*** „für beide Seiten vorteilhaft und eine Win-win-Situation" gewesen. China verwendet massive wirtschaftliche Ressourcen für den Export statt für den Konsum, sodass 900 Millionen Menschen in China mit weniger als 3000 Yuan im Monat (ca. 365 Euro) auskommen müssen. Jetzt noch mehr auf dieses Modell zu setzen, bedeutet selbst bei Hightech-Produkten, dass die chinesische Wirtschaft weitaus anfälliger für Zölle ist als der US-Imperialismus.

Seit 2013 versucht die Bürokratie unter Xi Jinping bewusst, von dieser Abhängigkeit vom US-Dollar wegzukommen. So kam es zur „Neuen Seidenstraße" (Belt and Road Initiative, BRI) und zur „Internationalisierung des Renminbi". Statt mehr US-Staatsanleihen zu kaufen, würde China Dollars für den Aufbau von Infrastruktur im Ausland verwenden und den Yuan anderen als Zahlungsmittel beim Handel aufdrängen. Das Problem ist, dass dies ohne einen politischen und wirtschaftlichen ***Bruch*** mit den Imperialisten nur auf zusätzliche Schritte beim Austausch von Dollars gegen Dollars hinausläuft.

Staatliche Kontrolle des Yuan ist für China zwar ein wichtiges Instrument zum Schutz seiner Wirtschaft, bedeutet aber auch, dass der Handel mit dem Yuan im Ausland hauptsächlich ein bilateraler Tauschhandel ist. Der Yuan ist immer noch weitgehend an den Dollar gekoppelt, um die Exporte am Laufen zu halten und sicherzustellen, dass China ein stabilisierender Faktor in der amerikanischen Ordnung ist. Während die BRICS-Staaten über „Entdollarisierung" schwadronieren, sind in Wirklichkeit alle ihre Währungen auf den Dollar angewiesen. Stattdessen sollte die Volksrepublik eine konvertierbare Währung einführen, die durch einen realen Wert, wie etwa Gold, gedeckt ist und dadurch weltweit in Umlauf kommt. Um eine mögliche Kapitalflucht aus China zu verhindern, sollte der Reichtum der einheimischen Kapitalisten unter Arbeiterkontrolle enteignet werden. Wenn es die Grundlage für ein alternatives Welthandelssystem gibt, das auf den Interessen des internationalen Proletariats basiert und wo globale Tauschgeschäfte außerhalb des Dollars stattfinden, würde das den US-Imperialismus unmittelbar unterminieren.





Zhu Wei/Xinhua

Eisenbahnbau in Malaysia, April 2023, Teil der Erweiterung der Neuen Seidenstraße. Das Vorhaben wurde trotz örtlicher Proteste durchgeführt

Ein solcher Bruch mit der US-Hegemonie erfordert einen Sieg über das Programm der KPCh-Bürokratie vom „Sozialismus in einem Land". Dabei geht es nicht um eine Rückkehr zur Autarkie und Armut der maoistischen Periode, sondern um einen Kampf für die internationale Ausweitung der sozialen Revolution. Damit meinen wir nicht, dass China die Revolution militärisch exportieren muss, sondern dass es eine Handels- und Außenpolitik im Interesse des internationalen Proletariats betreiben sollte – der bestmögliche Schutz für die Volksrepublik.

Im Gegensatz dazu wurden viele Projekte der Neuen Seidenstraße mit importierten chinesischen Arbeitern durchgeführt, oft zum Nachteil der örtlichen Arbeiterklasse. Wo diese Arbeiter nicht ausgeschlossen werden, wird ihre gewerkschaftliche Organisierung bei den BRI-Projekten im Ausland unterdrückt. Das schürt im Globalen Süden nationalistische Spannungen ***gegen*** China und macht es viel schwieriger, Arbeitern zu vermitteln, dass sie ein Interesse an Chinas Verteidigung haben.

Entwicklungspläne sollten im Interesse der ***globalen*** Arbeiterklasse erstellt werden. Im Augenblick führt Chinas Exportflut überall im Globalen Süden zu Deindustrialisierung. Tausende südafrikanische Stahlarbeiter sind nicht nur aufgrund drohender US-Zölle von Entlassungen bedroht, sondern auch durch Überkapazitäten in China. Stattdessen sollten unter gemeinsamer Kontrolle der Arbeiter beider Länder Produktionsquoten festgelegt werden. Anstatt einheimische Arbeiter auszuschließen, sollten chinesische Hersteller, die ins Ausland gehen, unter Kontrolle der VR China stehen und einheimische Arbeiter zu gewerkschaftlich organisierten Bedingungen einstellen. Diesen Arbeitern existenzsichernde Löhne zu zahlen würde die Imperialisten, zu deren Geschäftsmodell die Zahlung von Hungerlöhnen gehört, völlig aushebeln und der Volksrepublik Millionen

entschiedene Verteidiger bringen.

Hätten echte Bolschewiki das Sagen, würden die Arbeiter in Chinas ausländischen Fabriken eine politische Schulung erhalten mit dem Ziel, den proletarischen Kampf gegen den Imperialismus zu fördern. Da die Imperialisten versuchen, China aus dem Globalen Süden zu verdrängen, sollte sich die Volksrepublik bei der Verteidigung ihrer Fabriken auf die Arbeiter und nicht auf die wankelmütigen und schwachen örtlichen Bourgeoisien verlassen. Darüber hinaus würde die Industrialisierung des Globalen Südens Milliarden von Menschen aus der Armut holen und gleichzeitig das Konsumniveau und den Lebensstandard in China heben.

Wirtschaftliche Stagnation

Das akute Krisengefühl in China kommt daher, dass das Regime verstärkt auf das alte Wirtschaftsmodell setzt, das die Amerikaner gerade gegen die Wand fahren. Das erklärt das immer schnellere Stühlerücken im Zentralkomitee, bei dem die Minister für Verteidigung, Landwirtschaft und Technologie „diszipliniert“ worden sind. Ein weltweiter Konjunktureinbruch wäre zudem für die US-Imperialisten eine Gelegenheit, die Sanktionen gegen China massiv zu verschärfen. Die Ausschaltung chinesischer Billigimporte geht Hand in Hand mit dem Versuch einer Reindustrialisierung durch die Imperialisten im Westen.

Eine deutliche Abschwächung der Weltkonjunktur würde der Wirtschaft Chinas einen gewaltigen Schlag versetzen. Aber die Bürokratie kann sich Millionen arbeitslose Arbeiter nicht leisten, durch die ein weiteres Tiananmen wie 1989 drohen könnte. Die Wirtschaft würde wahrscheinlich in einen Zombie-Zustand versetzt werden, wo zur Weiterbeschäftigung der Menschen unproduktive Fabriken weitermachen. Wie der alte sowjetische Witz so schön sagt: „Sie tun so, als würden sie uns bezahlen, und wir tun so, als würden wir arbeiten“ (in China immerhin jede Woche 72 Stunden lang). Bereits jetzt werden, trotz abflauender Baukonjunktur, staatliche Industriebetriebe, die minderwertigen Stahl produzieren, am Laufen gehalten. Eine solche Stagnation à la Breschnew würde China im technologischen Wettlauf mit dem Westen weit zurückwerfen. Dies ist bereits im schwerfälligen Immobiliensektor der Fall, wo die Preise stabilisiert werden, indem ***staatseigene*** Immobilienfirmen bei ***staatlich geförderten*** Auktionen Grundstücke aufkaufen. Junge Leute sprechen bereits darüber, für das Regime sei es die „Garbage Time“: die letzten Minuten des Spiels, in denen kein Sieg mehr möglich ist.

Ein immer größerer Teil der Wirtschaft ist auf den staatlichen Sektor angewiesen. Ausländische Investitionen sind stark zurückgegangen, während gigantische Summen an staatlichen Krediten in Fabriken für Solarmodule und Elektrofahrzeuge gesteckt werden. Dies enthält natürlich ein sehr fortschrittliches Element. Massenelektrifizierung und -automatisierung könnten heißen: erheblicher Anstieg des Lebensstandards und rasche Verkürzung der Arbeitszeit. Ressourcen könnten für soziale Belange eingesetzt werden, um die „Riesenberge“ zu überwinden und damit die Aufgaben im Gesundheits- und Bildungswesen und zunehmend auch in der Altenpflege zu bewältigen.

Aber durch die Herrschaft der KPCh-Parasiten wird die Wirtschaftsplanung verzerrt und die Arbeiter kommen nicht in den Genuss der Früchte ihrer Arbeit. Solarparks blieben jahrelang vom Stromnetz abgekoppelt, während kleinkarierte Provinzbürokraten es vorzogen, Kraftwerke zur Verfeuerung heimischer Kohle zu bauen. Zwanzig Millionen Elektroautos können jährlich produziert werden, doch der durchschnittliche Arbeiter kann sich kaum eines leisten. Die staatliche Wirtschaft muss unter die Kontrolle durch eine Arbeiterregierung gebracht werden, die im Interesse der Massen und nicht der Bürokraten handelt.

Die Bürokratenkaste lähmt ihre eigene Fähigkeit zur Planung, indem sie Wirtschaftsdaten löscht oder verschleiert. Mit diesem Vernichtungsprogramm gegen Statistiken wird Karrieristen die Möglichkeit gegeben, Zahlen zu fälschen, aufzusteigen und zu verbergen, wie viel Produktion für ihre Privatinteressen abgezapft wird. Währenddessen verlangt Beijing weiterhin ein extrem hohes Wachstumstempo, was den Bürokraten Prestige und Legitimität verleiht. Damit bleibt es bei den unverschämten Überkapazitäten und der verschwenderischen Produktion, nur um die Vorgabe beim BIP zu erfüllen. Das Tempo bei den Investitionen für den Export muss gedrosselt werden. Überschüssige Kapazitäten sollten auf andere gesellschaftliche Erfordernisse neu ausgerichtet werden und darauf, die Preise drastisch zu senken und Arbeitern ein besseres Leben zu ermöglichen.

Damit die Volksrepublik den Zusammenbruch der amerikanischen Weltordnung überstehen kann, muss der „Sozialismus chinesischer Prägung“ der KPCh ***weggeräumt*** werden. Dieser Pakt mit dem Teufel schien der chinesischen Wirtschaft in den letzten 40 Jahren immense Erfolge gebracht zu haben. In Wirklichkeit wurde damit die verfallende amerikanische Ordnung gestützt und es den Imperialisten ermöglicht, durch die Versklavung des Weltproletariats über ihre Verhältnisse zu leben. Nun verwerfen die Teufel in Washington diesen Deal. Aber die Bürokraten in Beijing sind so borniert zu glauben, dass ihre Strategie, im Grunde nichts zu tun, zum Sieg (!!) führt. Nein. Die chinesische Wirtschaft ist weitaus anfälliger für eine Strangulierung durch den Imperialismus als umgekehrt. Es ist die Aufgabe von Revolutionären, durch eine Ausweitung der Kräfte des Sozialismus auf der Weltbühne dafür zu sorgen, dass die Volksrepublik ihre Verwundbarkeit in den kommenden Krisen minimiert. Es bleibt nur wenig Zeit. ■

Nationale Unterdrückung in China



Ürümqi, Mai 2014: Paramilitärische Kräfte greifen „ohne Gnade" gegen Uiguren durch. Xi Jinping (Nebenbild) wird 2017 auf dem KPCh-Kongress begrüßt, während das Regime Masseninternierungen in Xinjiang durchführt

Ng Han Guan/AP (Nebenbild), Zhang Hao/China Photo

von Ray Bishop

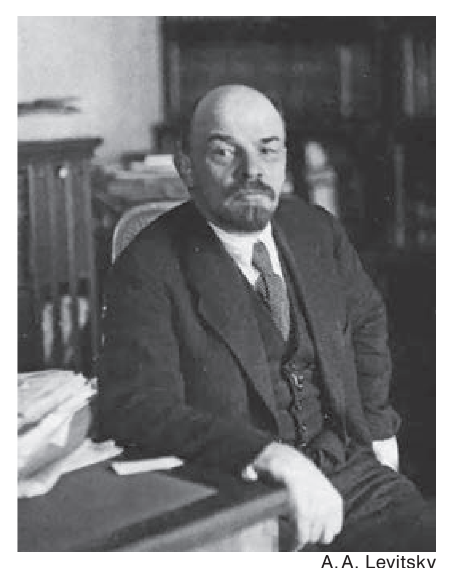
Es ist noch gar nicht so lange her, dass der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) von den USA und ihren Verbündeten wegen der Masseninternierung von Uiguren und anderen Muslimen in Xinjiang Völkermord vorgeworfen wurde. Das Regime von Xi Jinping schlug zurück und verteidigte sein hartes Durchgreifen – bei dem Menschen wegen der Länge ihrer Bärte oder wegen zu inbrünstiger Gebete mit den Behörden in Konflikt geraten konnten – als notwendig für Chinas Einheit und die Verteidigung gegen separatistische „Extremisten".

Seitdem haben die Imperialisten ihr Scheinwerferlicht weniger auf Xinjiang gerichtet. Stattdessen konzentrieren sie ihre antichinesischen Bemühungen auf die militärische Aufrüstung und den von Trumps Weißem Haus angezettelten Handelskrieg. Die chinesischen Stalinisten ihrerseits haben den Sieg über das „Spaltertum" verkündet. Die Internierungslager, die sie als „Umerziehungs"- und „Ausbildungs"-Zentren ausgegeben haben, werden geschlossen. In Xinjiang ist scheinbar Ruhe eingekehrt, und die Regierung ermutigt sogar Touristen, die Provinz zu besuchen. Das China der Arbeiter und Bauern, das aus der Revolution von 1949 hervorgegangen ist, sei in Sicherheit, erklärt die KPCh, und der Weg zum „gemeinsamen Wohlstand" sei frei.

Dieser „chinesische Traum" ist eine völlige Illusion. Die Maßnahmen des Regimes in Xinjiang, die auf früheren Methoden in Tibet aufbauen, sind Teil eines ganzen Programms von ***Zwangssinisierung***. Dies ist eine tödliche Gefahr nicht nur für Chinas Minderheiten, sondern für die Volksrepublik (VR China) überhaupt. Von den Internierungslagern bis zu den Schulen, wo der Unterricht in den Sprachen der Minderheiten abgeschafft wird, hat die KPCh-Führung ein Pulverfass aus Verbitterung und Hass unter Völkern geschaffen, die ihre Unterdrückung niemals akzeptieren werden. Das ist ein wertvolles Geschenk an die Imperialisten, die das Anliegen der Befreiung der Uiguren und Tibeter als Mittel einsetzen, um die VR China zu schwächen und zu unterwerfen.

Die marxistische Linke hat sich auf die eine oder andere Seite der von der KPCh gezogenen Linie geschlagen. Die britische Socialist Workers Party (SWP), das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI, in Deutschland Sol) und die Internationale Sozialistische Alternative (ISA, in Deutschland SAV) haben die Unterdrückung in Xinjiang verurteilt, grei-

Für ein unabhängiges sozialistisches Xinjiang! Vereinigt euch gegen Imperialismus! Verteidigt China!



A. A. Levitsky



Timur Kocaoğlu

Links: W. I. Lenin, November 1921. Rechts: Drei Monate zuvor, als sich revolutionärer Kampf in Zentralasien ausbreitete, tagte der Kongress der Sowjetischen Volksrepublik Buchara (im heutigen Usbekistan). Transparente grüßen Komintern und bucharische Kommunisten und feiern das nationale Heimatland

fen aber zur konterrevolutionären „Demokratie" als Antwort. Andere, wie die US-amerikanische Workers World Party, die Party for Socialism and Liberation und die in Britannien ansässigen „Friends of Socialist China", haben die Stalinisten in Beijing für den Sieg über die „terroristische" Bedrohung bejubelt. Keine der beiden Seiten bietet eine Möglichkeit, Chinas Arbeiter, Bauern und nationale Minderheiten gegen Imperialismus und Konterrevolution zu verteidigen.

Die KPCh verkauft ihre chauvinistische Kampagne als notwendig für die innere Stabilität und die nationale Einheit gegen imperialistische Bedrohungen. Genau das Gegenteil wird erreicht. Indem die KPCh bei den Arbeitern und Bauern eine Mauer der Feindschaft zwischen den Han und den Minderheiten errichtet, spaltet sie die Bevölkerung, die gerade im Kampf gegen Imperialismus und Konterrevolution vereint sein muss. Die Aufgabe von Kommunisten ist es, eine antiimperialistische Einheit zwischen Han-Arbeitern und Chinas nationalen Minderheiten zu schmieden und auf gemeinsamer Grundlage einen Kampf zu führen zum Sturz der KPCh-Parasiten und zur Eroberung der Macht im eigenen Namen.

Zu dem Programm dafür, dessen Entwicklung mit diesem Artikel begonnen werden soll, gehört auch die Forderung nach einem unabhängigen sozialistischen Xinjiang. Damit schlagen wir keinen neuen Weg ein. Vielmehr kehren wir auf den Weg zurück, auf dem die Kommunistische Internationale zur Zeit von W. I. Lenin, und auch die frühe KPCh, vorangegangen ist und den die Vierte Internationale von Leo Trotzki fortgesetzt hat. Dies ist der notwendige Ausgangspunkt für Marxisten.

Von Lenins Internationalismus zu Stalins Chauvinismus

Dass die Bolschewiki im zaristischen „Völkergefängnis" für die Selbstbestimmung eintraten, war entscheidend für den Erfolg der Oktoberrevolution von 1917. Das müssen selbst die härtesten Antikommunisten unter den Historikern zugeben. Was sie jedoch selten anerkennen, ist die Weiterführung dieses Kampfes in der Verfassung, mit der die UdSSR gegründet wurde. In dem 1923 verfassten und im Januar 1924 verabschiedeten Dokument wurde das Selbstbestimmungsrecht der Teilrepubliken verankert, und zwar als Teil des Kampfes für die Weltrevolution. In der Verfassung wurde erklärt,

> „dass jeder Republik das Recht des freien Austritts aus der Union gesichert ist, dass der Zutritt zu der Union allen sozialistischen Sowjetrepubliken offensteht, sowohl den bestehenden als auch denen, die in Zukunft entstehen werden, dass der neue Unionsstaat eine würdige Krönung der bereits im Oktober 1917 geschaffenen Grundlagen friedlichen Zusammenlebens und brüderlicher Zusammenarbeit der Völker sein wird, dass er ein sicheres Bollwerk gegen den Weltkapitalismus und ein neuer entscheidender Schritt auf dem Wege der Vereinigung der Werktätigen aller Länder zur sozialistischen Weltrepublik der Sowjets sein wird."

Ende 1922 hatte Lenin einen erbitterten Kampf gegen die niederträchtige Misshandlung der georgischen Bolschewiki durch J.W. Stalin und dessen Gefolgsleute in der Parteiführung geführt. Gerade wegen dieses Kampfes bestand Lenin darauf, dass in der UdSSR das Recht auf Abtrennung garantiert wird. Gleichzeitig schrieb die neue Verfassung ein hohes Maß an Zentralisierung vor, insbesondere um den Erfordernissen der sowjetischen Wirtschaft gerecht zu werden. Damit verkörperte sie einen Widerspruch zwischen der Notwendigkeit des Zentralismus und den Forderungen nach nationaler Entwicklung für die nicht-russischen Völker.

Durch Sowjetdemokratie und revolutionären Internationalismus hatten Lenins Bolschewiki die Mittel, um die aus diesem Konflikt entstehenden Streitfragen auf fortschrittliche Weise lösen zu können. Doch die Parteibürokratie unter Stalin sollte diese beiden Prinzipien bald begraben, nachdem sie seit Ende 1923 die politische Macht an sich gerissen hatte. Was dies für nationale Minderheiten bedeutete, beschrieb Trotzki in *Verratene Revolution* (1936), seiner Analyse der Degeneration des Arbeiterstaates. Er stellte fest: „Das Streben nach kultureller Autonomie und der Zwang zum wirtschaftlichen Zentralismus geraten daher von Zeit zu Zeit miteinander in Konflikt", dieser Gegensatz sei aber „keineswegs unüberbrückbar". Trotzki fuhr fort:

> „Gibt es zu seiner Lösung auch keine fertige Formel und kann es eine solche auch gar nicht geben, so gibt es doch den geschmeidigen Willen der interessierten Massen selbst:

„Die gleiche bonapartistische Reaktion, die die Ukraine erwürgt, erdrosselt auch die gesamte UdSSR und untergräbt deren Verteidigungsfähigkeit…

Die nationalrevolutionäre ukrainische Bewegung ist ein wesentlicher Teil jener mächtigen revolutionären Woge, die sich in Molekülen schon jetzt unter der Kruste der triumphierenden Reaktion zu bewegen beginnt. Deshalb sagen wir: Lang lebe die unabhängige Sowjetukraine!"

– Leo Trotzki, „Demokratische Feudalisten und die Unabhängigkeit der Ukraine", 5. August 1939



> nur ihre tätige Teilnahme an der Bestimmung ihres eigenen Geschicks vermag in jeder neuen Etappe den notwendigen Trennungsstrich zwischen den rechtmäßigen Anforderungen des wirtschaftlichen Zentralismus und den Lebensansprüchen der nationalen Kulturen zu ziehen. Das Unglück ist aber, dass in der UdSSR der Wille der Bevölkerung in all ihren nationalen Bestandteilen heute ganz und gar dem Willen der Bürokratie untergeordnet ist, die sowohl an die Wirtschaft wie an die Kultur vom Standpunkt der Bequemlichkeit für die Leitung und der spezifischen Interessen der herrschenden Schicht herantritt."

Trotzki räumte ein: „Allerdings leistet die Sowjetbürokratie auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik wie auf dem der Wirtschaft weiterhin eine gewisse progressive Arbeit, auch wenn die dadurch entstehenden Unkosten unverhältnismäßig hoch sind." Dies war sicherlich der Fall in rückständigeren Gebieten wie Zentralasien, wo die Ausweitung der sowjetischen Herrschaft zu einer Blüte der nationalen Entwicklung bei Kasachen, Usbeken und anderen führte. In *Uyghur Nation: Reform and Revolution on the Russia-China Frontier* (Harvard University Press, 2016) dokumentiert David Brophy, wie die in diesem Gebiet lebenden Uiguren zum ersten Mal ein nationales Bewusstsein entwickelten, wobei viele von ihnen zu Kommunisten wurden. Diese Entwicklung stärkte die Verbindungen zwischen Uiguren, Kasachen und Kirgisen in der UdSSR und ihren Brüdern in Xinjiang.

Das Kernproblem blieb jedoch ungelöst. Die einzige Grundlage für die endgültige Überwindung der nationalen Spaltung und die freiwillige Verschmelzung der Völker ist die Beseitigung des Mangels. Dies erfordert den Umsturz der kapitalistischen Herrschaft auf internationaler Ebene und die Entwicklung einer globalen sozialistischen Wirtschaft. Doch von der ehemaligen UdSSR bis zum heutigen China streben die herrschenden Bürokratien einen Ausgleich mit den Imperialisten an und nicht deren Sturz, der ihre eigene privilegierte Stellung gefährden würde. Infolgedessen verwalten diese Regime den Mangel in ihrer Gesellschaft so, dass sie die jeweils dominierende Nationalität begünstigen und gleichzeitig das Beste für sich und ihre Familien herausholen.

Unter Stalin und seinen Nachfolgern verlor das in der sowjetischen Verfassung garantierte Selbstbestimmungsrecht jede Bedeutung. Neben anderen sozialen Missständen schürte der großrussische Chauvinismus der Bürokratie besonders in den baltischen Republiken der UdSSR und in Osteuropa nationale Ressentiments, die von den Imperialisten während des Kalten Krieges aufgegriffen wurden. Viele Hardliner unter den russischen Stalinisten schlossen sich ihrerseits in den späten 1980er-Jahren mit ausgesprochenen Faschisten zur „rot-braunen Koalition" zusammen.

Um die Nationalisten auf allen Seiten zu besiegen, war eine revolutionäre Avantgarde erforderlich, die sich an die Spitze der unterdrückten nationalen Minderheiten stellt, um sie mit der Masse der sowjetischen Arbeiter in einem Kampf um die politische Macht und im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus zu vereinigen. Wir, die IKL, haben uns mit dieser Frage auf unserer Achten Internationalen Konferenz im Jahr 2023 auseinandergesetzt. Wir griffen Trotzkis Forderung nach einer unabhängigen Sowjetukraine wieder auf, die er am Vorabend des Zweiten Weltkriegs aufgestellt hatte, um Unterstützer zu gewinnen für eine politische Revolution in der UdSSR und eine sozialistische Revolution in den kapitalistischen Staaten, wo Ukrainer eine nationale Minderheit sind. Das wurde von seinen Grundzügen her in einem der Konferenzdokumente der IKL auf das heutige China angewandt:

> „Das programmatische Herangehen Trotzkis wird dringend benötigt für eine Intervention, die Tibeter und Uiguren mit ihrem nationalen Groll von den Reaktionären wegzubringen und zur mächtigen Strömung der proletarischen Opposition gegen die stalinistische Herrschaft hinzuführen, wobei das





RGASPI



Dictionary of Mongolian History

KPCh-Führer Chen Duxiu (links) zog sich den Zorn von Sun Yat-sen zu, weil er die Unabhängigkeit der Mongolei unterstützte, die 1921 durch den Sieg der sowjetischen und mongolischen Armeen (rechts) herbeigeführt wurde

> Eintreten für das Recht auf Selbstbestimmung ein Hebel zur politischen Revolution ist, welche die Errungenschaften der Revolution von 1949 verteidigen und ausweiten muss."
>
> – „Zur Verteidigung der permanenten Revolution – Für kommunistische Führung des antiimperialistischen Kampfes!", *Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 34, Dezember 2023

Mit diesem Dokument korrigierten wir die seit vielen Jahren währende Entstellung der permanenten Revolution durch unsere Tendenz. In ähnlicher Weise ist die Anwendung auf China eine Korrektur unserer Artikel „Der ethnische Konflikt in Xinjiang und die Widersprüche des deformierten Arbeiterstaats China" (*Spartakist* Nr. 180, November 2009) und „‚Freies Tibet': Schlachtruf für Konterrevolution in China" (*Spartakist* Nr. 134, Winter 1998/99), die beide den Kampf für Selbstbestimmung als einen entscheidenden Teil des Programms für eine politische Revolution in China ablehnten.

Uigurische Nation: Fakten gegen Fiktives

China, dessen Bevölkerung zu mehr als 90 Prozent aus Han besteht, unterscheidet sich von der ehemaligen UdSSR, wo die Russen kaum die Hälfte der Bevölkerung stellten. Außerdem war China vor seiner Revolution kein schwaches imperialistisches Land, sondern ein Land, das von den Briten, Amerikanern, Japanern und anderen Mächten zerstückelt und unterjocht wurde. Die Aufgabe von nationaler Vereinigung und Befreiung vom Imperialismus, eine treibende Kraft in jeder von Chinas Revolutionen, wurde erst mit der Zerschlagung der kapitalistischen Herrschaft im Jahr 1949 erreicht. Dennoch gilt für China die gleiche Lehre wie für die Sowjetunion: Wenn Marxisten nicht die Befreiung der nationalen Minderheiten auf ihr Banner schreiben, dann werden es die Imperialisten und Reaktionäre tun.

Die Entwicklung eines marxistischen Programms für Xinjiang beginnt mit einem materialistischen Verständnis der uigurischen Frage. Im Juli 2019 veröffentlichte das Informationsbüro des Beijinger Staatsrats ein Papier mit dem Titel „Historische Angelegenheiten Xinjiang betreffend", um sein hartes Durchgreifen zu verteidigen. Darin wird behauptet, „die verschiedenen ethnischen Gruppen in Xinjiang gehören seit langem zur chinesischen Nation" und die uigurische Identität „entstand durch einen langen Prozess von Migration und Integration; sie gehört zur chinesischen Nation". Dies ist reiner Betrug.

Seit es das Volk der Uiguren gibt, steht es weniger als die Hälfte dieser Zeit unter chinesischer Herrschaft. Kulturell verwurzelt in dem historisch als Turkestan bekannten Gebiet, gerieten die Uiguren unter die Kontrolle der Han-, Tang-, Yuan- (Mongolen-) und schließlich der Qing- (Mandschu-)Dynastie – mit großen Zeitabständen dazwischen –, als diese Reiche ihre größte geografische Ausdehnung erreichten. Selbst dann übte das kaiserliche China allenfalls eine schwache Kontrolle aus. Nachdem die Tang-Herrscher selbst diese im achten Jahrhundert verloren hatten, „sollte es fast genau eintausend Jahre lang keine direkte Herrschaft eines Staates in China über Xinjiang geben" (James Millward, *Eurasian Crossroads: A History of Xinjiang*, Columbia University Press, 2007). Der Name – Xinjiang, d.h. Neue Grenze –, den die Qing der Region gaben, zeigt gerade, wie unchinesisch sie ist.

Seit die Revolution von 1911 die heruntergekommene Qing-Herrschaft stürzte, haben bürgerliche Nationalisten darauf bestanden, dass für Chinas Vereinigung und seine Fähigkeit, sich gegen die Imperialisten zu wehren, die Zugehörigkeit nationaler Minderheiten zu einem einzigen Staat unter Führung der „fortschrittlicheren" Han notwendig ist. Mit einigen geringfügigen Abweichungen ist diese Vorstellung auch in der stalinistischen Ideologie verankert. Dieser Sichtweise liegt der Mythos zugrunde, dass fünf Völker – Han, Mandschu, Mongolen, Tibeter und Hui (wie alle Muslime ursprünglich genannt wurden) – eine gemeinsame Geschichte von Tausenden von Jahren haben, die auf ihre Verschmelzung zu einer einzigen Nation hindeute.

Sun Yat-sen, Gründer der bürgerlich-nationalistischen Guomindang, wollte keine andere Grenzziehung akzeptieren als die von den Qing festgelegte. Es war in Ordnung, den nationalen Minderheiten Autonomie zu gewähren. Doch als die Mongolen die Gelegenheit ergriffen, die sich ihnen durch den Sturz der Mandschu bot, um 1912 ihre Unabhängigkeit zu erklären (ebenso wie die Tibeter), rief Sun zu den Waffen, um die Rebellion niederzuschlagen, und verschärfte bald das

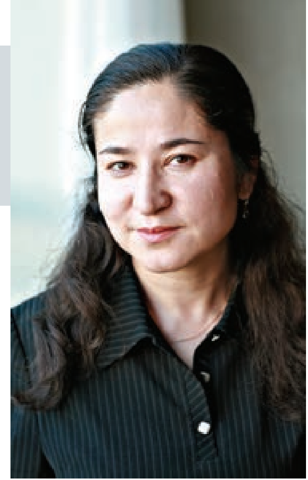
Programm des chinesischen Nationalismus zu einem Programm der Zwangsassimilation.

Wie die KPCh han-chauvinistisch wurde

Durch die Oktoberrevolution lernten chinesische Revolutionäre, dass die Freiheit der unterdrückten Minderheiten nicht im Gegensatz zu Chinas eigener Befreiung steht. Im Gegenteil, diese Kämpfe mussten als Teile einer Weltrevolution gegen den Imperialismus miteinander verbunden werden. Diese Perspektive beflügelte die frühe KPCh unter der Führung von Chen Duxiu. Das 1922 auf dem zweiten Parteitag verabschiedete Manifest forderte „die Erreichung einer echten demokratischen Republik durch die Befreiung der Mongolei, Tibets und Sinkiangs [Xinjiangs]" und deren freie Föderation mit China (zitiert in *A Documentary History of Chinese Communism*, Harvard University Press, 1966). Diese und andere demokratische Forderungen, hieß es weiter, „liegen alle im Interesse der Arbeiter, Bauern und des Kleinbürgertums und sind Voraussetzung für ihre Befreiung von ihrer gegenwärtigen Unterdrückung".

Die KPCh wurde auf die Probe gestellt, als sowjetische Truppen 1921 in die Mongolei einmarschierten, um eine Armee der konterrevolutionären Weißen zu verfolgen, die dorthin geflohen war. Die Rote Armee verbündete sich mit der nationalistischen Mongolischen Volkspartei und schlug die Weißen in die Flucht, was zur nationalen Unabhängigkeit der Mongolei führte. Die KPCh unterstützte die sowjetische Intervention und die Loslösung der Mongolei von der chinesischen Herrschaft, gegen den entschiedenen Widerstand von Sun Yat-sen. Die Guomindang beschuldigte die KPCh später des Hochverrats, weil sie die mongolische Unabhängigkeit unterstützte.

Bis Mitte der 1930er-Jahre hielt die KPCh an der Forderung nach Selbstbestimmung fest. Im Jahr 1927 war die Zweite Chinesische Revolution durch die Truppen von Chiang Kai-shek blutig niedergeschlagen worden, eine Tragödie, die durch die Auflösung der Kommunisten in die bürgerlich-nationalistische Guomindang vorbereitet worden war. Nach dieser historischen Niederlage verwandelte sich die KPCh in eine hauptsächlich aus Bauern bestehende Guerillaarmee, die über einen Landstrich namens Jiangxi-Sowjet die Kontrolle gewann. Doch mit dem Beginn der Volksfrontpolitik der stalinistischen Komintern im Jahr 1935 änderten sich die Dinge erneut radikal. Die Kommunistischen Parteien wurden nun angewiesen, politische Bündnisse mit „fortschrittlichen" bürgerlichen Parteien zu suchen, die sich angeblich zur Sowjetunion freundschaftlich verhielten. In China bemühte sich die KPCh pflichtgemäß um ein Bündnis mit Chiang für den Widerstand gegen die japanische Besatzung.


Rahile Dawut, Anthropologin und KPCh-Mitglied, verbüßt lebenslange Haftstrafe wegen „Spaltertums"

Lisa Ross

Für Kommunisten war es tatsächlich notwendig, eine Einheitsfront gegen die Besatzung zu bilden und der Guomindang die Führung des nationalen Befreiungskampfes zu entreißen. Doch die Politik der KPCh unter Mao Zedong war die Negation einer solchen antiimperialistischen Einheitsfront. Um die „nationale Bourgeoisie" einzubeziehen, machte die Partei bei Enteignungen eine Ausnahme für „patriotische" Großgrundbesitzer, ein Verrat an ihrer bäuerlichen Basis. Ebenso gab sie ihr früheres Eintreten für Selbstbestimmung auf, das zu einer Last für sie geworden war.

Trotz bisweilen gegenteiliger Äußerungen sprachen sich die chinesischen Kommunisten nun gemeinsam mit den Nationalisten der Guomindang gegen jede Abspaltung von China aus. Mao machte dies in der Schrift „Über die Koalitionsregierung" (April 1945) deutlich, die eine Liste programmatischer Forderungen enthält, unter anderem: „die Stellung der nationalen Minderheiten im Land verbessern; allen nationalen Minderheiten das Recht auf nationale Autonomie gewähren". In den Worten eines Experten: Für Mao wie für Sun und Chiang „galt das Prinzip der Selbstbestimmung nur für die evolutionär fitte und historisch dynamische Han-Mehrheit" (James Leibold, *Reconfiguring Chinese Nationalism: How the Qing Frontier and Its Indigenes Became Chinese*, Palgrave Macmillan, 2007).


Bettmann

Mao Zedong mit Chiang Kai-shek, Januar 1946. In ihrem Streben nach Bündnis mit der „nationalen Bourgeoisie" lehnte KPCh das Selbstbestimmungsrecht für nationale Minderheiten ab und setzte diese Position nach der Machtübernahme 1949 durch

Revolution und Unterdrückung in Xinjiang

Chiang war jedoch viel mehr daran interessiert, die Kommunisten zu bekämpfen, als gegen die japanischen Besatzer vorzugehen, und nach Japans Niederlage im Zweiten Weltkrieg ging der Bürgerkrieg weiter. Das Ergebnis war der völlige Zusammenbruch der Guomindang, die nach Taiwan flüchtete. Aber die KPCh hielt an ihrer chauvinistischen Position fest, als sie 1949 die Macht übernahm und die Herrschaft einer stalinistischen Bürokratie einleitete, die sich dem „Sozialismus" im eigenen Land, und nur im eigenen Land, verschrieben hatte.

Die folgende Anekdote aus *Central Asia* von Adeeb Khalid

(Princeton University Press, 2021) sagt alles. Es geht um ein Treffen zwischen Mao und Anastas Mikojan, den Stalin geschickt hatte, im Hauptquartier der Volksbefreiungsarmee (VBA) kurz vor ihrem endgültigen Sieg. Khalid zitiert aus Mikojans eigenem Memorandum und schreibt:

> „Mikojan schlug vor, die KPCh solle ‚in der nationalen Frage nicht über die Stränge schlagen, indem sie nationalen Minderheiten die Unabhängigkeit gewährt und dadurch das chinesische Staatsgebiet verkleinert‘. Er gab damit Stalins Präferenz weiter, dass die Lösung der ‚nationalen Frage‘ umfassenderen politischen Zielen untergeordnet werden sollte. Mao brauchte das nicht gesagt zu werden. ‚Mao Zedong war froh, diesen Ratschlag zu hören‘, notierte Mikojan, ‚aber man konnte an seinem Gesicht ablesen, dass er nicht die Absicht hatte, irgendjemandem die Unabhängigkeit zu geben‘.“

Innerhalb eines Jahres nach dem Einmarsch in Beijing hatte die VBA die Kontrolle über Xinjiang und Tibet übernommen. Das schuf die Grundlage für große revolutionäre Veränderungen, allerdings innerhalb der strengen Grenzen des stalinistischen Nationalismus. Die sozialen Errungenschaften für Uiguren, Kasachen, Tibeter und andere waren riesig, von massenhafter Alphabetisierung und Gesundheitsversorgung bis zur Agrarrevolution. Die KPCh förderte das Verlagswesen und die Ausbildung in den Sprachen der Minderheiten, viele dieser Sprachen wurden zum ersten Mal niedergeschrieben. Doch all diese Fortschritte wurden von Parteisekretären überwacht, die von der Zentralregierung handverlesen wurden und jede unabhängige Äußerung des Willens der Massen unterdrückten.

Das neue Regime förderte auch die massenhafte Einwanderung von Han nach Xinjiang, um das Übergewicht der nationalen Minderheiten zu verringern. Dieser Bevölkerungstransfer erfolgte hauptsächlich über das Xinjiang Produktions- und Aufbau-Korps, eine paramilitärische Organisation, die direkt der Zentralregierung unterstellt ist. Das ursprünglich aus demobilisierten VBA-Truppen bestehende Korps, das ein Fünftel des BIP von Xinjiang erwirtschaftet, ist nach wie vor überwiegend aus Han zusammengesetzt.

In der 1954 verabschiedeten Verfassung der Volksrepublik wurde der untergeordnete Status der nationalen Minderheiten festgeschrieben. Hier wurde festgelegt, dass die Innere Mongolei, Tibet und Xinjiang autonome Regionen waren und keine föderativen Republiken, wie es in der UdSSR vorgegeben war. Die Verfassung verbot zwar die Diskriminierung von Minderheiten und erklärte, dass sie ihre Sprachen frei verwenden und ihre Bräuche bewahren durften, aber sie stellte auch ganz klar: „Die national autonomen Gebiete sind unabtrennbare Bestandteile der Volksrepublik China.“

Als Deckmantel für ihren Han-Chauvinismus listete die Regierung 56 nationale und ethnische Gruppen (Minzu) auf, aus denen sich Chinas Bevölkerung zusammensetzt. Es mag ökumenisch erscheinen, dass die Stalinisten jede Minderheit, die sie finden (oder erfinden) konnten, mit den Han auf eine Stufe stellten. In Wirklichkeit war dies eine Rechtfertigung für die Ablehnung der Selbstbestimmung. Das Etikett „Minzu“ wurde allen aufgedrückt, von den Bergvölkern, die seit Jahrtausenden unter chinesischer Herrschaft standen, bis hin zu den Völkern in Xinjiang, der Inneren Mongolei und Tibet, die ihre eigenen Kulturen und gesellschaftspolitischen Systeme entwickelt hatten, also die Grundlage für ihre Selbstbestimmung. Doch als Minzu wurde ihnen nur das „Recht“ zugestanden, sich dem langen Marsch der Assimilierung an die eine, Han-dominierte, chinesische Nation anzuschließen.

Die KPCh appelliert an die tiefsitzende Sensibilität der Massen, dass jede Form von Separatismus die nationale Einigung, eine historische Errungenschaft der Revolution von 1949, zunichtemachen würde und dem imperialistischen Feind Tür und Tor öffnet. Aber gerade das Programm der Stalinisten spaltet die Massen, schwächt ihre Fähigkeit, gegen den Imperialismus zu kämpfen, und droht ständig das Land zu zerreißen. Genau das hat sich in Xinjiang abgespielt.

Das Pulverfass vollstopfen

Seit 1949 hat sich die Autonomie für die nationalen Minderheiten als ein Schwindel erwiesen und die bürokratische Faust als die Realität. Das war besonders während



Andy Wong/AP



Kyodo

Wem glaubst du, der KPCh oder deinen trügerischen Augen? Links: Delegierte von Minderheiten vor Nationalem Volkskongress 2023, Beijing. Rechts: Uiguren bieten Polizei in Ürümqi die Stirn, Juli 2009. Nationale Unterdrückung spaltet Massen zwischen Han und Minderheiten, untergräbt Verteidigung des Arbeiterstaates

der Kulturrevolution der Fall, als maoistische Kader ihre Versuche, die Bevölkerung der Minderheiten zu sinisieren, als Mittel zur Zerstörung „feudalistischer“ Hindernisse darstellten. Diese Kampagne warf die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung ungemein zurück.

Nachdem die Kulturrevolution abgeflaut und Mao gestorben war, lockerte Deng Xiaoping die Maßnahmen gegen Minderheiten, um ihnen Marktreformen schmackhaft zu machen. Doch dies war nur eine Phase in der bonapartistischen Herrschaft Beijings. Die zugrundeliegenden Spannungen blieben bestehen und drohten bei der nächsten Wendung der Ereignisse aufzubrechen.

Das geschah beim Zusammenbruch der UdSSR. Die Führer der KPCh entschieden, dass sie das Schicksal ihrer sowjetischen Kollegen vermeiden könnten, wenn sie die Massen politisch knallhart im Griff behielten und durch Anhebung des Lebensstandards beschwichtigten, während sich China der Globalisierung öffnete. In den folgenden drei Jahrzehnten erlebte China tatsächlich ein explosives Wachstum. Doch diese Entwicklung verschärfte auch die sozialen Probleme. In Xinjiang konnten die wirtschaftlichen Fortschritte weder die ethnische Trennung der indigenen Bevölkerung von den ortsansässigen Han noch die tief verwurzelte Armut im südlichen, mehrheitlich muslimischen, Teil der Provinz beseitigen. Während Chinas Küstengebiete boomten, wurden Wanderarbeitern aus ärmeren Gebieten die Aufenthaltsberechtigung (Hukou) und die damit verbundenen Sozialleistungen verweigert.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 markierten einen wichtigen Wendepunkt. Nachdem Beijing in den 1980er-Jahren den Imperialisten durch seine Unterstützung der afghanischen Mudschaheddin gegen die Sowjetarmee gedient hatte, schloss es sich nun dem „globalen Krieg gegen den Terror“ an und überzog Xinjiang mit einem Netz aus Unterdrückung. Hartes Durchgreifen und Gegenschlag wechselten sich ab. Während sich eine kleine Anzahl von Uiguren bewaffneten islamistischen Formationen im Nahen Osten anschloss, flohen Tausende aus Todesangst nach Europa, Türkiye und den USA. Rebiya Kadeer war eine von ihnen, eine wohlhabende uigurische Geschäftsfrau, die später den von der CIA unterstützten Uigurischen Weltkongress leitete.

In dieser Zeit kam es in Xinjiang zu zahlreichen Angriffen auf Vorposten der Polizei und andere Kontrollorgane der Zentralregierung. Die chinesischen Behörden beschuldigten hauptsächlich die Islamische Bewegung Ostturkestan, eine Gruppe, die im Geheimen agiert und der Verbindungen entweder zu al-Qaida oder zu den Taliban nachgesagt werden. Sean Roberts liefert in seinem Buch *The War on the Uyghurs* (Manchester University Press, 2020) reichlich Beweise dafür, dass die Angriffe unkoordiniert waren. Wie dem auch sei, einige Angriffe richteten sich – wie in solchen Situationen üblich – wahllos gegen Werktätige der Unterdrückernation. Eine besonders schwere Gräueltat war der Angriff von uigurischen Messerstechern auf einem Bahnhof in der südlichen Stadt Kunming im März 2014, bei dem etwa 30 Menschen getötet wurden.

Der Weg zur Befreiung der Uiguren führt nicht über Attacken auf die Institutionen des Arbeiterstaates. Auch nicht über wahllosen Terror gegen die Han-Bevölkerung. Die Aufgabe besteht darin, die gerechte Sache der Uiguren mit den Kämpfen der arbeitenden Massen Chinas gegen die stalinistische Bürokratie zu vereinen. Angriffe wie der Vorfall in Kunming führen dazu, dass sich die Unterdrückten gegenseitig an die Kehle gehen, und stärken dadurch die Position des KPCh-Regimes.

Tatsächlich wurde die Zerschlagung des islamischen „inneren Feindes“ zum Hauptargument von Xi Jinping, mit dem er Masseninternierungen in Xinjiang rechtfertigte. Xi brachte den Ball ins Rollen, nachdem er Präsident geworden war, als er 2014 nach Xinjiang reiste und ein hartes Durchgreifen ankündigte, bei dem es „absolut keine Gnade“ für „Terroristen“ geben würde. Die Stabilität in Xinjiang war für das Regime von größter Bedeutung. Obwohl die Provinz relativ dünn besiedelt ist, macht sie ein Sechstel von Chinas Landmasse aus und ist von zentraler Bedeutung für Ölförderung, Petrochemie und Landwirtschaft. Vor allem aber sollte Xinjiang eine wichtige logistische Drehscheibe für die Neue Seidenstraße werden, das Programm One Belt, One Road, Xis Markenzeichen.

Die Reaktion auf die „Anti-Terror-Kampagne“ war alles andere als unterwürfig. Weitere Anschläge führten zu weiteren Gegenmaßnahmen, bis Ende 2014 gab es zahlreiche weitere Todesopfer. Im Jahr 2017 startete die KPCh ihren endgültigen Versuch zur Unterdrückung muslimischer Minderheiten. Zentral dabei war die Einweisung von mehr als einer Million Uiguren, Kasachen und anderen in die Internierungslager. Das ging einher mit Freiheitsstrafen für unzählige „Extremisten“ und sogar für Menschen wie Rahile Dawut, KPCh-Mitglied und als Anthropologin anerkannt für ihre Forschungen über die Kulturgeschichte Xinjiangs. Dawut verbüßt derzeit eine lebenslange Haftstrafe wegen „Spaltertums“.

Für nationale Befreiung und Sozialismus!

Jeder kennt den Aufschrei westlicher Propagandamühlen über „Völkermord“ in Xinjiang. Bis heute prangert die Pro-KPCh-Linke jedes derartige Gerede als Lügen an, die für die imperialistische Kampagne gegen China ein gefundenes Fressen sind. Hier geht es nicht um Semantik. Natürlich lügen die kapitalistischen Mächte nach Strich und Faden, um bei ihrem Vorhaben voranzukommen. Aber Masseninternierungen waren Politik der chinesischen Regierung. Was die Apologeten der KPCh leugnen, ist der eigentliche Zweck dieser Bemühungen: ***die Auslöschung der nationalen Identität der Uiguren***.

Und es trifft nicht nur die Uiguren. Wie in Xinjiang hat das KPCh-Regime auch in Tibet Mandarin zur Unterrichtssprache an Grundschulen gemacht, und auch die mongolische Sprache steht unter Beschuss. Tausende von Kindern wurden zwangsweise in entfernt liegende Internate gesteckt, wo sie die Sprache ihrer Eltern nicht hören. Selbst gegen die muslimischen Hui richten sich die Angriffe, wobei Moscheen geschlossen oder ihre Kuppeln und Minarette gezwungenermaßen durch einen mehr „chinesischen“ Stil ersetzt werden.

Gleichzeitig gibt es in ganz China Plakatwände, Banner und Museumsausstellungen, auf denen die ewig währende Harmonie zwischen den Völkern gefeiert wird, sowie Touristenfallen, wo man Menschen in farbenfroher einheimischer Tracht beim Tanzen und Singen zusehen kann. Die Freunde des sozialistischen Chinas berufen sich auf solche Ausstellungen, um zu behaupten, das Land sei auf dem Weg zu einer wohlhabenden und harmonischen Gesellschaft,

genau wie Xi Jinping sagt. In Wirklichkeit ist das alles nur ein fadenscheiniger Deckmantel für das, was wirklich passiert: Zwangsassimilierung im Eiltempo.

Selbst die harmlosere Politik des Regimes vertieft die Spaltungen in China. Bei der Gaokao-Prüfung beispielsweise, die darüber mitentscheidet, wer an welche Universität kommt, werden an Minderheiten Extrapunkte vergeben. Manche führen dies als Beweis dafür an, dass Uiguren und Tibeter nicht unterdrückt werden. Tatsächlich dient diese Politik demselben Zweck wie die Internierungslager, da die KPCh in den Universitäten ein Mittel zur Assimilierung an die Han-Nation sieht. Dennoch hat diese Politik bei Han-Jugendlichen enormen Unmut hervorgerufen. Angesichts des wirtschaftlichen Abschwungs in China, der zu einer großen Zahl von arbeitslosen Hochschulabsolventen geführt hat, ist ein Abschluss an einer Spitzenuniversität die beste Chance auf einen guten Arbeitsplatz. So werden Uiguren und Tibeter zu Sündenböcken für die Knappheit an Ressourcen, während Regierungsbürokraten und Profiteure die Hauptschuldigen sind.

Die Stalinisten glauben, dass sie sich mit ihrem harten Durchgreifen in Xinjiang sozialen Frieden haben erkaufen können. Aber sie haben mit Katzengold gehandelt. Wie Trotzki über Stalins Apparat bemerkte, „verteidigt er mit seinen Methoden die proletarische Diktatur; aber diese Methoden sind derart, dass sie einen morgigen Sieg des Feindes erleichtern“ (*Die 4. Internationale und die UdSSR*, „Die Klassennatur des Sowjetstaates“, 1. Oktober 1933). Er erklärte:

> „Die sozialen Antagonismen werden nicht politisch überwunden, sondern administrativ unterdrückt. Sie häufen sich unter dem Druck in demselben Maße, in dem die politischen Hilfsquellen für ihre normale Lösung schwinden. Die erste größere soziale Erschütterung, von außen oder innen her, kann die atomisierte Sowjetgesellschaft in Bürgerkriegszustand versetzen.“

Es gibt viele potenzielle Ursachen für solche Erschütterungen. Die hartnäckige Krise auf dem chinesischen Wohnungsmarkt, die zunehmend instabile Weltlage und der Handelskrieg der USA bedrohen das Wirtschaftswachstum, auf das die KPCh zählt, um die Bevölkerung bei der Stange zu halten. Hinzu kommt noch der steigende militärische Druck durch die Imperialisten unter Führung der USA.

Die Antwort der Stalinisten ist kein revolutionärer Aufruf zu den Waffen, sondern eine verschärfte Erzwingung von „Stabilität“ im Inland und ein Werben um Handelspartner im Ausland. Das kann nur weiterer Nährboden für eine Krise sein, auch wegen nationaler Anliegen, die derzeit durch die drakonischen Maßnahmen der KPCh unterdrückt werden. Die revolutionäre Antwort besteht darin, das Proletariat mit einem Programm zu mobilisieren, das die Verteidigung nationaler Minderheiten mit solchen Forderungen verbindet, die den Bedürfnissen der Arbeiter und Bauern Chinas entsprechen, von Arbeitsplätzen für die Jugend bis hin zu menschenwürdigen, bezahlbaren Wohnungen und guten Sozialleistungen.

Das ist kein Wunschtraum. Die eigenen Erfahrungen der Arbeiter zeigen, dass die Unterdrückung von Minderheiten auch sie selbst trifft. Wie die Pandemie gezeigt hat, ist die Überwachung der Bürger auf Schritt und Tritt, die in Tibet und Xinjiang ihren Anfang nahm, nun zum Schreckgespenst der gesamten Bevölkerung geworden. Wie sehr sich diese Situation gegen die Bürokratie wenden kann, zeigte sich im November 2022, als es überall in China zu Protesten gegen die Lockdowns kam. Sie begannen in Xinjiangs Hauptstadt Ürümqi, nachdem bei einem Brand in einem Wohnhaus zehn Menschen aufgrund der strengen Lockdownmaßnahmen gegen Covid-19 ums Leben gekommen waren. Bei den Demonstranten in Ürümqi handelte es sich hauptsächlich um Han, weil die Uiguren durch die Repression zu eingeschüchtert waren, um auf die Straße zu gehen. Wären die Proteste jedoch weitergegangen, hätten sich dabei leicht beide Bevölkerungsgruppen gegen die Bürokratie vereinigen können.

Angesichts der Kampagne der KPCh, die nationale Identität der Uiguren auszulöschen, reicht es nicht aus, nur ihr ***Recht*** auf Selbstbestimmung – d. h. das Recht auf einen eigenen Staat – zu unterstützen. Als Teil eines Übergangsprogramms, das die Werktätigen aller Ethnien in einem Kampf für die politische Revolution vereinen kann, fordern wir ein ***unabhängiges sozialistisches Xinjiang***. Hier sind Elemente eines solchen Programms:

- Freiheit für Rahile Dawut und alle anderen, die wegen „Spaltertums“ unter Anklage stehen!
- Reißt die Überwachungskameras ab!
- Stellt das Recht auf Bildung in der jeweiligen Landessprache wieder her!





UlyssePixel; Ignacio Martinez

Große Moschee von Shadian, Provinz Yunnan, eine von hunderten, die im Zuge der KPCh-Kampagne zur „Sinisierung“ des Islams geschlossen wurden oder umgestaltet werden mussten



Reuters



Thomas Peter/Reuters

November 2022: Proteste in Ürümqi (links) nach tödlichem Feuer wegen Covid-Beschränkungen. Das Regime beendete die Lockdowns, nachdem sich die Demonstrationen auf Beijing und andere Städte ausgeweitet hatten

- Keine Strafverfolgung wegen Religionsausübung!
- Volles Aufenthaltsrecht für Wanderarbeiter! Weg mit dem diskriminierenden Hukou!
- Für integrierte Arbeiter- und Nachbarschaftsräte sowie Milizen unter ihrer Kontrolle!
- Für Arbeiterkontrolle über die Produktion, von den Fabriken und Ölfeldern bis zu den landwirtschaftlichen Betrieben für Tomaten und Baumwolle!
- Verteidigt das verstaatlichte Eigentum! Enteignet die Bourgeoisie, in Hongkong und auf dem Festland! Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!
- Unabhängigkeit für ein sozialistisches Xinjiang! Für ein China, in dem Arbeiter- und Bauernräte das Sagen haben und nicht KPCh-Parasiten! Für kommunistische Einheit gegen den Imperialismus!

China verteidigen, KPCh-Herrschaft ablehnen!

Ein revolutionäres Programm für Xinjiang muss auf der Verteidigung der Errungenschaften der Revolution von 1949 aufbauen und auf dem Widerstand gegen alle Unabhängigkeitskräfte, die den Arbeiterstaat zerschlagen wollen. Der Großteil der internationalen marxistischen Linken versagt bei diesem Test auf ganzer Linie und kapituliert vor der Ideologie des liberalen Imperialismus, dass China eine kapitalistische und imperialistische Macht ist. (Für eine ausführliche Behandlung dieser Frage siehe „Nicht imperialistisch, nicht kapitalistisch – Der Klassencharakter Chinas“, *Spartacist*, deutschsprachige Ausgabe Nr. 35, Dezember 2024).

Manche Linke, wie die Alliance for Workers’ Liberty (Britanniens „Foreign Office Socialists“), treten für einen „demokratischen“ Imperialismus als Antwort auf die Unterdrückung der Uiguren und Tibeter ein. Der Sieg dieses Programms würde nichts gegen deren Unterdrückung erreichen, sondern eine soziale Katastrophe auslösen mit dem Ergebnis, jahrzehntelangen materiellen Fortschritt zunichtezumachen, blutige interethnische Kriege zu entfesseln und China für die Plünderung durch ausländische Mächte zu zerstückeln.

Etwas differenzierter sind die SWP und die International Marxist Tendency, jetzt die Revolutionäre Kommunistische Internationale (RKI). Auf dem Höhepunkt der Unterdrückungsmaßnahmen in Xinjiang schrieben beide Organisationen Artikel, in denen sie vor den Machenschaften der USA warnten, antichinesische Sanktionen ablehnten und die Han-Arbeiter dazu aufriefen, nationale Minderheiten zu verteidigen und sich mit ihnen gegen die KPCh zu vereinigen („China, the Uyghurs and the Left“, *International Socialism*, veröffentlicht am 23. Oktober 2021; „Uyghurs in Xinjiang: National Oppression and Imperialist Hypocrisy“, *In Defence of Marxism, 20.* Oktober 2020).

Das sind notwendige Aufgaben. Aber die SWP, RKI, ISA und andere prangern China als imperialistisch an, lehnen seine Verteidigung gegen die wirklichen Imperialisten ab und stellen sich auf die Seite von „Demokratie“-Bewegungen, die den Arbeiterstaat stürzen wollen. Damit verraten sie die einzige Grundlage dafür, die Werktätigen der Han und der Minderheiten über ihr gemeinsames Interesse zu vereinigen, nämlich die Notwendigkeit, die Errungenschaften der Revolution von 1949 gegen Imperialismus und Konterrevolution zu verteidigen und auszuweiten.

Der andere Pol auf der Linken sind die politischen Nachfahren der „Freunde der Sowjetunion“, die Trotzki in *Verratene Revolution* an den Pranger stellte. Ihre Antwort auf die imperialistischen Machenschaften gegen China besteht darin, ein Minus zu setzen, wo die Sozialdemokraten ein Plus setzen, und umgekehrt. Die Workers World Party ist besonders schamlos, wenn sie die „Berufsausbildungszentren“ der KPCh preist und zu dem Schluss kommt, dass „die politische und religiöse Gewalt in Xinjiang jetzt fast beseitigt ist und Xinjiang auf dem besten Weg ist, das übrige Land wirtschaftlich einzuholen“ (*Workers World*, 16. Januar 2024).

Von der Liga für die Vierte Internationale (LVI, in Deutschland IG) kommen die gleichen falschen Töne, aber ein bisschen sotto voce. In ihrer einzigen inhaltlichen Stellungnahme zu den Uiguren posaunt sie, „offizielle Maßnahmen wurden ergriffen als Reaktion auf eine Reihe von mörderischen Angriffen ... durch islamistische Kräfte, die in Verbindung stehen mit der Islamischen Bewegung Ostturkestan“, welche „sogar von der EU, der UNO und den USA als terroristische Organisation bezeichnet wird“ („U.S. Anti-China War Provocations over Taiwan“, *The Internationalist*, September 2022). Gnädigerweise gibt die LVI zu, dass in

Xinjiang der Han-Chauvinismus „zum Ausdruck gekommen ist“, wettert aber, dass „die Lüge vom ‚Völkermord an den Uiguren‘ “ nur ein imperialistischer Schlachtruf ist und ein „Vorwand, um den Separatismus in Xinjiang zu schüren und der Region wirtschaftlichen Schaden zuzufügen“.

Es wäre ein Leichtes, die LVI dafür anzuprangern, dass sie ihren Kopf in den Sand von Xinjiang steckt, aber das hieße, ihr wahres Verbrechen zu übersehen. Von den Lockdowns gegen Covid bis zur militärischen Aufrüstung gegen China propagiert die LVI, sich bei der Verteidigung des Arbeiterstaates und beim Widerstand gegen den Imperialismus auf die Stalinisten zu verlassen, anstatt das Proletariat unabhängig für diese Aufgaben zu mobilisieren. Das erklärt die Vorliebe der LVI für Chinas Lockdowns und auch, warum sie sich weder für die Selbstbestimmung der Uiguren und Tibeter noch für irgendetwas anderes einsetzt, das die „nationale Einheit“ unter der KPCh bedrohen würde.

Solche „Freunde Chinas“ bestärken das vom stalinistischen Regime eingeflößte Bewusstsein, Xinjiangs Unabhängigkeit könne nur den Imperialisten dienen, die darauf aus sind, China zu zerreißen. Man kann davon ausgehen, dass diese Überzeugung von der Masse der Arbeiter in China geteilt wird, die zwar die Bürokratie verabscheuen, aber denken, dass sie das Einzige ist, was der Konterrevolution und dem Chaos im Wege steht. Trotzki lieferte die Lösung für dieses Problem, indem er für eine unabhängige Sowjetukraine eintrat:

> „Aber würde das nicht eine militärische Schwächung der UdSSR bedeuten? werden die ‚Freunde‘ des Kreml entsetzt ausrufen. Wir erwidern: die Ursache der Schwächung der UdSSR liegt in den stets wachsenden Zentrifugaltendenzen, die die bonapartistische Diktatur erzeugte. Im Falle eines Krieges kann der Hass der Massen gegenüber der herrschenden Clique zum Zusammenbruch aller sozialen Errungenschaften des Oktober führen. Die Quelle der defätistischen Stimmungen liegt im Kreml. Eine unabhängige Sowjetukraine andererseits würde, allein schon auf Grund ihrer eigenen Interessen, ein mächtiges Bollwerk für die UdSSR im Südwesten bedeuten. Je eher die heutige bonapartistische Kaste geschwächt, gestürzt, vernichtet und hinweggefegt wird, desto stärker wird die Verteidigung der Sowjetrepublik werden und desto sicherer ihre sozialistische Zukunft sein.“
>
> – „Das ukrainische Problem“ (22. April 1939)

Ein marxistischer Ansatz für Tibet

Dieses programmatische Herangehen ist für Tibet genauso lebensnotwendig wie für Xinjiang, auch wenn sich beide in ihrer Geschichte und ihrer Gesellschaftsstruktur stark unterscheiden. Wie die Muslime in Xinjiang erlebten auch die Tibeter als Teil der Volksrepublik historische Fortschritte. Und das, obwohl die KPCh nach dem Einmarsch der VBA in Tibet neun Jahre lang an der im Wesentlichen feudalistischen Lamakratie festhielt. Nach Einführung äußerst bescheidener Reformen kam es dann 1959 zu einem reaktionären Aufstand. Der weitgehend von der amerikanischen CIA organisierte Aufstand wurde niedergeschlagen, woraufhin der Dalai Lama und seine Clique nach Indien flohen. Das KPCh-Regime schaffte daraufhin die Verwaltung des Dalai Lama ab, ebenso die lokale Sklaverei und die Steuerzahlungen an die Klöster, die den Tibetern aufgezwungen waren.

Dennoch, wie bereits erwähnt, litten sowohl die Tibeter als auch die Muslime in Xinjiang unter der von der KPCh durchgesetzten Vorherrschaft der Han. Wie bei Xinjiang lehnt die KPCh jede Abtrennung Tibets von der VR China kategorisch ab und verstärkt dabei das Vorurteil, dass nationale Minderheiten einfach zu rückständig sind, um außerhalb des Reichs der VR China gesellschaftlich voranzukommen.

Hier kommt der Anti-Internationalismus der KPCh kristallklar zum Ausdruck. Niemand, der bei klarem Verstand ist, würde auf den Gedanken kommen, dass ein von wirtschaftlich entwickelten Volkswirtschaften isoliertes Tibet irgendeine fortschrittliche Zukunft haben könnte. Aber die Verweigerung der nationalen Rechte der Tibeter dient nur dazu, die Beziehungen zu den Han-Massen Chinas zu vergiften und den Imperialisten die Eroberung der „Herzen und Köpfe“ zu ermöglichen bei deren Kampagnen gegen die VR China. Die Antwort ist der Kampf für ein unabhängiges sozialistisches Tibet in einem antiimperialistischen Bündnis mit dem chinesischen Arbeiterstaat. Diese Forderung muss Teil eines revolutionären Programms für das heutige China sein.

Es gibt weitere Aspekte der nationalen Frage in China, die aufgegriffen werden müssen. Einer davon betrifft die Mongolen. Obwohl sie nur ein Sechstel der Bevölkerung der Inneren Mongolei ausmachen, haben sie in den letzten Jahren entschlossene Proteste durchgeführt, um das Recht auf Ausbildung in ihrer Sprache zu fordern. Neben der Verteidigung dieser Rechte stellt sich auch die Frage der Teilung der Mongolei in zwei Staaten. Trotzkisten sollten die Wiedervereinigung der Mongolei durch eine politische Revolution in China und eine soziale Revolution in der Äußeren Mongolei als Perspektive anbieten. Diese Frage braucht sicher mehr Diskussionen. Das Wesentliche ist, alle solche Probleme im programmatischen Rahmen des Marxismus zu behandeln.

Das internationalistische Banner

China ist an einem kritischen Punkt angelangt. Beim Versuch, ihre Kastenherrschaft und ihre Privilegien aufrechtzuerhalten, während die Welt von Krise zu Krise taumelt, bemüht sich die KPCh, die Disziplin der nationalen Einheit durchzusetzen und gleichzeitig das globale Finanzkapital zur „Win-win“-Kooperation aufzurufen und auf wankelmütige bürgerliche Verbündete im Globalen Süden zu bauen. Mit dieser Strategie droht dem Arbeiterstaat der Tod.

Das Eintreten für den Kampf um Selbstbestimmung gegen den Han-Chauvinismus der KPCh ist nur einer der Schritte zur Herausbildung eines trotzkistischen Kaders, der eine revolutionäre Alternative zu Machtmissbrauch und Misswirtschaft der Stalinisten bieten kann. Was wir anzubieten haben, ist die Kontinuität mit der frühen Komintern, mit den ersten chinesischen Kommunisten und mit den bolschewistischen Kadern, die das Turkestan-Büro in Taschkent gründeten, um die Oktoberrevolution auf den Osten auszuweiten.

Die Existenz einer leninistischen Avantgarde, die das Proletariat Chinas für die tibetischen, uigurischen und mongolischen Massen mobilisiert, hätte enorme Auswirkungen auf Nepal und den Rest des indischen Subkontinents; auf die ehemaligen sowjetischen Staaten Zentralasiens; auf die Mongolei und weiter bis ins russische Sibirien. Um die antiimperialistischen Kämpfer gegen das defätistische KPCh-Programm von Nationalismus und globaler Klassenzusammenarbeit zu polarisieren, stellen wir diesem eine trotzkistische Perspektive entgegen: Für einen Verbund aus Arbeiterstaaten auf der Seidenstraße zu einem sozialistischen Eurasien! Die IKL lädt alle Revolutionäre der Arbeiterklasse ein, sich uns auf diesem Marsch anzuschließen. ■

Freiheit für Kaschmir!

Azadi!

26. APRIL – Der Anschlag von Pahalgam ist der letzte in einer langen Reihe von Gräueltaten, die sich auf dem Boden des von Indien besetzten Kaschmir ereignet haben. Der Anschlag, der von „The Resistance Front“ (TRF), einer kaschmirischen Separatistengruppe, verübt wurde, forderte das Leben von 26 Touristen und ist damit das tödlichste nicht-militärische Ereignis in dem Konflikt seit dem Jahr 2000. Innerhalb weniger Stunden eskalierten die Spannungen zwischen Indien und Pakistan drastisch. Indien beschuldigte Pakistan des „Terrorismus“ und stufte die diplomatischen Beziehungen herab. Außerdem setzte es den Vertrag über die gemeinsame Nutzung des Induswassers aus, eine Provokation, die Pakistan als „Kriegshandlung“ bezeichnete. Pakistan revanchierte sich, indem es das Simla-Abkommen aussetzte, einen Friedensvertrag zwischen den beiden atomar bewaffneten Ländern. Die Armeen der beiden Länder lieferten sich sogar einen Schusswechsel.

AFP

Demonstranten in Muzaffarabad, Hauptstadt des pakistanischen Kaschmir, fordern vereinigtes unabhängiges Kaschmir

Unterdessen nimmt die antimuslimische Stimmung in Indien immer mehr zu, und die nationalistische Demagogie ist auf beiden Seiten explodiert. Während Modi brüllt, Indien werde die Angreifer „bis ans Ende der Welt“ verfolgen, will das Militär das Vorgehen Israels im Gazastreifen auf Kaschmir anwenden. Bei Redaktionsschluss steht die Region auf Messers Schneide. Pahalgam ist ein krasses Beispiel für das südasiatische Pulverfass.

Hinter der Selbstdarstellung beider Länder geht die Frage von Kaschmir selbst verloren. Kaschmir, das während der Indisch-Pakistanischen Teilung aufgeteilt wurde, wird von beiden Ländern beansprucht und steht seit 1947 im Mittelpunkt der Spannungen und Kriege zwischen ihnen. Doch Kaschmir gehört niemand anderem als dem ***kaschmirischen Volk***, das seit der Teilung gegen seine nationale Unterdrückung kämpft. Die elementarste Pflicht eines jeden Revolutionärs auf dem Subkontinent ist es, den demokratischen Kampf des kaschmirischen Volkes gegen seine nationale Unterdrückung zu unterstützen und zu fordern: ***Freiheit für Kaschmir! Für das Recht auf Selbstbestimmung für ganz Kaschmir!***

Der indische Staat, der die Vorherrschaft der Hindus verteidigt, bezeichnet den Freiheitskampf Kaschmirs als „Terrorismus“, um der Region drakonische Maßnahmen aufzuerlegen (z. B. das Gesetz zur Verhinderung rechtswidriger Handlungen, UAPA), seine gewaltsame Besetzung zu rechtfertigen, den Kampfgeist der Kaschmiris zu unterdrücken und antimuslimische Stimmung unter der hinduistischen Mehrheit Indiens zu schüren. Indien benutzt Kaschmir auch als Keule gegen Pakistan und zur Förderung der Spaltung zwischen den beiden Bevölkerungen. Pahalgam ist ein direktes Ergebnis dieser Dynamik: Die TRF wurde 2019 mit dem ausdrücklichen Ziel gegründet, für die Abspaltung zu kämpfen, als Reaktion darauf,



dass die Regierung Kaschmir seinen Sonderstatus aberkannt und es damit weiter dem indischen Staat unterworfen hat. ***Nieder mit dem UAPA! Indische Truppen raus aus Kaschmir!***

Wir lehnen die wahllose Tötung von Zivilisten ab und verurteilen den Angriff in Pahalgam. Solche Taten sind kontraproduktiv. Nicht die Touristen sind das Problem, sondern die indischen Machthaber. Die Ermordung von Zivilisten kann nur Misstrauen und Wut unter den breiten Massen schüren, die selbst vom indischen Staat unterdrückt werden und deren Unterstützung für einen wirksamen Kampf gegen ihn entscheidend ist. Solche Methoden vertiefen nur die giftigen Spaltungen, die von den herrschenden Klassen gefördert werden.

Militante Kaschmiris müssen die Massen der Hindus, Sikhs und aller anderen Werktätigen Indiens für ihre Sache gewinnen und zeigen, warum der Kampf für die Freiheit Kaschmirs Teil ihres eigenen Kampfes sein muss. Dies ist nicht nur notwendig, sondern auch ***möglich***. Die Modi-Regierung, die Donald Trumps Stiefel leckt, wird die Armen und Bauern vernichten, während sie Sikh-Nationalisten ins Gefängnis wirft und den Tamilen weiter Hindi aufzwingt – und das alles, während es im indischen Bundesstaat Manipur weiter brennt. ***Für einen vereinten Kampf gegen die proimperialistische Hindutva-Regierung!***

Die Eskalation mit Pakistan birgt die Gefahr eines kommunalen Blutbades und eines Atomkrieges. Wenn die beiden Regierungen aufeinander losgehen, werden die katastrophalen Folgen von den einfachen Menschen getragen, die kein Interesse daran haben, in den Krieg zu ziehen, um ihre Nachbarn zu töten. Die Machthaber säen Spaltungen, weil es ihnen hilft, einen „Feind" zu schaffen, gegen den sie Unterstützung im eigenen Land aufbauen und sichern können. Die anti-pakistanische Stimmung stärkt die nationale Einheit Indiens, so dass die Jugend vorübergehend die massive Arbeitslosigkeit übersieht und sich auf die „Terroristen" auf der anderen Seite der Grenze konzentriert. Ebenso erlaubt die anti-indische Stimmung in Pakistan der Sharif-Bhutto-Regierung, von der massiven Wirtschaftskrise abzulenken, die die Massen erdrückt, und die Tatsache zu verbergen, dass ihre eigene Armee dem Volk der Belutschen genau dasselbe antut, was die indische Armee dem Volk der Kaschmiris antut!

Letztlich stehen hinter der Eskalation und der nationalen Einheit die Eigeninteressen der Eliten beider Länder. Die einfachen Menschen in Indien und Pakistan haben dabei nichts zu gewinnen. Stattdessen müssen sie die Propaganda ihrer Regierungen bekämpfen, die ***Einheit der Arbeiterklasse*** mit ihren hinduistischen und muslimischen Brüdern und Schwestern jenseits der Grenze schmieden und gemeinsam die Forderung erheben: ***Freiheit für Kaschmir! Kashmir ke liye, azadi!***

Freiheit für Ehsan Ali und alle politischen Gefangenen in Pakistan!

Die reaktionären Militärgefechte zwischen Indien und Pakistan haben zu einer verstärkten Unterdrückung der Linken in der Region geführt. In Pakistan wurden Ehsan Ali und weitere Führer des Awaami Action Committee Gilgit Baltistan (AAC-GB) und der Inqalabi Communist Party, Sektion der Revolutionären Kommunistischen Internationale (RKI), ins Gefängnis geworfen, weil sie Proteste gegen das reaktionäre pakistanische Regime anführten. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Um maximalen Druck auf das Militärregime auszuüben, müssen wir die Verteidigungskampagne ausweiten und uns für alle politischen Gefangenen einsetzen. Dabei ist es entscheidend, die internationale Linke und die Gewerkschaftsbewegung zu mobilisieren, um vereint eine starke klassenkämpferische Verteidigung aufzubauen.



Spartakist

Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) nahmen weltweit an Protestkundgebungen teil. Am 22. Mai protestierten wir in Berlin gemeinsam mit der Revolutionären Kommunistischen Partei (RKP) vor der pakistanischen Botschaft für die Freilassung von Ehsan Ali, der im Gefängnis schwer erkrankt ist und in Lebensgefahr schwebt.

Bei all diesen Protesten haben wir auch die Freilassung des ehemaligen pakistanischen Premierministers Imran Khan gefordert, der ins Gefängnis geworfen wurde, weil er sich dem Diktat der USA widersetzte. Die Forderung nach Freiheit für Khan ist wesentlich, um den Kampf für die Freiheit der linken politischen Gefangenen mit dem Kampf der Massen gegen die imperialistische Unterdrückung Pakistans zu verbinden.

Zu dieser Ausgabe...

(Fortsetzung von Seite 2)

meisten marxistischen Organisationen ihre Basis haben, und in die Arbeiterklasse geht. Die Arbeiter brauchen Führer, die sie tatsächlich auf die kommenden Angriffe vorbereiten und ihre Kämpfe zum Sieg führen können (siehe „Für revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften", Seite 11).

Derzeit ist die Arbeiterklasse gespalten nach Ethnie, Nationalität, Geschlecht usw. Diese Spaltungen werden von der Bourgeoisie gefördert und von der verräterischen Gewerkschaftsführung noch verstärkt, damit sich die Arbeiterklasse, wenn der Hammer fällt, selbst zerfleischt, anstatt die Quelle all ihres Elends zu bekämpfen: den US-Imperialismus. Die Linke muss sich gegen diese Spaltungen stellen, indem sie den Kampf gegen besondere Unterdrückung mit dem der Arbeiterklasse verbindet. Sie muss ihren Einfluss in der Arbeiterbewegung ausbauen, damit der Marxismus als realisierbare Alternative statt als ein wildes Hirngespinst angesehen wird. Aus diesem Grund ist die Hinwendung zur Arbeiterklasse eine Schlüsselperspektive für die IKL. Daher hatten wir auf unserem Plenum eine Podiumsdiskussion über unsere bescheidene, aber wichtige Arbeit in den Gewerkschaften.

Im Globalen Süden, wo es keinen Spielraum für weitere Einschnitte gibt, wird eine Offensive der USA verheerende Folgen haben und wahrscheinlich zu massiven sozialen Explosionen führen. In vielen Ländern genügt schon ein Funke, um gewaltige Explosionen auszulösen. Die Frage ist: Werden diese gegen die Imperialisten gerichtet sein oder werden die Arbeiter die Waffen gegeneinander richten? Das alles ist eine Frage der Führung. Unsere Aufgabe ist es, der nationalen Bourgeoisie – die, egal wie sie sich positioniert, die revolutionäre Energie der Massen immer zurückhalten wird – eine antiimperialistische proletarische Strategie entgegenzusetzen. Unsere Hinwendung zum Globalen Süden ist eine weitere Orientierung für die kommende Periode. In diesem Sinne hat unser Plenum eine Podiumsdiskussion über unsere Arbeit im Globalen Süden abgehalten.

Südasien ist eine Region von zentraler Bedeutung für die internationale Arbeiterklasse. Die US-Imperialisten verschärfen die Brüche in der Region und machen sie damit anfälliger für kommende Krisen und Angriffe. Echte Einheit kann nur durch Widerstand gegen den US-Imperialismus geschaffen werden. Die Überwindung der Spaltung des Subkontinents erfordert den Widerstand sowohl gegen den Imperialismus als auch gegen seine nationalistischen Lakaien. Im Mittelpunkt dieses Kampfes steht die Notwendigkeit, für die Rechte aller unterdrückten Völker in jedem Land einzutreten, ihr Vertrauen zu gewinnen und die Solidarität unter den benachbarten Nationen zu fördern, um sich gemeinsam gegen die imperialistische Aggression zu wehren. Dieses Ziel verfolgen wir mit unserer jüngsten Erklärung zu Kaschmir (siehe Seite 52), einem Brennpunkt der Spannungen zwischen Indien und Pakistan, der die Gefahr eines Atomkriegs birgt. Vor dem Hintergrund eines drohenden Völkermords in Kaschmir besteht der einzige Ausweg darin, dass sich die indischen und pakistanischen Massen für die Freiheit Kaschmirs einsetzen und die Einheit der Arbeiterklasse über die Grenzen hinweg schmieden.

Da die USA China ins Visier nehmen, ist die Verteidigung der Volksrepublik mehr denn je vonnöten. Aber wie der Artikel „China: Wer nicht kämpft, verliert" (siehe Seite 35) darlegt, erfordert dies den Kampf gegen die Strategie der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), die sich an die sterbende liberale Weltordnung klammert. In diesem Sinne haben wir einen Offenen Brief an die KPCh (siehe Seite 38) geschrieben, in dem wir ein internationalistisches Programm zur Verteidigung des Arbeiterstaates darlegen. Und wie der Artikel über die nationale Unterdrückung in China (siehe Seite 42) deutlich macht, ist es unerlässlich, den Kampf der unterdrückten Nationalitäten in China gegen den Han-Chauvinismus der KPCh aufzunehmen, um die Massen gegen den US-Imperialismus zu vereinen und China zu verteidigen.

Westasien wird von explosiven Konflikten heimgesucht. Der wichtigste davon ist natürlich der Völkermord Israels an den Palästinensern. Am 13. Juni hat Israel seinen blutigen Krieg auf den Iran ausgeweitet, und kurz darauf bombardierten die USA den Iran. Die Arbeiter und Unterdrückten müssen sich weltweit gegen den gemeinsamen imperialistischen Feind USA vereinen. Unser *Spartacist*-Extrablatt mit dem Aufruf „Verteidigt Iran und Palästina!" ist auf Seite 56 abgedruckt.

Der Artikel „Nach dem 7. Oktober: Wo stehen wir jetzt?" (siehe Seite 13) zieht eine Bilanz des palästinensischen Kampfes und zeigt, wie seine Führer die Bewegung in die Niederlage geführt haben. Der Gazastreifen wurde dezimiert und Netanjahu hat nicht die geringste Absicht, seinen völkermörderischen Krieg aufzugeben. Die pro-palästinensische Bewegung muss sich radikal neu formieren. Die Strategie der Hamas, der Achse des Widerstands sowie der internationalen Protestbewegungen kann den zionistischen Völkermord nicht stoppen, weil sie auf Illusionen in die muslimischen Regime und auf vergeblichen Appellen an die „internationale Gemeinschaft" beruht und nicht auf dem Klassenkampf.

Die dritte wichtige Orientierung der IKL ist auf die marxistische Linke. In seinem Vortrag auf dem Plenum (siehe Seite 3) erläuterte Genosse Perrault: „Es ist wichtig, unsere kleine Internationale in den politischen Kontext einzuordnen und zu verstehen, ***wie*** wir unsere umfassenderen Ziele voranbringen können, ausgehend von den aktuellen objektiven Bedingungen." Die marxistische Linke weltweit ist schwach, diskreditiert und hat oft wenig Einfluss auf die Kämpfe der Arbeiterklasse. Der Hauptgrund dafür ist, dass sie es in der postsowjetischen Periode versäumt hat, ihre Aufgaben auf den Kampf gegen die liberale Weltordnung der USA zu konzentrieren. In der gegenwärtigen Periode der imperialistischen Offensiven bleibt diese Aufgabe für den Kampf der Unterdrückten und für das Schmieden einer revolutionären Einheit unter den Marxisten wesentlich.

Vorwärts zur wiedergeschmiedeten Vierten Internationale!

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

iclfi.org • spartacist@spartacist.org • SpartacistICL • Spartacist • Box 7429 GPO, New York, NY 10116, USA

Spartacist League of Australia

redbattler@exemail.com.au • (03) 9329 0275
RedBattlerSLA
Spartacist ANZ Publishing Co.
PO Box 967, North Melbourne Vic 3051, Australien

RED BATTLER

A$10 / 4 issues • International rate: A$15

Spartacist League/Britain

workershammer@btconnect.com • 07301 003174
WorkersHammer
Spartacist Publications
PO Box 42886, London N19 5WY, England

WORKERS HAMMER

£5 / 4 issues
Europe outside Britain and Ireland £7 • Other countries £9

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

spartakist@online.de • (0 30) 4 43 94 00 • +49 174 466 5332
spartakist_IKL
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin, Deutschland



Abo (3 Ausgaben): 5€ • Auslandsabo: 10€

Ligue trotskyste de France

ltfparis@hotmail.fr • 01 42 08 01 49 • leBolchevik_LTF
Le Bolchévik, BP 135-10, 75463 Paris Cedex 10, Frankreich

LE BOLCHEVIK

4 numéros : 5 € • Hors de France : 7 €
Chèques à l'ordre de : Société d'édition 3L

Τροτσκιστική Ομάδα της Ελλάδας
Trotzkistische Gruppe Griechenlands

spartacist@hotmail.com • 693 069 4112 • toe_icl
Τ.Θ. 8274, Τ.Κ. 10210, Αθήνα, Ελλάδα
Box 8274, Athen 10210, Griechenland

Ο ΜΠΟΛΣΕΒΙΚΟΣ

Συνδρομή Ελλάδα & Κύπρος 5 € ή 150 TL / 4 τεύχη
Ευρώπη 7 € • Υπόλοιπες χώρες 9 €

Lega trotskista d'Italia

red_sp@tin.it • spartaco_ltdi
Spartaco, Ufficio San Donato Milanese, Casella Postale 47,
20097 San Donato Milanese (MI), Italien



Abbonamento a 3 numeri: € 5
Europa: € 6 • Paesi extraeuropei: € 8

Grupo Espartaquista de México

elantiimperialista@protonmail.com
GEM_LCI • gem.lci2
Escribe sólo: Ángel Briseño, Apdo. Postal 006
Admón. Postal 13, CP 03501, Ciudad de México, Mexiko

EL ANTIIMPERIALISTA

México: Méx. $40 / 4 números
América Latina: Méx. $80
Otros países: US$6 o 6 €

Spartakistang Grupo Pilipinas
(Komite ng mga Korespondente sa Ultramar)

spartacist@spartacist.org
SpartacistGroupPilipinas • SpartacistPH
Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA

Talibang Anakpawis

₱100 / 4 issues (includes English supplements) • Overseas: ₱200

Ligue trotskyste au Québec et au Canada/ Trotskyist League in Quebec and Canada

republique.ouvriere@gmail.com
tl.workerstribune@gmail.com
(514) 728-7578
republiqueouvriere • Rep_Ouvriere
workerstribune • Workers_Tribune
Les Éditions collectives, C.P. 583 Succ. Place d'Armes
Montréal QC H2Y 3H8, Kanada

RÉPUBLIQUE OUVRIÈRE

3 numéros : 7 $Cdn • Prix international : 10 $Cdn

WORKERS TRIBUNE

3 issues: Cdn$7 • International price: Cdn$10
Chèques à l'ordre de / Pay to: Les Éditions collectives

Spartacist/South Africa

spartacist_sa@yahoo.com • Voicemail: 088-130-1035
AmaBolsheviki Amnyama • AmaBolsheviki
079 171 5793 • amabolshevikiamnyama
Spartacist, P.O. Box 61574
Marshalltown, Johannesburg 2107, Südafrika

AMABOLSHEVIKI AMNYAMA

R10 / 4 issues • International rate: R20

Spartacist League/U.S.

vanguard@tiac.net
(212) 732-7860
WorkersVanguard
Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA

WORKERS VANGUARD

US$10 / 6 issues • International: US$25 / 6 issues



Nachfolgend drucken wir das *Spartacist*-Extrablatt vom 13. Juni, das wir direkt nach dem Angriff Israels auf Iran veröffentlicht und bei Palästina-Protesten verteilt haben. Der direkte Kriegseintritt der USA, der vorherrschenden imperialistischen Macht, am 22. Juni macht es umso dringender, dass sich die Arbeiter weltweit auf die Seite Irans gegen den Angriff des US-Imperialismus und des zionistischen Staates stellen.

Unsere Genossen der Spartacist League/U.S. warnen in ihrem Flugblatt „Verteidigt Iran gegen USA/Israel" (22. Juni), dass sich der Angriff der US-Machthaber gegen jeden Widerstand im In- und Ausland richtet: „Die einzige wirksame Maßnahme zum Schutz gegen die Flut von Angriffen, die über uns hinwegrollt, sind kollektive Aktionen der Arbeiterklasse – besonders solche, die unsere Verteidigung mit der Verteidigung des Irans gegen den gemeinsamen imperialistischen Feind USA verbinden." Die IKL hat international in Proteste interveniert mit der Perspektive, Linke und Arbeiter in antiimperialistischen Kontingenten zur Verteidigung des Irans zusammenzuschließen.

* * *

13. Juni – Israels Angriffe auf den Iran eröffnen eine neue Front beim völkermörderischen Blutrausch des zionistischen Staates. Diese neue Offensive zielt darauf ab, die USA in den Konflikt hineinzuziehen und den Iran als regionales Gegengewicht auszuschalten. Wenn dies gelingt, wird Israel freie Hand haben, die Vernichtung der Palästinenser voranzutreiben und die gesamte Region zu terrorisieren. ***Arbeiter und Arbeiterinnen auf der ganzen Welt: Mobilisiert gegen Israel und die USA! Verteidigt den Iran! Verteidigt Palästina!***

15. Juni: Israel setzt Sharan Öl-Depot in Flammen. USA bombardierten dann Nuklearanlagen im Iran, alles unterstützt vom deutschen Imperialismus

Majid Asgaripour/WANA

Dies ist nicht nur für die Menschen im Nahen Osten wichtig, denen ein Blutbad ungeahnten Ausmaßes droht, sondern auch, ***um die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Arbeiter überall zu verbessern***. Wenn wir zulassen, dass Israel und die USA den Konflikt weiter eskalieren, werden sich die Barbarei, das Blutvergießen und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen auf die ganze Welt ausweiten.

Wenn die Arbeiter im Westen und in Israel jetzt nicht gegen die kriminellen Handlungen ihrer Regierungen mobilisieren, ***werden*** ihre Regierungen ***sie dazu mobilisieren***, Verbrechen in immer größerem Ausmaß auszuführen. Wenn die Arbeiter im Globalen Süden ihren Regierungen die versöhnlerische Politik gegenüber den USA und Israel durchgehen lassen, ***werden sie die nächsten Opfer der Imperialisten und ihrer Agenten sein***.

Die liberalen Institutionen, seien es die UN, die EU oder der IStGH, werden nichts Gutes bewirken. Sie alle haben sich entweder als ***Komplizen*** bei Israels Verbrechen erwiesen oder als ***völlig machtlos***. Nur die Arbeiter und die unterdrückten Völker aller Länder können der immer größer werdenden Spirale der Barbarei Einhalt gebieten.

Demonstriert! Streikt! Stoppt die Waffenlieferungen an Israel in den USA und hier! Lasst die USA und Israel nicht noch einmal ungestraft davonkommen! ■

Nieder mit USA/Israel-Angriff!